

383
403

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien. I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Samstag, 1. Dezember 1917. Nr. 383.

Petroleumabgabe. In der Zeit vom 2. bis 29. Dezember werden auf Grund der Petroleumbezugskarten nachfolgende Mengen wöchentlich ausgefolgt: für Wohnungen $\frac{1}{2}$ l, für Aftervermietungen $\frac{1}{4}$ l, für Heimarbeiter, Geschäftslokale und Werkküchen 1 l, für die Beleuchtung der Flure, Stiegen und Gänge für jede Flamme $\frac{1}{2}$ l.

Kerzenabgabe. Im Monat Dezember werden an Kerzen ausgefolgt: für Wohnungen ohne Unterschied ihrer künstlichen Beleuchtung 1 Kerze im Gewichte von je $\frac{1}{32}$ kg, für Wohnungen, ^{für} welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden, 4 Kerzen im Gewichte von je $\frac{1}{32}$ kg, für Aftervermietungen, für welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden, 4 Kerzen im Gewichte von je $\frac{1}{32}$ kg. Als Bezugskarten gelten wie bisher der amtliche Einkaufsschein und die Petroleumbezugskarte für Wohnungen und Aftervermietungen. Beim amtlichen Einkaufsschein ist im Dezember die auf der rechten Seite befindlichen Ziffer 5 abzutrennen. Es werden voraussichtlich nicht nur Kerzen von $\frac{1}{32}$ kg, sondern auch Kerzen zu $\frac{1}{24}$ oder $\frac{1}{12}$ kg zugewiesen werden.

Kohlenausgabe. Infolge des andauernden Wagenmangels ist auch im Monate Dezember auf eine stärkere Ablieferung inländischer Kohle nicht zu rechnen. Der Bezug ausländischer Kohle dürfte sich zwar etwas günstiger gestalten, doch kann auch bezüglich dieser Kohle nicht mit Sicherheit auf eine ausreichende Zufuhr gerechnet werden. Es erscheint daher notwendig, auch im Monat Dezember die auf die Kohlenkarte entfallende Wochenmenge stark einzuschränken. Sie wurde für die 5. bis 8. Woche (2. bis 29. Dezember) für den ganzen Zimmerbrand mit 20 kg Steinkohle (Koks, Briketts) oder 25 kg Braunkohle bestimmt, daher für den halben Zimmerbrand mit 10 kg Steinkohle (Koks, Briketts) oder $12\frac{1}{2}$ kg Braunkohle. Für den Küchenbrand wurde in der 5. bis 6. Woche eine Menge von 20 kg Steinkohle (25 kg Braunkohle) für die 7. bis 8. Woche eine Menge von 25 kg Steinkohle (32 kg Braunkohle) festgesetzt. Die Mengen für den halben Küchenbrand betragen in dieser Zeit $12\frac{1}{2}$ kg Steinkohle oder 16 kg Braunkohle. Die Belieferung der Gewerbe, Betriebe und Anstalten kann nur im selben Umfange wie im November stattfinden. Es werden daher für Betriebszwecke jene Mengen Brennmaterial ausgefolgt, die im Bezugsscheine unter dem Buchstaben B (Monatsmenge) angeführt sind, während für die Beheizung der Betriebe und Anstalten nur jene Mengen ausgegeben werden, die im Bezugsscheine unter dem Buchstaben C angeführt sind. Da jenen Parteien, die ihre Fragebogen rechtzeitig bei der Behörde überreicht haben, die Bezugsscheine bereits ausgefolgt wurden, wird mit 2. Dezember die bisher ohne Bezugsschein zulässige Abgabe von Kohle (Koks) eingestellt. Vom 2. Dezember an können daher Gewerbe, Betriebe und Anstalten Kohle (Koks) nur mehr gegen Vorweisung des Bezugsscheines (Zuweisungsscheines) beziehen. Jene Parteien, die entgegen der Magistratskundmachung vom 29. September 1917 ihre Fragebogen nicht rechtzeitig überreicht haben, haben sich die Folgen ihrer Versäumnis selbst zuzuschreiben. Parteien, die den vorgeschriebenen Fragebogen bisher noch nicht ausgefüllt und abgegeben haben, können Fragebogen beim zuständigen magistratischen Bezirksamt (Kohlenkommissär) beheben und haben die ausgefüllten Fragebogen dort zur Bemessung der Kohlenzuweisung

zu überreichen. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass auch jene Gewerbe, Betriebe und Anstalten, die bevorrätigt sind, den Fragebogen zu überreichen haben, da sie ihre Vorräte nur in jenem Umfange verbrauchen dürfen, der ihnen seitens der Behörde vorgeschrieben wird. Die Nichtabgabe der vorgeschriebenen Erklärung (Fragebogen) sowie der Verbrauch von Heizmaterialien über das von der Behörde festgesetzte Ausmass sind strafbar.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 2. bis 15. Dezember werden bei den Verkaufsständen der Grossschlächtereien gegen Abtrennung des Abschnittes J des amtlichen Einkaufsscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 g Schweinespeck zum Preise von 48 h für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Erwerbsmöglichkeit für weibliche Familienangehörige der Festangestellten. Der Not der Zeit Rechnung tragend, hat die Frauenhilfsaktion im 19. Bezirk durch Errichtung einer Uebernahmestelle für Herichtung der gesamten Garderobe, Wäsche, sowie aller übrigen, der Ausbesserung durch die Nadel bedürftigen Gegenstände, desgleichen für Anfertigung praktischer Handarbeiten die Möglichkeit eines Nebenverdienstes für weibliche Angehörige der Festangestellten geschaffen. Die Ausbesserungsanstalt ist als Heimarbeit gedacht, jedoch steht den Teilnehmerinnen auch die beheizte Nähstube, welche jetzt bloss Heimarbeiterinnen beschäftigt, zur Verfügung. Auskünfte erteilt und Aufträge, sowie Anmeldungen von Bewerberinnen für Arbeit, (beides auch aus fremden Bezirken) nimmt jeden Montag und Freitag von 3 bis 6 Uhr die Frauenhilfsaktion im 19. Bezirk Gatterburggasse 14 entgegen.

Abermalige Herabsetzung der Detailpreise für ungarisches Schweinefleisch und Speck. Von Dienstag den 4. ds. M. angefangen werden die Detailverkaufspreise für ungarisches Schweinefleisch von 13.20 K auf 12 K und für Speck von 19 K auf 18 K *abermals herabgesetzt*

Erste Oesterreichische Spar-Kasse. Im November 1. J. wurden bei der Ersten Oesterreichischen Spar-Kasse von 27588 Parteien K 22,414.403 eingelegt und an 18933 Parteien K 22,297.089.- rückgezahlt. Der Einlagsstand belief sich Ende des Monats auf K 675,900.694.-. Hypothekar-Darlehen wurden zur Zeichnung von Kriegsanleihe K 859.200.- zugezählt, dagegen K 1,405.708.- rückgezahlt. Der Stand der Hypothekar-Darlehen stellte sich am 30. November auf K 326,233.636.-. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich am 30. November auf K 18,300.773.- an 60jährigen Pfandbriefen waren K 18,659.200.- im Umlaufe. Wechsel wurden K 17,753.337.- eskomptiert und K 11,421.363.- eingekassiert; der Stand des Wechsel- und Salinen-Portefeuilles betrug am 30. November K 46,868.635.-

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die nächste Woche wieder mit $1\frac{1}{2}$ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der üblichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes J der Kartoffelkarte.

Zucker-Rayonierung. Die Abgabe des Zuckers für den Monat Dezember auf Grund der neuen Bezugsregelung beginnt am 8. ds. M. Die näheren Bezugs-Modalitäten werden in den nächsten Tagen verlautbart werden.

384
404

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Montag, 2. Dezember 1917. Nr. 384.

Erhebungen über die Lage der Kriegshinterbliebenen. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete Oberkurator von Steiner über die Notwendigkeit, die soziale Lage der Kriegshinterbliebenen und der Familien der Kriegsbeschädigten durch Erhebungen festzustellen. Schon in den ersten Kriegsmonaten hat die Gemeinde Wien auf die Notwendigkeit einer Reform unserer Militärversorgungsgesetze hingewiesen. Die gleiche Forderung ist seither von vielen Seiten geltend gemacht und auch in einer Reihe von schätzenswerten Schriften behandelt worden. Man ist sich wohl allseits darüber klar, dass die Rentenversorgung, mag sie auch wesentlich verbessert werden, für sich allein keine genügende Hilfe bieten kann und soll. Die soziale Fürsorge, Gesundheits-, Erziehungs- und Arbeitsfürsorge vor allem, werden berufen sein, dem Staate und der Gesellschaft die erwünschte Gelegenheit zu geben, den Kriegerswitwen und -waisen und den Familien der Kriegsbeschädigten jene Hilfe zuteil werden zu lassen, auf die sie ein Anrecht haben. Rentenversorgung und soziale Fürsorge zusammen müssen von dem Leitgedanken beherrscht sein, alle unmittelbaren Opfer des Krieges auf jener sozialen Stufe zu erhalten, auf der sie sich vor dem Kriege befunden haben. Sie beziehen wohl augenblicklich den Unterhaltebeitrag fort, die Allgemeinheit darf sich aber nicht damit zufrieden geben, dass vorläufig vorgesorgt ist. Staat und Gesellschaft haben die Gewissenspflicht, den Umfang ihrer Zukunftsaufgaben genau zu erforschen und zu diesem Zweck die Verhältnisse der Kriegsoffer zunächst einmal nach allen Seiten zu erheben. Wir brauchen die Kenntnis der absoluten Zahl aller Kriegerswitwen, Kriegerwaisen und Kriegsinvaliden und die genaue Kenntnis ihrer früheren und jetzigen sozialen Lage. Um uns beispielsweise über die Aufgaben der Kriegerswitwenfürsorge klar zu werden, müssen wir deren Gesundheitszustand, die Verteilung nach dem Lebensalter, Schul- und Berufskennntnisse, Berufstätigkeit vor und in der Ehe, seit der Einrückung oder seit dem Tode des Gatten u. s. w. kennen. In gleicher Weise brauchen wir die Kenntnis aller wesentlichen Lebensmerkmale der Kriegerwaisen und der Kriegsbeschädigten und ihrer Familien. In der Petition der Gemeinde Wien, die der Stadtrat nach dem Antrage des Berichterstatters beschlossen hat, wird nun verlangt, dass vom Staate wegen und unter Einführung einer Meldepflicht solche Erhebungen allgemein durchgeführt werden, um so auf dem einzig möglichen Wege einer Zählung die notwendigen exakten Grundlagen für eine umfassende soziale Fürsorge zu Gunsten aller unmittelbaren Kriegsoffer zu gewinnen. Die Anregung wird den Gemeinderat in der nächsten Sitzung beschäftigen. Ihre Durchführung durch das neue Ministerium für soziale Fürsorge wäre geeignet, über eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft wertvolle Klarheit zu schaffen.

Die städtischen Beamten und Lehrer beim Bürgermeister. Bürgermeister Dr. Weiskirchner empfing eine Abordnung der städtischen Beamten- und Lehrerschaft bestehend aus den Beamtenvertretern Victor de Pontis, Geschlät, Henel und Hulka und den Lehrervertretern Gussenbauer, Schönbauer, Schimitzek, Leng und Frau Ambros, die im Auftrage der Gesamtheit der städtischen Angestellten das Wohlwollen und die Unterstützung des Bürgermeisters für die in den Eingaben an den Gemeinderat nach dem

Ausmasse der Staatsbeamtenforderungen festgelegten Wünsche der städtischen Angestellten sowie die beschleunigte Auszahlungsveranlassung der einmaligen Zuwendungen zu erbitten hatte.

Der Bürgermeister würdigte die eingebrachten Gründe vollständig, bedauerte, dass die einzig richtige Abhilfe durch den Abbau der Preise leider seinen Machtbefugnissen entrückt sei, verwies auf die vom Gemeinderat durch die Gewährung von Teuerungszulagen und reichlichen Aushilfen bereits betätigte Fürsorge der Gemeinde für ihre Angestellten, betonte jedoch die ungemein schwierige Lage der Gemeinde hinsichtlich der Geldbeschaffung im Gegensatze zum Staate, die eine durch wiederholte Erhöhung der Bezüge und mehrmalige Zuwendungen bedingte Erhöhung der Verwaltungsauslagen bei der aus der Kriegslage sich ergebenden bedeutenden Verminderung der Gemeindefinnahmen beinahe ausschliesse, sicherte aber in Würdigung der ausserordentlichen Notlage der Festangestellten einschliesslich der Eingerückten und Pensionisten den vorgebrachten Bitten und Wünschen das weitmögliche Entgegenkommen sowohl seiner selbst als auch des Gemeinderates zu.

Dem Präsidenten des Vereines der Beamten der Stadt Wien Oberrechnungsrat Victor de Pontis bemerkte der Bürgermeister, dass er im Vertrauen auf die Einsicht und das Gerechtigkeitsgefühl der städtischen Beamtenschaft in Bezug auf Leitung und Gegenleistung aber auch bestimmte auf die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung abzielende Vorschläge aus der Beamtenschaft erwarte, um der Gemeinde die endgültige Regelung der Dienstverhältnisse ihrer Angestellten überhaupt zu ermöglichen.

GR: Gussenbauer brachte mehrfache Wünsche und Beschwerden der Lehrerschaft hinsichtlich der Brotkommission vor, die der Bürgermeister zu prüfen und nach Tunlichkeit zu ordnen versprach.

Ehrengabe für Professor Udel. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer, dem Professor Karl Udel in Anerkennung seines hervorragenden und oft in den Dienste der Wohltätigkeit gestellten Wirkens auf dem Gebiete der Musik ein Ehrengeld zu bewilligen. Der Antrag wird den Gemeinderat in der nächsten Sitzung beschäftigen.

Bezirksratsitzung. Die Bezirksvorstehung Brigittenau hält am 5. Dezember 6 Uhr abends eine öffentliche Sitzung ab.

Gemeindevermittlungsämter. Die Verhandlungen der Gemeindevermittlungsämter Mariahilf Neubau und Josefstadt finden in diesem Monate am 5., 12. und 19. statt.

Regelung der Bezüge der Stadtgärtner. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hoss beschlossen, dass auch die Stadtgärtner die Bestimmungen über die Zeitbeförderung und Klassenvorrückung der städtischen Angestellten Anwendung zu finden habe.

Grundankauf. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Braun, die Liegenschaft 2. Bezirk, 5. Landengasse im Ausmasse von 288 m² um den Betrag von 7800 Kronen zu Strassenregulierungszwecken anzukaufen. 198 m² entfallen nach der genehmigten Baulinie zur Strasse.

20. Jahrgang, Wien, Dienstag, 4. Dezember 1917. Nr. 385.

Eine Rede des Bürgermeisters. Der deutsche Bezirkswahlverein Währing hielt gestern in den Sälen „Zum wilden Mann“ unter dem Vorsitz des Bezirksvorsteher-Stellvertreters Horak eine ausserordentlich stark besuchte Versammlung ab, welcher auch sämtliche Gemeinderäte des Bezirkes und andere Bezirksfunktionäre anwohnten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, mit stürmischen Beifall begrüsst, wies einleitend auf den Antrag der deutschen Delegierten des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses hin, welcher in der gestrigen Sitzung der österreichischen Delegation gestellt wurde und der dahin zielt, die Politik des Ministers des Aeussern zu billigen und einen allgemeinen dauerhaften und ehrenvollen Frieden zu erreichen, welcher die territoriale Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren künftige freie Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu sichern geeignet ist. Der Bürgermeister dankte dem Minister des Aeussern für die zielbewusste Führung der auswärtigen Politik und gab der Erwartung Ausdruck, dass nunmehr der ersehnte Frieden am Weg ist und dass die Leiden und Entbehrungen der Kriegszeit in absehbarer Frist ein Ende nehmen werden, wenn es auch eine schwere Täuschung wäre, zu glauben, dass dann sofort durch eine plötzliche Wendung aller Dinge die normalen Friedenszeiten eintreten würden. Er könne aber öffentlich die beruhigende Erklärung abgeben, dass nach einer Woche banger Sorge die Versorgung der Stadt mit Mehl und Brot in ungekürzter Menge gesichert sei. Die Kartoffelzufuhren seien befriedigend, auch Fleisch werde in genügender Menge auf den Markt kommen, vor Weihnachten werde noch die Ausgabe von koservierten Eiern und von Marmelade erfolgen, auch hoffe er, dass doch ein Anteil an der italienischen Beute dem Hinterlande zur Verfügung gestellt werde. Unter diesen Verhältnissen sei irgend eine Beunruhigung in der Bevölkerung nicht am Platze und in der erprobten Opferwilligkeit und Hingebung an die öffentlichen Interessen werde die Wiener Bevölkerung die nächsten Wochen überdauern, die Friedenshoffnung werde alle Herzen stärken und es werde insbesondere auch dem feindlichen Auslande gezeigt werden, dass die Wiener Bevölkerung unentwegt und unverzagt ausharrt. Der Redner ging sodann auf die Besprechung der Lage zweier Stände über, welche unter den Folgeerscheinungen des Krieges am schwersten gelitten haben, es ist dies der Gewerbestand und der Stand der Fixangestellten, ob sich letztere im öffentlichen oder privaten Dienste befinden. Er besprach die Massnahmen der Gemeinde während des Krieges und nach dem Kriege zum Schutze des Gewerbestandes und die zu erhöhenden Kriegszulagen der städtischen Angestellten, worüber Anträge noch vor Weihnachten dem Gemeinderate zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden und forderte in eindringlichen Worten von der Regierung, dass sie endlich wirtschaftliche Massnahmen zum Abbau der Preise treffe. Der Bürgermeister besprach sodann die städtische Wohnungsfürsorge und die Verhältnisse des Baugewerbes nach Kriegschluss und fordert von der Militärverwaltung, dass bei der sachlichen Demobilisierung Rücksicht auf die Bedürfnisse der Städte nach Baumaterialien genommen und insbesondere gesorgt werde, dass die zur Verfügung stehenden Materialien auch dem Baugewerbe unmittelbar zugute kommen. Er erinnerte den Staat an die endliche Erfüllung seiner Pflichten wegen ausreichender Invalidenversorgung, besprach die Notwendigkeit einer Aktion für die Witwen und Waisen nach gefallenen

Kriegern und schloss mit einem warmen Apell an alle Bürger der Stadt, im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien der Jugendfürsorge die vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit ein an Geist und Körper gesundes Geschlecht die grossen Aufgaben der kommenden Friedenszeit erfüllen könne. Die Rede des Bürgermeisters wurde mit lebhaften Beifall aufgenommen.

Forellenzucht. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Tomola die 4 Teiche im Türkenschanzpark dem Ingenieur Doppelreiter zu Versuchszwecken für Fischzucht für das Jahr 1918 zu überlassen.

Rohrlegung. Nach einem Berichte des StR. Zatzka wurden die für die Wasserversorgung des neuen Kontumatsmarktes am 11. Bezirke erforderlichen Rohrlegungsarbeiten mit dem Erfordernisse von 26.000 Kronen genehmigt.

Geleisanlage. Die Erneuerung der in der Liechtensteinstrasse bei der Dietrichsteingasse im 9. Bezirk liegende Verbindungsweiche, die im Jahre 1903 eingebaut wurde, ist vom Stadtrate nach einem Berichte des StR. Schneider mit den Kosten von 12.400 Kronen genehmigt worden.

Rückgabe von Schulen. StR. Schneider legte in der letzten Sitzung des Stadtrates einen Bericht über die mit der Militärverwaltung gepflogenen Verhandlungen hinsichtlich der Rückstellung städtischer Schulgebäude an die Gemeinde Wien vor. Seit Kriegsbeginn bis Mitte November wurden der Gemeinde Wien 83 Schulgebäude (111 Schulen) zurückgestellt. Gegenwärtig stehen noch 123 Schulgebäude (161 Schulen) in militärischer Verwendung. Als Entschädigung für die Benützung der bereits übergebenen Schulen wurde von der Militärverwaltung ein Betrag von 529.604 Kronen angewiesen, wobei die nicht unbedeutenden Kosten der in den Kriegszeitungs-Objekten durch die Militärverwaltung in natura erfolgten baulichen Herstellungen nicht mitveranschlagt sind. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Druckschriften über soziale Fürsorge. Der Bürgermeister hat die Herausgabe einer Reihe von Handbüchern der sozialen Fürsorge genehmigt. Durch diese Veröffentlichung der Gemeinde soll den mit Kriegsende zu gewärtigenden verstärkten Bedürfnisse nach rascher Orientierung über die Wohlfahrtsgesetzgebung und über die Einrichtungen der sozialen Fürsorge entsprochen werden. Es sind Handbücher über Heimats- und Armen-gesetze, über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, Kinderschutz und Jugendrecht, über die Wiener Wohlfahrtseinrichtungen, über die Wiener Stiftungen, über sozialhygienische Fragen u.s.w. geplant. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Dr. Hein vorläufig die Herausgabe einer Druckschrift über die österreichischen Heimatsgesetze als erstes Heft dieser Veröffentlichungen.

Anerkennung für Lehrpersonen. Der Bezirksschulrat Wien hat den Volksschullehrerinnen 1. Klasse Christine Pokorny und Karoline Schütz die belobende Anerkennung, dem Bürgerschullehrer Wilhelm Schütz den Dank und die Anerkennung, der Bürgerschullehrerin Anna Braun, dem Volksschullehrer 1. Klasse Josef Pfeffer und der Volksschullehrerin 1. Klasse Ottilie Brandt die Anerkennung ausgedrückt.

386
406

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michien,
Wien. I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 5. Dezember 1917. Nr 386.

Wiener Bürgervereinigung. Am 2. ds.M. fand im Festsaale des Rathauses die Generalversammlung der Wiener Bürgervereinigung statt, vorher nahmen die Mitglieder der Vereinigung an einem feierlichen Gottesdienste in der Votivkirche teil, wo Korperator Poppe eine heilige Messe las. Die Versammlung im Festsaale wurde von dem Präsidenten der Bürgervereinigung StR. Brauneiß eröffnet, welcher eingangs seiner Rede auf die günstigen Aussichten des absehbaren Endes des Weltkrieges hinwies und die Schwierigkeiten der Versorgung im Hinterlande besprach, für deren Verbesserung Bgm. Dr. Weiskirchner sich unermüdlich einsetze. Er gedachte dann mit dankbaren Worten der Fürsorge der Gemeindeverwaltung für die Verbesserung der materiellen Lage der armen Bürger und sprach insbesondere dem Bürgermeister und den Vizebürgermeistern den besten Dank aus.

Der Ehrenpräsident der Bürgervereinigung Bgm. Dr. Weiskirchner besprach die in den letzten Jahrzehnten zu erhöhten Bedeutung gelangte Stellung des Wiener Bürgers; die jetzige Gemeindevertretung halte ebenfalls es für ihre Pflicht, ^{oder mitzubestimmen} um der Bedeutung des Bürgertums gerecht zu werden. Trotz aller Fährnisse habe die Wiener Bevölkerung mit patriotischer Opferwilligkeit und Hingebung während der schweren Kriegszeit ausgehalten und künftige Geschichtsschreiber werden sagen müssen, dass die Bürger Wiens während des Weltkrieges restlos ihre Pflicht erfüllt haben. Sobald wieder normale Zeiten eingetreten sein werden, werde die Gemeindevertretung sich bemühen, die Forderungen der Bürger zu erfüllen, insbesondere hinsichtlich der Schaffung eines eigenen Heims für arme Bürgerehepaare. Mit einem warmen Apell an die Bürger auch in künftigen Zeiten treu zum Rathaus zu stehen, schloss der Bürgermeister seine mit grossem Beifall aufgenommene Ansprache.

Präsident Brauneiß gedachte sodann der glücklichen Errettung des Kaisers aus schwerer Lebensgefahr und brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser und die Kaiserein aus. Es wurde sodann die Absendung eines Huldigungstelegrammes an den Kaiser beschlossen.

Ein Tuberkulose-Museum. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Dr. Haas, zur Errichtung eines Tuberkulosen-Museum den Betrag von 3000 Kronen zu widmen. Die Errichtung und Verwaltung des Museums wird der Bezirkszentrale Wien für Tuberkulose-Fürsorge übertragen. Zweck des Museums, für welches ein Raum im Amtshause des 8. Bezirkes zur Verfügung gestellt wird, soll die Sammlung aller jener Gegenstände sein, welche die Geschichte und Entwicklung der Bestrebungen zur Bekämpfung der Tuberkulose darstellen und die Beistellung der Lehrmittel für Vorträge und dergleichen, die zur Belehrung und Aufklärung der Bevölkerung dienen sollen.

Lebensmitteltransport mittels Stellwagen. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Rain einen Betrag von 23.000 Kronen für die Umarbeitung von 40 Stellwagen für Zwecke der Lebensmittel-Transporte zu bewilligen.

Zucker-Rayonierung. Von Samstag, den 8. Dezember l.J. angefangen beginnt die Ausgabe des Zuckers für den Monat Dezember auf Grund der neuen Kundenlisten. Für die beiden diesen Monat umfassenden Zuckerabschnitte

der amtlichen Einkaufscheine werden für jede Person $\frac{3}{4}$ kg, für einen Abschnitt mit halber Monatsmenge $\frac{3}{8}$ kg Zucker abgegeben. Die Zuckerzusatzkarte für Arbeiter bestimmter Betriebe und Kranke wird mit $\frac{3}{4}$ kg, die Zuckerzusatzkarte für schwangere und stillende Frauen mit $\frac{3}{4}$ kg Zucker honoriert. Die Zuckerzusatzkarte für schwangere und stillende Frauen kann während der Amtsstunden gegen Vorweisung der Nahrungsmittelzubussenkarte (Haferreiskarte) bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission allmonatlich behoben werden. Auf die Zuckerzusatzkarte pro Dezember, die sich auf den Milchkarten für Kinder bis zum 6. Jahre befinden, wird je $\frac{1}{4}$ kg für jedes Kind abgegeben. Die Anzahl ist auf jedem Abschnitte durch die mit einem Kreis umrandete Zahl ersichtlich gemacht. Auf dem Zuckerabschnitt der Lebensmittelkarten für Militär-Urlauber, welche Karten gleichzeitig in Kraft treten, wird pro Woche $\frac{1}{8}$ kg Zucker verabreicht. Nachdem jedem Bezugsberechtigten die gebührende Zuckermenge bei den Zuckerabgabestellen, in deren Kundenliste er eingetragen ist, gesichert ist und der Verkauf während des ganzen Monats stattfindet, ist jedes Ansteller vollkommen unnötig. Es empfiehlt sich, dass in den ersten Tagen nur diejenigen, welche dringendst den Zucker benötigen, ^{ihn} beziehen. Auf Zuckerbezugsscheine für den Monat Dezember beginnt die Ausgabe mit dem 15. Dezember.

Lebensmittelkarten für Militär-Urlauber. Vom 7. Dezember angefangen werden für Militär-Urlauber besondere Lebensmittelkarten zur Ausgabe gelangen und zwar solche für 3 Tage in bläulicher Farbe und solche für 7 Tage in roter Farbe. Durch Abtrennung verschiedener Abschnitte können diese Karten für die anderen Tage adaptiert werden. Die Ausgabe erfolgt bei den Brot- und Mehlkommissionen während der Amtsstunden auf Grund der vorzuweisenden Urlaubsscheine. Die Lebensmittelkarten für 3 Tage ^{enthalten} 2 Abschnitte auf je einen halben Laib Brot, einen mit römisch I und einen mit römisch II bezeichneten Abschnitt für je 3 dkg Fett und einen Abschnitt auf die halbe Wochenmenge Kartoffel. Die Lebensmittelkarten für 7 Tage erhalten 5 Abschnitte auf je einen halben Laib Brot, wovon 2 in je 250 g Mehl eingelöst werden können, ferner einen mit römisch I und einen mit römisch II bezeichneten Abschnitt auf je 6 dkg Fett, einen Abschnitt für $\frac{1}{8}$ kg Zucker und einen Abschnitt auf eine Wochenmenge Kartoffeln. Weiters sind noch 2 mit A und B bezeichnete Abschnitte vorhanden, auf welche derzeit keine Lebensmittel zur Abgabe gelangen. Die Brot-, Mehl-, Zucker- und Kartoffelabgeber in erster Linie diejenigen, bei denen die Haushaltung des Urlaubers rayoniert ist, sind angewiesen, nach Massgabe der Möglichkeit gegen Abtrennung der entsprechenden Abschnitte, die gut zu verwahren sind, die bezüglichen Lebensmittel auszufolgen. Die Butterabgabestellen haben nur die mit römisch I bezeichneten, auf Fett lautenden Abschnitte zur Einlösung zu bringen. Das Erlangen ^{von} Fett auf die mit römisch II bezeichneten Abschnitte in anderen Fettabgabestellen wird den Militär-Urlaubern überlassen. Militär-Urlauber, welche im Hotel absteigen, haben kein Anrecht auf den Bezug der Lebensmittelkarte. Für abhanden gekommene Karten wird auf keinen Fall Ersatz geleistet. Für Urlaube über 4 Wochen wird der derzeitige Vorgang beibehalten.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Leopoldstadt hält Donnerstag, den 6. ds.M. um 5 Uhr nachmittags ^{eine Sitzung ab.}

407/1

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verleger und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 5. Dezember 1917. Nr. 387.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung am 5. Dezember 1917

Vorsitzender Bgm. Dr. Weiskirchner :

Bgm. Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung mit folgender Kundgebung: bei der sich die GR. von den Sitzen erheben: In wiederholter Kundgebung hat der Wiener Gemeinderat und die Wiener Bevölkerung ihrer Friedenssehnsucht Ausdruck gegeben und dem Minister des Aeussern für seine unentwegte zielbewusste Haltung in der Friedensfrage den Dank ausgesprochen. Seit gestern kann diese Haltung unserer Regierung ihren ersten Erfolg verzeichnen: die russische Regierung hat auch ihrerseits den Pfad des Friedens betreten und so dürfen wir mit berechtigter Zuversicht hoffen, dass die Verhandlungen, die zwischen den Verbündeten und Russland an den Fronten gepflogen werden, zu dem ersehnten Ergebnisse führen und uns in nicht zu ferner Zeit einen allgemeinen, dauerhaften und ehrenvollen Frieden bringen. (Beifall)

Das russische Volk, das dem Eroberungswillen unserer Feinde die grössten und blutigsten Opfer gebracht hat, ist zur Einsicht gekommen. Mögen auch die anderen Völker bald den Weg zur Würde des Menschen zurück finden und möge dem schwer geprüften Europa dann in ungestörter Friedezeit die Wiederaufrichtung und kulturelle Entwicklung beschieden sein.

Der vierte Kriegswinter hat mit seiner ganzen Stengete und den unsäglichen Opfern, die er an die Soldaten an der Front und die Bürger in der Heimat stellt, eingesetzt; die Verheissung des nahenden Friedens stärkt unsere Herzen und lässt uns der Hoffnung leben, dass unsere Söhne und Brüder bald zurückkehren und dass die Leiden und Entbehrungen der Männer, Frauen und Kinder in der Heimat ein baldiges Ende nehmen werden.

Unsere Regierung, die am Werke ist, den in der gestrigen Thronrede neuerdings in so erhebender Weise bekundeten Friedenswillen unseres geliebten Kaisers zu erfüllen, wird sich, wenn sie das Friedensziel erreicht, den Dank des Gemeinderates und der gesamten Bevölkerung für alle Zeiten sichern. (Lebhafter Beifall)

Auf die Glückwünsche der Stadt Wien zur Vermählung des Erzherzogs Max ist nachfolgendes Telegramm eingelangt: „Diese so überaus warmen Worte, mit welchen Euer Exzellenz mir anlässlich meiner Vermählung die Wünsche der lieben Wiener Bevölkerung vermittelten, haben die Erzherzogin und mich wahrhaft gerührt. Ich lege Wert darauf Euer Exzellenz davon überzeugt zu wissen wie freudig mich die Anteilnahme der lieben Wiener berührt und wird diese mir stets eine teure Erinnerung bleiben. Euer Exzellenz bitte ich meinen wärmsten, herzlichsten Dank entgegenzunehmen.“

BGM. Dr. Weiskirchner machte dann dem Gemeinderate auf die Ausführungen des Handelsminister Dr. von Wieser in der Sitzung des Budgetausschusses im Abgeordnetenhaus vom 22. v. Mts. aufmerksam. Bei Erörterung der Binnenschifffahrt besprach der Minister zunächst die Fragen unserer Donauschifffahrt und verwies darauf in welchem Masse gerade der Krieg die Wichtigkeit des Donauweges dargetan habe. Die auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiete in dieser Richtung gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass der uns hier gewiesene Weg mit Energie und zielbewusst weitergegangen werden müsse. Eine hervorragende Rolle werde dabei die Neugestaltung der rechtlichen Verhältnisse an der unteren Donau beim Friedensschlusse spielen. Im Zusammenhang mit der Hebung unserer Schifffahrt auf der Donau stehe die Frage der Binnenkanäle, welche in ein neues Licht gerückt worden sei und von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden werde. Der Minister betonte das lobhafte In-

teresse, welches das Handelsministerium dieser Frage entgegenbringe und das sich insbesondere in der Richtung betätigen müsse, die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen in den Vordergrund zu stellen. Diese Erklärung stellt eine sehr erfreuliche Kundgebung sowie eine sehr wertvolle Ergänzung des seinerzeit vom Herrn Ministerpräsidenten bekanntgegebenen Programms der jetzigen Regierung dar.

Ich habe es für angezeigt erachtet, diese Aeusserung auch im Gemeinderate festzulegen, weil in letzter Zeit wieder Strömungen sich bemerkbar machen, welche den Donau-Oderkanal in zweiter Linie gestellt wissen wollen. Der Gemeinderat hält unverrückbar an dem Grundsatz fest, dass von den Binnenkanälen in erster Linie an den Bau des Donau Oder Kanals geschritten werden muss.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt dann mit, dass Übermorgen der 80. Geburtstag des Ehrenbürgers von Wien Grafen Hans Wilczek sei und bittet um die Ermächtigung, dass sich das Gemeinderats-Präsidium korporativ zu ihm begibt, um die Glückwünsche der Stadt Wien zum Ausdruck zu bringen.

Die vereinigte Lederfabriken A.G. Flesch hat anlässlich der Hilfeleistung der städtischen Feuerwehr der Mannschaft einen Betrag von 2200 Kronen gewidmet.

Hugo Fürst hat 1000 Kronen für die armen Kinder der Ferienkolonie des 1. Bezirkes gespendet.

Bezirksrat Anton Heischer hat namens des Unter St. Veiter Kirchen-Jubiläums-Komitees 300 Kronen erlegt.

Die Kaiser Franz Josef Jubiläumstiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes hat 200 Kronen für die Armen Wiens gewidmet.

Die verstorbene Frau Emilie Pretis de Cagnodo hat testamentarisch für arme Familien des 8. Bezirkes 200 Kronen gewidmet.

Die Hinterbliebenen nach dem Bezirksrat Josef Spähte haben 200 Kronen für die Armen des 6. Bezirkes erlegt.

Das Stift Klosterneuburg hat den Armen Wiens 300 rm Holz zur Verteilung an die Armen Wiens gewidmet.

Für das Uhrenmuseum der Stadt Wien sind nachstehende Spenden eingelangt: Von Herrn Ober-Magistratsrat Josef Langthaler eine Stockuhr (Darstellung des Merkur), vom Verein der Freunde des Uhrenmuseums hat ein von ihm angekaufter Teil der Uhrensammlung des verstorbenen Fabrikanten Gustav Leiner.

Der Bürgermeister erstattet einen ausführlichen Bericht über die mit Rücksicht auf die kritische Lage des Lebensmittelmarktes unternommenen Schritte der Obmänner Konferenz und der Konferenz mit den Wiener Reichratsabgeordneten und sagt sodann: Ich habe im Sinne dieser Entschliessung wiederholt beim Minister-Präsidenten vorgesprochen und die Zusage erhalten, dass am nächsten Freitag 10 Uhr vormittags die von den Reichratsabgeordneten der Stadt Wien gewünschte Besprechung im Abgeordnetenhaus stattfinden wird.

Ich habe weiters Veranlassung genommen, um eine möglichst rasche Besserung der Verhältnisse zu erzielen, bei den massgebenden Regierungsstellen vorzusprechen und habe zu meiner aufrichtigen Genugtuung die Wahrnehmung gemacht, dass auch der Minister des Aeussern, der Kriegsminister, sowie Generalmajor von Landwehr der eindrucksvollen Kundgebung der Wiener Gemeindeverwaltung ein dankenswertes Interesse entgegenbringen.

Es sprechen nun Anzeigen dafür, dass die Brot- und Mehlevorsorgung in den allernächsten Wochen infolge günstiger Zufuhren aus Ungarn unter der Voraussetzung als gesichert bezeichnet werden kann, wenn die Transportmittel bereitgestellt werden und die bei der ungünstigen Jahreszeit zu befürchtenden sonstigen Hemmungen überwunden werden können.

Auch in der Fettversorgung ist insofern eine günstigere Wendung eingetreten, als durch das Entgegenkommen des Kriegs-Ministeriums ein Quantum Gelsaten für die Margarinerzeugung freigegeben wurden, so dass die Kopfquote von 60 Gramm pro Woche in Butter und Margarine voraussichtlich bis Mitte Jänner sichergestellt erscheint.

Freilich muss ich bei diesem Anlass an den Minister Homann appellieren, damit die für die Margarinerzeugung erforderliche Kohle den Fabriken zur Verfügung gestellt werde.

Jedenfalls müssen aber die Verhandlungen zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung hinsichtlich der Verpflichtung Ungarns zur Ablieferung eines festen Kontingentes an Fettprodukten möglichst rasch und mit Erfolg durchgeführt werden.

Die für die geregelte Abgabe im Dezember erforderlichen Zuckermengen werden voraussichtlich aufgebracht werden können, wenn die stark behinderten Transporte durch eine energische Aktion der massgebenden Organe endlich auf den Weg gebracht werden.

Auch die Kartoffelversorgung kann als gebessert bezeichnet werden, da es der Gemeinde gelungen ist, den Bedarf der Bevölkerung unter Zugrundelegung einer Wochenkopfquote von 1 1/2 kg bis Mitte März 1918 durch Einmietung beziehungsweise Einlagerung in Wien sicherzustellen.

Die GR. Kanschak, Dr. Hemala, Schwarz, Solterer, Spalowsky, Ulbrich und Genossen stellen folgende Anfrage: Die jüdischen Flüchtlinge sind in Wien zu einer wahren Stadtplage geworden, die unser gemeinsames wirtschaftliches Leben vergiftet und untergrübt. In den Gerichtssälen überfüllten Sälen mit fast nur die Namen von galizischen Juden, welche wegen Kettenhandel, Schleichhandel und wegen der unglücklichsten Freiwirtschaften angeklagt sind. So konnte am 24. November das Kriegswucheramt berichten, dass die galizische Jüdin Julie Wiener ein Kaffee Surrogat in Verkauf brachte, dass sie um 12 Kronen pro Kilogramm --- mit einem 60 %igen Gewinn verkaufte. Der Inhalt dieses Surrogates bestand aus Unkrautsamen und Kehrlicht. Am 26. November hat die Wiener Polizeidirektion mit einer geradezu erstaunlichen Offenherzigkeit bekannt, dass der jüdische Flüchtling Jakob Rabinowicz, der im Jahre 1914 mit einem Baarvermögen von kaum 200 Kronen von Galizien nach Wien kam, für das Jahr 1916 eine Kriegsgewinnsteuer von 615.000 Kronen vorgeschrieben erhielt. Das Verbrechen aber, das dieser Jude Rabinowicz begangen hat, ist mit vollem Recht unter dem Begriff - Hoch- und Landesverrat - zu zählen. Zu einer Zeit, wo unsere Valuta im Ausland auf das Aeusserste geschwächt ist, zu einer Zeit, wo wir trotz unser xxx fortgeschreitenden Verblendung die wichtigsten Bedarfsartikel ins neutrale Ausland ausführen müssen, um Lebensmittel hereinzubekommen, zu dieser Zeit tritt der Jude Rabinowicz den niederträchtigsten Wucher und Kettenhandel mit Gold und erzielte hierbei fabelhafte Gewinne. Es wird gefragt,

Ist der Bürgermeister geneigt, bei der Regierung ungesäumt und mit allem Nachdrucke dahin vorstellig zu werden, dass im Sinne des vom Wiener Gemeinderate gefassten Beschlusses der sofortige Abtransport der jüdischen Flüchtlinge und zwar ohne Unterschied ob sie in staatlicher Fürsorge stehen oder durch Millionen Betrug sich selbstständige Existenzen gegründet haben, erfolge? Sollte dieser Abtransport in taschesteher Frist nicht durchführbar sein, so xxx die sofortige Internierung der jüdischen Flüchtlinge im Barackenlagern und die Anhaltung derselben zu gemeinnützigen Zwecken durchzuführen. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Wolny: Das ist das einzige Mittel, um uns zu erhalten. Das sind gemein gefährliche Individuen.

407
R

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe wiederholt in der Flüchtlingsfrage interveniert und werde diese Anfrage zum Anlasse nehmen, um neuerdings beim Minister des Innern vorzusprechen. Allerdings muss ich bemerken, dass der Flüchtlingsausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses eine Stellung einnimmt, die wohl die Interessen der Flüchtlinge voll und ganz vertritt, welche aber nicht geeignet ist, die Interessen und Verhältnisse des Hinterlandes zu fördern. (Rufe: Wo sind die Wiener Abgeordneten?) Es scheint mir notwendig, auch in dieser Sache wie in der Lebensmittelfrage einen Appell an die Wiener Abgeordneten zu richten, im Interesse der bodenständigen V Bevölkerung und zum Schutze derselben eine Interpellation im Abgeordnetenhaus einzubringen.

GR. Herold RICHTET AN den Bürgermeister eine Anfrage, dahingehend, ob die Vertreter der Gemeinde beim Ernährungsamt für die Förderung der Bienenzucht eintreten wolle, damit der Honig als ein Nahrungsmittel der Bevölkerung zugute komme.

Diese Interpellation wird als Antrag der Magistrats-Direktion zur Berichterstattung zugewiesen, gleichzeitig bemerkt der Bürgermeister, dass hinsichtlich der Adria-fischerei umfassende Vorkehrungen getroffen sind, welche die baldige Zufuhr von Seefischen erwarten lassen.

GR. Hohensinner urgiert in einer Anfrage die Erledigung seines Antrages, betreffend eine Teuerungszulage für die Familien der eingerückten Beamten und Lehrer, welche dem Mannschaftsstande angehören und regt an, den Familien dieser Angestellten eine Aushilfe zuzuerkennen.

Der Bürgermeister erwidert, dass in der nächsten Sitzung ohnehin die Anträge bezüglich der Angestellten zur Beratung kommen sollen.

In einer 2. Anfrage verweist GR. Hohensinner auf die Obstknappheit und fragt an, ob der Bürgermeister beim Ernährungsamt Abstellung des Obstskandals erwirken wolle.

BGM. Dr. Weiskirchner versichert, dass er und die Beamten des Magistrates bemüht seien, in die Obstzufuhr Ordnung zu bringen, es dürfe aber nicht übersehen werden, dass die Offensive gegen Italien tatsächlich soviel Eisenbahnmateriale beansprucht hat, dass die Obstzufuhr nahezu ganz verhindert wurde.

Die Gemeinderäte Penz und Schäfer richten an den Bürgermeister eine Anfrage, betreffend die Verschiebung der Sperrstunde von 10 auf 11 Uhr und verweisen darauf, dass dies nicht nur ein Bedürfnis eines grossen Teiles der Wiener Bevölkerung sei, sondern auch eine Existenzfrage von sehr vielen Wiener Gastwirten, Etablissementbesitzern und Hoteliers bedeute. GR. Penz verweist auch auf Budapest, wo eine einheitliche Sperrstunde für das gesamte Gastgewerbe bestehe, was auch in Berlin und in allen deutschen Städten der Fall sei, dort sei die Sperrstunde nicht so zeitlich angesetzt wie in Wien, trotzdem in diesen Städten noch ein grösserer Mangel an Kohle herrscht.

GR. Schäfer ersucht in einer Anfrage der Kaffeesieder Wiens. Der Bürgermeister wolle veranlassen, dass die Sperrstunde der Kaffeehäuser von 11 auf 12 Uhr nachts verlegt werde.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Die Interpellation der Kollegen Penz und Schäfer kann ich nur dahin beantworten, dass ich mit dem Polizeipräsidenten und dem Statthalter reden werde. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass die Lage auf dem Kohlenmarkte durchaus noch nicht so gesichert ist. Sobald das möglich sein wird, wird ja auch von allen Behörden im Interesse des Gast- und Kaffeehausgewerbes alles getan werden, was notwendig ist. Ich betone nur, dass der Kohlenvorrat der städtischen Gaswerke noch immer von Tag zu Tag sinkt.

GR. Dr. Hein überreicht namens der bürgerlich-freieitlichen Gemeinderäte nachfolgende Interpellation: Mit grosser Freude hat die Bevölkerung Wiens die Tatsache begrüsst, dass zwischen dem russischen Volke und den Mittelmächten Verhandlungen stattfinden, welche endlich die Aussicht eröffnen, dass dem kulturschänderischen Morden in absehbarer Zeit ein Ende bereitet werde.

Das neuerliche Bekenntnis zum Verständigungsfrieden, welches Graf Czernin in der gestrigen Delegationsitzung abgelegt hat, findet allgemeine Zustimmung.

Seit Wochen haben die Frauen Wiens, sowie Arbeiter und Bürger in zahlreichen massenhaft besuchten Versammlungen die tiefe Sehnsucht nach einem baldigen Ende dieses furchtbaren Krieges zum Ausdruck gebracht.

In diesem weltgeschichtlichen Augenblicke ist es die Pflicht der freigewählten Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, ihre volle Uebereinstimmung mit dem Willen des Volkes und den Anschauungen des Ministers des Aeussern zu bekunden, zumal in den verschiedenen parlamentarischen Körperschaften Bestrebungen zu Tage treten, welche geeignet erscheinen, das begonnene Friedenswerk zu stören.

Ich stelle daher namens des Verbandes der bürgerlich-freieitlichen Gemeinderäte die Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem Wunsche der Wiener Bevölkerung Ausdruck zu verleihen, dass der Minister des Aeussern sich bei seinem Streben nach einem baldigen, allgemeinen Verständigungsfrieden durch keinerlei von welcher Seite immer ausgehenden Störungsversuche beirren lassen möge.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass er diese Anfrage im Einvernehmen mit dem Interpellanten behandelt habe und verweist auf die Friedenskundgebung zu Beginn der Sitzung.

GR. Dr. Klotzberg stellt folgende Anfrage: Die Wagenführer der städtischen Strassenbahnen tragen Pelzmützen, Pelzröcke und warme Fussbekleidung. Die Wagenführerinnen haben weder Pelzmützen, noch Ohrenschützer, noch Kaputzen, nicht Pelzmäntel und auch nicht warmes Fusszeug.

Aus diesem Grunde richte ich an Sr. Excellenz den Herrn Buegermeister die Anfrage, ob er nicht geneigt ist, bei der Strassenbahndirektion dahin zu wirken, dass auch den Wagenführerinnen die geeignete warme Kleidung angeschafft wird.

BGM. Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht der Direktion der städtischen Strassenbahnen, in welchem alle die Kleidungsstücke angeführt werden, welche den Wagenführerinnen ausgefolgt werden.

GR. Stangelberger beantragt, in Erwägung der ausserordentlichen, fachmännischen Dienstleistungen des Schank- und Kellnerpersonales dringlichst eine ausgiebige Erhöhung ihrer Bezüge, insbesondere für die länger dienenden und verheirateten Bediensteten.

GR. Stangelberger beantragt die Umbenennung des Hernalsergürtels in Josefstädtergürtel und des Währingergürtels in Alsergürtel.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Hoss berichtet über die Bewilligung von Zuschusskrediten aus Anlass der Einführung des 100 Zigen Kriegszuschlages zur Rentensteuer für das Verwaltungsjahr 1916/17 in der Höhe von 46.600 Kronen und 110.000 Kronen.

VB. Hoss beantragt die weitere Stundung der Rückzahlung von Gehaltsvorschüssen an städtische Angestellte.

Nach einem Antrage des VB. Hoss wird dem bestatretlichen Arbeitgeber Hauptverband zur Förderung der Arbeitsvermittlung eine Subvention von 500 Kronen bewilligt.

VB. Hoss berichtet über die Regelung der Bezüge der Stadtgärtner und Stadtgarten-Assistenten.

VB. Rain beantragt die Errichtung eines zweiten städtischen Kohlenlagerplatzes in Michelbeuern mit den Kosten von 50.000 Kronen.

VB. Rain stellt folgenden Antrag: Die Gemeinde Wien sendet den im Felde stehenden Angehörigen der aus Wien sich ergänzenden Truppenkörper des II. Korps zu Weihnachten 1917 Liebesgaben bestehend aus: Zigaretten, Rauchtobak, Zigaretten Dosen, Pfeifen und Notizbücher. Die Gesamtauslagen betragen 140.000 Kronen.

Vize-Bürgermeister Rain beantragt den Beitritt der Gemeinde Wien zur Zentraleinkaufsstelle für Textilwaren verarbeitende Gewerbe G.m.b.H. als Gesellschafter mit einer Stammeinlage von 100.000 Kronen.

Vize-Bürgermeister Rain beantragt die Genehmigung der Kosten für die Umarbeitung von 40 Stellwagen zum Lebensmitteltransport mit den Kosten von 23.000 Kronen.

Nach einem Berichte des Stadtrates Dr. Haas wird die Liegenschaft Einl-Z. 263 im 3. Bezirke Dietrichgasse 30 um Pauschalpreis von 66.000 Kronen angekauft.

STR. Schneider berichtet über das Ergebnis der mit der Militärverwaltung anlässlich der Rückstellung städtischer Schulgebäude gepflogenen Schadenersatzverhandlungen.

STR. von Steiner legt eine Petition vor, es mögen auf Staatskosten Erhebungen über die Lage der Kriegshinterbliebenen und der Familien der Kriegsbeschädigten durchgeführt werden und führt aus:

Die Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat sofort nach Ausbruch des Weltkrieges in banger Sorge um das künftige Schicksal der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten in eigenen Wirkungskreise die notwendigen Massnahmen durchgeführt sowie in zahlreichen Beschlüssen und mündlichen Verhandlungen bei der gemeinsamen sowie der österreichischen Regierung interveniert.

Exzellenz Mataja hat jüngst im Abgeordnetenhause die Schaffung eines Netzes von Fürsorgestellen angekündigt, ohne nähere Einzelheiten der Pläne des neuen Ministeriums mitzuteilen. Es ist daher dringend notwendig, hierzu Stellung zu nehmen.

Das öffentliche Gewissen ist aber einigermassen beruhigt, man möchte fast sagen, eingeschlafert worden durch die Tatsache, dass die kriegshinterbliebenen Familien den Unterhaltsbeitrag fortbezogen, ebenso die Familien jener Kriegsinvaliden, die mit einer mindestens 20%igen Minderung der Erwerbsfähigkeit aus dem Felde heimkehren.

Die Kriegsinvaliden finden heute wie jeder halbwegs Arbeitsfähige gut bezahlte Arbeit.

Mit dem Tare der Heimkehr der gesunden Krieger wird sich aber die Lage der Kriegsinvaliden wesentlich verschlechtern und wovon sollen dann ihre Familien leben und die Familien der Kriegshinterbliebenen, wenn die Einzahlung der Unterhaltsbeiträge erfolgt? Das städtische Jugendamt hat im Oktober 1915 auf diesem Gebiete eine vorzüglich angelegte Vorbereitung geleistet. In neun Wienerbezirken wurden bei den Zahlstellen der Unterhaltsbeiträge die Angehörigen der im Kriege Gefallenen Verstorbenen und seit längerer Zeit Vermissten festgestellt, und ihre Lage durch nach allen Seiten eingeleitete Recherchen erhoben.

Bis jetzt ist dies in circa 2.400 Fällen, welche erfasst werden konnten, erfolgt.

407/5 Schon diese Material ergab die grosse Mannigfaltigkeit der Fälle und es ist im Interesse der Hiberbliebenen und Kriegsbeschädigten unbedingt notwendig, eine auf amtliche Erhebungen fussende Statistik zu erlangen und diese Material und diese Ziffern sollen kein totes Material bleiben. Der Kataster der Kriegsoffer wird eine lebendige Fürsorge-Arbeit wecken und sichern. Erst durch ihn werden wir die neue, nur zu grosse Schichte unserer Bevölkerung nach allen Seiten kennen lernen und volle Klarheit über die Art, Richtung und den Umfang dessen gewinnen, was Staat und Gesellschaft in vereinter Arbeit werden leisten müssen. Ist dieses Material geschaffen, ist einmal der Kreis der Fürsorgebedürftigen vollständig erfasst, dann werden die Ortsgruppen aus der lebendigen Mshnung der Aufzeichnungen im Kataster in engster Fühlung mit den Betroffenen hilfsbereite Arbeit vom Mensch zu Mensch zu leisten imstande sein. Dies ist der Zweck des in Verhandlung stehenden Antrages

Der Referent richtet schliesslich an den Bürgermeister als Mitglied des Herrenhauses den Appell, die Petition auch im Herrenhause vorlegen zu wollen.

GR. Emmerling sagt, dass man im grossen und ganzen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden sein könne, es müsse aber bemerkt werden, dass der Titel des Referates " Soziale Fürsorge" etc. in gar keinem Einklange steht mit dem Antrage, der nur darauf hinauslaufe, statistische Grundlagen zu schaffen. Er ist ganz damit einverstanden, dass auch solche Grundlagen geschaffen werden, aber in der jetzigen Zeit, in der man doch endlich mit einiger Hoffnung sagen könne, dass der Krieg nun sein Ende nehme, ist doch auch die Frage selbst und ihre ungesäumte Regelung eine sehr dringliche. Was die zu erstrebende Regelung der Invaliden, Witwen- und Waisenversorgung anbelange, müsse vor allem verlangt werden, dass die Renten nicht entsprechend den früheren Gargengraden der Betroffenen, sondern der eingetretenen Erwerbsunfähigkeit entsprechend bemessen werden. Für die Gemeinde ist es aber auch schon aus dem Grunde notwendig, zu der Frage selbst Stellung zu nehmen, weil ja die Gemeinden und die Krankenkassen und durch diese ebenfalls wieder die Gemeinden nach dem Kriege in arge Mitleidenschaft gezogen werden und weil zu befürchten ist, dass nach Beendigung des Krieges die verschiedenen massgebenden Herrschaften nicht mehr so geneigt sein werden, für die Opfer dieses Kriegs zu sorgen.

STR. von Steiner führt in seinem Schlussworte aus, dass die Gemeinde bereits seit Oktober 1914 in dieser Frage immer wieder Schritte bei den gemeinsamen und den österreichischen Ministern unternommen habe. Jede neue Regierung erklärt es förmlich als eine programmatische Pflicht die Novellierung des Militärversorgungsgesetzes durchzuführen, wie aber diese Novellierung aussehen soll, erfährt niemand. Wir wollen also auf dem Wege des heutigen Antrages die Grundlagen gewinnen, um auf Grund derselben unsere Forderungen mit allem Nachdrucke erheben zu können.

Die Referentenanträge werden sodann angenommen.

STR. Tomola berichtet sodann über die Erhöhung der Ruhegehülse jener Lehrpersonen, die 1. Jänner 1915 bis 31. März 1916 in den Ruhestand getreten sind.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und die Sitzung ist geschlossen.

Bürgerklub. Der gemeinderätliche Bürgerklub hielt heute vor Beginne der Gemeinderatsitzung unter dem Vorsitz seines Obmannes GR. von Steiner eine Sitzung ab, in welcher die aus der Tagesordnung der Gemeinderatsitzung stehenden Gegenstände besprochen wurden. Für die Wahl von 6 Mitgliedern in das Kuratorium der Kaiser Franz Josef Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes wurden die GRe. Angermayer, Körber, Leitner, Panoschh, Roth und Leopold Schmidt als Kandidaten namhaft gemacht. Es wurde ferner die Absendung eines Begrüssungstelegramms an den Grazer christlich sozialen Gemeinderatsklub, welcher sich heute konstituierte, beschlossen.

388

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verleger und verantwortl. Redakteur Franz Mitzner,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 6. Dezember 1917. Nr. 286.

Die Fleischhauer für die geplante Grossschlacht. Eine Angelegenheit gleich wichtig für die Provisionierung der Stadt Wien wie für das Fleischhauergewerbe wurde einer für gestern einberufenen ausserordentlich stark besuchten Versammlung der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft zur Entscheidung vorgelegt. Wie der geschäftsführende Vorsteher-Stellvertreter Schedl in einem ausführlichen und erschöpfenden Referat auseinandersetzte, sollen auf Drängen der Regierung die Fleischhauer die Eigenschlachtungen aufgeben und durch Errichtung einer Grossschlachtungs-gesellschaft m.b.H. nur mehr Zentralschlachtungen vornehmen. Sämtliche Behörden seien der Meinung, dass durch dieses System eine wesentliche Verbesserung der Provisionierung Wiens herbeigeführt werden könnte. Die derzeitige Genossenschaftsvorsteherung habe immer alle Interessen des Gewerbes verfochten und sei immer im richtigen Augenblick dafür eingetreten, dass die Rechte der Fleischhauer keine Einschränkung erfahren. Auch in der hochwichtigen Frage, welche heute zur Beratung vorliegt, habe die Genossenschaftsleitung den besten Willen, die Interessen der Genossenschaftsmitglieder voll und ganz zu vertreten.

Die Regierung beabsichtigt mit der Einführung der Zentralschlachtungen die vollständige Erfassung sämtlicher Fleischmengen, die Verhütung der Doppelversorgung einzelner Personen, die Verhinderung unnötigen Fleischkonsums, die Konservierung und Fleischpfackelung für kommende Zeiten, in denen eine knappe Viehanlieferung zu erwarten ist und eine Kontrolle der Gesteuerungskosten des Fleisches, ferner die Modernisierung des Fleischhauergewerbes und des Schlachtungsbetriebes zur besseren Verwertung sämtlicher Nebenprodukte.

Der Referent präziserte den Standpunkt des Gewerbes zu diesen Forderungen der Regierung und betonte, dass die Fleischhauer in erster Linie darauf bedacht sein müssen, ihre Freiheit in der Ausübung des handwerksmässigen Gewerbes auch in Zukunft zu erhalten, um den Wünschen der konsumierenden Bevölkerung bezüglich Qualität und Quantität jederzeit Rechnung tragen zu können. Sehr wichtig sei auch der Umstand, dass Vieh und Fleisch gleichmässig an die Fleischhauer verteilt und nicht etwa eine Bevorzugung der Grossschlächtereier A.G. und anderer Konsumstellen eintreten werde. Um nun nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis zu irgend einer Gesellschaft zu geraten, um weiters die fachtechnischen Kenntnisse bei der Aufbringung von Vieh und Fleisch zur Geltung bringen zu können, und um zu verhüten, dass die ganze Fleischfrage den Agrariern, dem Ackerbauministerium, der Gemeinde Wien und der Viehverwertungsgesellschaft ausgeliefert werde, habe die Vorsteherung Verhandlungen mit der Regierung eingeleitet und sei nun Aufgabe der Versammlung, zu dem Projekte Stellung zu nehmen. Die Fleischhauergenossenschaft stelle die Forderung, dass die Aufbringung des Kapitals von 5 Millionen Kronen wie folgt zu geschehen habe: Allgemeine österreichische Viehverwertungsgesellschaft 2,400.000 Kronen, Gemeinde Wien 100.000 Kronen, die Fleischhauer 2,500.000 Kronen. Ende 1918 oder am Schluss eines der nächsten Bilanzjahre ist die Genossenschaft berechtigt, wenn ein Drittel der Stimmen des Gesamtkapitals dafür ist, die Gesellschaft aufzulösen. Die Regierung hat sich dafür einzusetzen, dass sämtliche Kronländer Lebendvieh nach Wien senden ^{den} Fleischanlieferungen aufhören. Die Fleischlieferung habe den Nachteil, dass das Fleisch viel teurer bezahlt werden müsse und dass die Verarbeitung

der Nebenprodukte in Wien verhindert werde. Die Genossenschaft verlange ferner, dass von der österreichischen Regierung eine bestimmte Zusage über die Lieferung von Ungarn verlangt wird, dass die Fleischhauer weiter Vieh auf den ungarischen Märkten und ab Stall beziehen können. Nachdem Herr Schedl noch darauf verwiesen hatte, dass die Genossenschaften eine gefestigte Stellung in der Verwaltung und Geschäftsführung erhalten, stellt er im Sinne der von ihm gemachten Ausführungen die Anträge zur Diskussion, wobei er noch behauptete, dass dies der erste Zeitpunkt sei, die in Wien und einem gewissen Umfange erreicht worden. Vorsteher Stellvertreter Eder bemerkte, es handle sich heute darum, ob die Grossschlachtungen ohne Fleischhauer, oder mit ihnen gemacht werden soll. Er betonte, dass die Frage des Beitrittes der Fleischhauer zu der geplanten Gesellschaft, insbesondere für jene Fleischhauer von Bedeutung sei, welche an der Front stehen, da diesen nach ihrer Rückkehr die Wiederaufrichtung ihrer Existenz ermöglicht sei.

Es entspann sich nun eine lebhafte Debatte, welche stellenweise einen recht stürmischen Verlauf nahm, aber durch die umsichtige Leitung des Vorsitzenden Schedl glatt abgewickelt werden konnte. An der Debatte beteiligten sich die Genossenschafts-Mitglieder Kütter, Rezek, Grubitsch, Jedek, Kornmehl, Hans Scheringer, Bezirksrat Rosenmayer, Redl, Lotter, Kückels jun., Lorenz Sinkowitsch, Schlusche, Dalioth und Kantner. Einzelne Redner beantragten die Vertagung oder Ablehnung, aber auch jene, welche sich dafür aussprachen, taten dies nur unter gewissen Vorbehalten, insbesondere, dass die Majorität der Fleischhauer in der zu gründenden Gesellschaft sowohl was das zu zeichnende Kapital anbelangt, als auch hinsichtlich der Verwaltung und Geschäftsführung unbedingtes gesichert werden müsse.

Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, mit der Regierung auf der Grundlage in Verhandlung zu treten, dass die Genossenschaft im Prinzip für den Anschluss an die zu bildende Gesellschaft sich ausspricht, jedoch Sicherungen dafür verlangt, dass ihr die Majorität bei der Gebahrung der Gesellschaft zugesagt wird. Die Vorsteherung wurde beauftragt, ein Komitee aus der Mitte der Genossenschaft einzusetzen welches die vorbereitenden Arbeiten durchzuführen hat. Zum Schlusse gedachte Vorsteher Schedl mit anerkennenden Worten des Abgeordneten Professor Erb, welcher sich im Gewerbeausschuss des Abgeordnetenhauses mit grossem Eifer für die Interessen der Fleischhauer eingesetzt habe und die Versammlung drückte dem Professor Erb den Dank durch Erheben von den Sitzen aus. Nach 5stündiger Dauer wurde die Sitzung geschlossen.

Städtische Strassenbahnen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schneider seine Zustimmung erteilt, dass die Linie 58 in Hinkunft über die linke Wenzels- und Winkelmannstrasse anstatt über die 4fache Hofallee geleitet wird. Diese Linie wird die Möglichkeit bieten, die zwei probeweise benützten derzeit auf der Linie 57 verkehrenden stückhohen Triebwagen auf der Linie 58 in Betrieb zu setzen.

Erweiterung des Hernalser Friedhofes. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. von Steiner die Erweiterung des Hernalser Friedhofes durch die Einbeziehung der ehemals Johann Gschwandner'schen Gründe genehmigt. Die Kosten betragen rund 107.000 Kronen. Vorläufig werden nur die Deichgräberarbeiten ausgeführt und die notwendigsten Wege hergestellt werden, die übrigen Arbeiten werden einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

Graf Wilzceks 80. Geburtstag. Heute mittags erschien im Palais Wilzcek die Abordnung des Wiener Gemeinderates, bestehend aus Bgm. Dr. Weiskirchner, den VB. Hierhammer, Moss und Kain und dem Präsidialvorstand Magistratsrat Formanek, um die Glückwünsche der Gemeinde Wien zum morgigen Geburtstagsfeste zu überbringen. Bgm. Dr. Weiskirchner feierte den Grafen Wilzcek als den hochbetagten Förderer von Kunst und Wissenschaft, der zum Ruhme Oesterreichs und der Reichshauptstadt durch eine Lebensarbeit gewirkt hat, aber auch als den hochedlen Vater der Bedrückten und Bedrängten, der Armen und Notleidenden und wies insbesondere auf die 2 Schöpfungen hin, welche den Namen Wilzcek in der Geschichte der Stadt Wien unsterblich machen nämlich das Rudolfinerhaus und die Rettungsgesellschaft, beides Einrichtungen, die vom Grafen Wilzcek zu einer Zeit in Angriff genommen wurden, die die Bedeutung der Krankenpflege und des Sanitätsdienstes noch gar nicht im vollen Umfange erfasste. Was später von der Stadtverwaltung geschaffen wurde, knüpfte an diese vorbildlichen Institutionen an. Die dankbare Gemeinde Wien wüsche ihren hochverdienten Ehrenbürger noch viele Jahre in geistiger und körperlicher Frische und Mütigkeit zur Freude seiner Familie und der gesamten Wiener Bevölkerung. Graf Wilzcek dankte für die Wünsche der Stadt, durch die er sich hochgeehrt und beglückt fühle. Er sei noch ein Wiener alten Schlages und denke immer an das gemütliche alte Biedere Wien zurück. Seine Verdienste würden überschätzt und wenn er auch zu vielen den Anstoss gegeben habe, so verdanke er doch die Ausföhrung und Reife der Ideen seinen Mitarbeitern, zu denen er auch die Gemeindeverwaltung zähle. Schliesslich empfahl Graf Wilzcek sein Kind, die Rettungsgesellschaft der steten Fürsorge der Gemeinde.

409

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Franz Michen.*
Wien. I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Freitag, 7. Dezember 1917. No 389.

Entfallender Empfang. Infolge dienstlicher Verhinderung des Bgm. Dr. Weiskirchner entfällt der Empfang im Rathause am Montag, 10. ds.M.

Neujahrgelder für städtische Angestellte. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hoss mehreren Gruppen städtischer Angestellter (Diurnisten, Kanzleihilfen, provisorischen Bediensteten und Kanzlei-Hilfsdienern) Neujahrgelder zu bewilligen, bezw. die am 31. Dezember fälligen Bezüge vor Weihnachten auszubezahlen. - Ferner beschloss der Stadtrat, den Angestellten und Bediensteten der städtischen Gaswerke, den Angestellten der Stellwagenunternehmung und den Angestellten der Strassenbahnen Neujahrgelder zu bewilligen.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1½ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der üblichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes K der Kartoffelkarte.

Das Definitivum der Bezirksschulinspektoren. Seit mehr als 40 Jahren bemühen sich die Bezirksschulinspektoren, als Staatsbeamte in die bestehenden Ragsklassen eingereiht zu werden, das heisst das Definitivum zu erlangen, leider bisher trotz der Geneigtheit der massgebenden Faktoren vergeblich. In der gegenwärtig tagenden Session des Abgeordnetenhauses hatte nun neuerdings der Abgeordnete Fink einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, der dem Unterrichtsausschusse des Hauses behufs eingehender Beratung und endgültiger Fassung bereits zugewiesen wurde. Dieser Tage trug eine Abordnung des Reichsbundes der Bezirksschulinspektoren im Abgeordnetenhaus den Abgeordneten Fink und Dr. Roller die Wünsche des Reichsbundes mit der Bitte vor, die für das gesammte Schulwesen hochbedeutende Aktion zu fördern. Die genannten Herren versicherten bereitwillig, ihre Kräfte dahin einzusetzen, dass das angestrebte Ziel endlich erreicht werde. Nachdem die Abordnung auch seitens des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Gross das Versprechen empfangen hatte, er werde die Angelegenheit unterstützen, sprach sie bei den obersten Schulbehörden vor und konnte mit Genugtuung feststellen, dass auch dort dem berechtigten Streben volle Sympathie entgegengebracht wird.

Verkauf polnischer Gänse. Morgen (Samstag) werden polnische Gänse um den Preis von K 10.20 per kg an folgenden Stellen zum Verkaufe gelangen: J. Leiss, 1. Bezirk Singerstrasse; M. Bubitsch, 2. Bezirk Markt Volkertplatz; A. Dechant, 3. Bezirk Grossmarkthalle; K. Eigner, 4. Bezirk Naschmarkt; G. Walla, 4. Bezirk Weyringergasse 28; H. Schweifer, 6. Bezirk Markthalle Damböckgasse; R. Simetovitch, 5. Bezirk Schönbrunnerstr. 29; J. Czerman, 7. Bezirk Markthalle Burggasse; K. Wlassaty, 8. Bezirk Markthalle Stadiongasse; J. Gehring, 9. Bezirk Markthalle Nussdorferstrasse; K. Holzinger, 10. Bezirk Markt Eugenpl.; J. Gugitscher, 11. Bezirk Markt Enckplatz; E. Nowack, 12. Bezirk Niederhofstrasse; A. Damborsky, 13. Bezirk Zehentergasse; M. Fritz, 14. Bezirk Markt Brauhirschengasse; H. Moser 16. Bezirk, Markt

Brunnengasse; J. Frotzler, 17. Bezirk Bergsteiggasse 12; K. Schmalzbauer, 18. Bezirk Gentsgasse 33; E. Kazil, 19. Bezirk Heiligenstättstrasse 144; M. Schmidt 20. Bezirk Markt Hannoverplatz; A. Grimm, 21. Bezirk Markt am Spitz.

Aus der vertraulichen Sitzung. In der gestrigen vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurde beschlossen: Nach einem Antrage des VB. Hoss dem Professor an der k.k. Akademie für Musik Karl Udel ein Ehrengeld von jährlich 1800 Kronen auf Lebensdauer zu bewilligen und folgende komunale Auszeichnungen zu verleihen: Dem 2. Obmann-Stellvertreter des Armeninstitutes, Bezirksrat und Ortschaftsrat des 12. Bezirkes Adolf Trulay das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen dem Gemeinderate, Schuldirektor Friedrich Koppensteiner, Vorsitzender des Ortsschulrates Brigittenau die doppelt grosse goldene Salvator-Medaille; dem Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 20. Bezirkes Robert Ehnert die grosse goldene Salvator-Medaille; dem Bezirks-, Ortsschul- und Armenrate des 5. Bezirkes Josef Kresse, dem Armenrate des Bezirkes Meidling Alois Vinzenz, dem Obmann der 5. Sektion des Armeninstitutes Meidling Franz Demjek, dem Obmann der 1. Sektion des Armeninstitutes Brigittenau Armenrat Alexander Döllner, den Bezirksräten des 20. Bezirkes Karl Lang und Alois Schöfer, dem Bezirksrate des 20. Bezirkes Franz Hofbauer, dem Mitglied des Ortsschulrates Brigittenau Josef Tichatschek, dem Obmann-Stellvertreter der 2. Sektion des Armeninstitutes Josefstadt Bezirks-, Ortsschul- und Armenrate Emanuel Kaller und dem Armenrate und Sektionsobmann des Armeninstitutes Favoriten Schuldirektor Rudolf Petzel die goldene Salvator-Medaille. Endlich wurde der städtische Kanzlei Diurnist Franz Siller zum provisorischen Inspektor der Kriegsgemüsegärten Wiens bestellt.

Abgabe konservierter Eier. Von Montag, 10. Dezember l. J. angefangen, werden die über Weisung des Amtes für Volksernährung und die von der Gemeinde konservierten Eier zur Ausgabe gelangen und zwar erhält jede Person, solange der Vorrat reicht, wöchentlich ein Ei. Besitzer von blauen Mehlbezugskarten erhalten die Eier bei ihrer Konsumentenorganisation, Besitzer von gelben Mehlbezugskarten nur bei einer Molkereifiliale im Bezirke ihres Wohnortes und zwar an jedem Wochentage während der üblichen Geschäftszeit. Eine Zuweisung dieser Bezugsberechtigten an bestimmte Abgabestellen (Molkereifilialen) des Bezirkes findet nicht statt. Die Abgabe der Eier erfolgt in der Molkereifiliale des Bezirkes oder bei der Konsumentenorganisation gegen Vorweisung der Mehlbezugskarte und des amtlichen Einkaufscheines, von letzterem wird jedesmal ein Abschnitt abgetrennt und zwar in der Woche vom 10. bis 15. ds. der Abschnitt 3, in der darauffolgenden Woche der Abschnitt 4. Der Verkaufspreis für ein Ei beträgt 40 Heller und darf nicht überschritten werden. Da der erforderliche Bedarf an Eiern sichergestellt erscheint, ist jedes Anstellen überflüssig und zwecklos.

Abgabe von Fettstoffen. Von der nächsten Woche an, gelangen bis auf weiteres sowohl in den städtischen Butterabgabestellen als bei den -Organisationen 3 dkg Butter und 3 dkg Margarine pro Kopf und Woche zur Ausgabe.

Konferenz der Wiener Abgeordneten und der Gemeindevertreter mit der Regierung. Heute 10 Uhr vormittag fand im Budgetsaale des Abgeordnetenhauses die Konferenz der Wiener Abgeordneten und der Gemeindevertreter mit der Regierung über den ganzen Komplex der Wiener Ernährungsfrage statt. Seitens der Regierung waren anwesend Minister-Präsident Dr. v. Seidler, Ernährungsminister Höfer, Minister des Inneren Graf Toggenburg, Landesverteidigungs-Minister v. Czapp, Ackerbau-Minister Graf Sylva - Tarocca, Eisenbahnminister Freiherr v. Balthasar, Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann; ferner nahmen teil Oberst Wallerstorf vom Ernährungsamt, Bergrat Klob vom Ministerium für öffentliche Arbeiten und Oberstleutnant Fiedler von der Zentral-Transportleitung, sowie der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungs-Ausschusses General v. Landwehr. Seitens der Gemeinde waren sämtliche Mitglieder der Obmänner-Konferenz und nahezu sämtliche Wiener Abgeordnete erschienen. Nach Begrüßung durch den Minister-Präsidenten ergriff Bürgermeister Dr. Weiskircher das Wort, um eine umfassende Darstellung des gegenwärtigen Standes der Lebensmittel-Versorgung in Wien zu bieten. Den Standpunkt der Regierung vertraten, soweit das Referat des Bürgermeisters in die einzelnen Ressorts eingriff, die Minister Höfer, der Ackerbau-Minister, Eisenbahn-Minister und der Minister für öffentliche Arbeiten. In die Debatte griffen zahlreiche Redner ein. Die Konferenz dauerte von 10 Uhr vormittags mit einer kleinen Mittagspause bis 10 Uhr abends und wurde die Fortsetzung der Konferenz beschlossen. In Vertretung des Minister-Präsidenten schloß der Ackerbau-Minister die Sitzung, nachdem er die Versicherung gegeben, daß sich die Regierung ihrer Pflichten bewußt sei und alles aufbieten werde, um den in der Debatte gefallenen Anträgen und Anregungen zu entsprechen und dankte den Vertretern des Volkes für ihre Mitarbeit in so schwerer und verantwortungsvollen Zeit.

Lebensmittelabgabe an die Mindestbemittelten im Dezember.

Mit Genehmigung des Volksernährungsamtes wird das Wohlfahrtsfleisch an die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufsscheine im Dezember an folgenden Tagen abgegeben werden:

Für die Anfangsbuchstaben A - F am 10., 17. u. 24.,
G - K „ 12., 19. u. 26.,
L - R „ 13., 20. u. 27.,
S - Z „ 15., 22. u. 29. Dezember.

In der Woche vom 10. bis 15. d. Mts. wird der Buchstabe D des amtlichen Einkaufsscheines, in der nächsten Woche der Buchstabe E und in der Woche vom 24. bis 29. d. Mts. der Buchstabe F abgetrennt. Außerdem erhalten die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufsscheine in der Woche vom 17. bis 22. Dezember in den bekannten Ständen und in den Geschäften der Großschlächtereien, wo sie das Wohlfahrtsfleisch beziehen, gegen Abtrennung der Ziffer „7“ ein Achtel, ein Viertel oder ein halbes Kilogramm Käse zum Preise von 26, 52 oder 104 Heller, je nachdem der Einkaufsschein auf 1 - 3 Personen, 4 - 6 Personen oder 7 und mehr Personen lautet.

Endlich werden die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufsscheine in der Woche vom 17. - 22. Dezember bei ihren Kartoffelabgaben anstatt der behördlich festgesetzten Menge von $1\frac{1}{2}$ kg ausnahmsweise 2 kg Kartoffel für jeden Kopf ihres Haushaltes zum Preise von 34 Heller ^{pro kg} gegen Abtrennung des entsprechenden Abschnittes der Kartoffelkarten und Abtrennung der Ziffer „8“ des amtlichen Einkaufsscheines erhalten.

391 Wiener Rathaus Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Montag, 10. Dezember 1917. No 391.

Die Herabsetzung der Butterpreise. Die Höchstpreise für ausländische Butter wurden vom heutigen Tage angefangen mit K 2.14 (paketierte Ware) für 12 dkg festgesetzt.

Zum 80. Geburtstag Wilczek's. Vom Medailleur Josef Tautenhayn wurde zum 80. Geburtstag des Grafen Hans Wilczek eine Medaille entworfen, welche auf der Vorderseite das wohlgelungene Portrait Wilczek's, welcher dem Künstler mehrere Sitzungen gewährte, trägt, während auf der Rückseite ein Bild der im Besitze Wilczek's befindlichen Burg Kreuzenstein zu sehen ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über aktuelle Fragen.

In einer heute abgehaltenen Versammlung des christlich sozialen Wählervereines in Hernals sprach Bgm. Dr. Weiskirchner über eine Reihe von aktuellen Angelegenheiten, von denen die Ausführungen über die Gestaltung des Verkehrsproblems in Wien von besonderem Interesse sind.

Ausgehend von der Waffenruhe an der russischen Front, sprach er von der Sehnsucht aller Völker nach einem endlichen Aufhören des unseligen Kriegsgemetzels und brachte den Wunsch zum Ausdruck, dass der Waffenstillstand einen allgemeinen Frieden dem erschöpften Europa bringen werde. Die militärische Lage auf sämtlichen Kriegsschauplätzen sei ausserordentlich günstig; leider könne nicht auf ebensolche Verhältnisse im Hinterlande namentlich in der Grosstadt hingewiesen werden. Es sei ja selbstverständlich, dass nach fast 3½ Kriegsjahren die Versorgung der Bevölkerung sich immer schwieriger gestaltet und die opferwillige Bevölkerung war einsichtsvoll genug, sich diesen Schwierigkeiten nicht zu verschliessen. Der jetzige Notstand berge aber Gefahren in sich, zu deren Abwendung alle Kräfte zusammengefasst werden müssen. Er habe deshalb die Wiener Abgeordneten in das Rathaus geladen, nicht um seine Verantwortung abzuwälzen, sondern um die Abgeordneten zu informieren, damit sie im Parlamente sich voll und ganz für das Interesse der Stadt Wien einsetzen, welches infolge seiner grossen Bevölkerung viel mehr zu leiden habe, als die anderen Bevölkerungskreise. Der Bürgermeister besprach sodann die Versorgung der Stadt Wien, insbesondere mit Kohle und Kartoffeln, welche letztere verhältnismässig befriedigend sei, so dass mit einer Kopfquote von 1½ kg während des Winters sicher gerechnet werden könne. Sollte jedoch an eine Kürzung der Mehlquote geschritten werden müssen, so werde von der Regierung unbedingt zu verlangen sein, dass die Kartoffelverbrauchsmenge erhöht werde. Der Bürgermeister besprach sodann die Notlage des Gewerbestandes, welchem die Gemeindevertretung fortgesetzt ihre vollste Fürsorge zuwenden werde, neben welchen die Festbesoldeten in öffentlichen und privaten Stellen am meisten unter den Folgeerscheinungen des Krieges zu leiden haben. Die Aufbesserung der Bezüge der städtischen Beamten habe notgedrungen eine Erhöhung der Tramwaytarife und der Preise für Gas, elektrisches Licht und elektrische Kraft zur Folge gehabt, diese Preiserhöhung habe aber ihre Grenzen. Das glänzende Programm Dr. Lueger's hinsichtlich der Komunalisierung der Betriebe zur Erzeugung von Licht und Kraft habe sich in jeder Hinsicht bewährt und bis zum Kriege die Bevölkerung vor der Erhöhung der

städtischen Steuerzuschläge bewahrt. Im Kriege seien die Kohlenpreise und die Frachttarife gestiegen und im Parlamente werden Steuervorschläge erörtert, welche die von den städtischen Werken zu entrichtende Steuer von 600.000 Kronen auf 3 Millionen Kronen hinaufschrauben sollen. In Deutschland sei bereits eine Kohlensteuer eingeführt, welches Beispiel in Oesterreich vielleicht nachgeahmt werden wird. Er wolle daher heute schon gegen eine Besteuerung der zur Gaserzeugung dienenden Kohle Stellung nehmen. Sozialpolitische Gründe fordern die Ausdehnung des Gasverbrauches im Haushalt und in den gewerblichen Betrieben. Das Kochen mit Gas verbillige die Kosten des Haushaltes, spare Zeit und sei viel reinlicher als die Kohlenfeuerung. In gewerblichen Betrieben werde die Arbeit durch die Gasmotoren erleichtert, die Arbeitsmethode und das Erzeugnis verbessert. In hygienischer Beziehung bedeute jede Steigerung der Gasverwendung die wirksamste Bekämpfung der Rauch- und Russplage und damit die Beseitigung der Gesundheits- und Sachschäden der Grosstadt. Wenn aus diesen so wichtigen Gründen die Erhöhung des Gasverbrauches angestrebt werde, so sei eine namhafte Erhöhung der Gaspreise damit nicht vereinbar. Die Regierung sollte daher im eminenten volkswirtschaftlichen Interesse die Gaserzeugung in den Gemeindebetrieben fördern und dies könnte durch eine begünstigende Ausnahmsstellung im Falle der Kohlensteuer geschehen, was in Deutschland verabsäumt wurde. Ähnlich liegen die Verhältnisse im städtischen Elektrizitätswerke. Die Erhöhung der Strompreise müsste naturgemäss eine Erhöhung der Strassenbahntarife nach sich ziehen. Dies sei nur ein kleiner Ausschnitt aus der künftigen Finanz- und Steuerpolitik, der aber allein schon beweise, dass ohne zielbewusste Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung diese Fragen nicht befriedigend gelöst werden können. Es müsse ferner darangegangen werden, die Verwaltung einfacher und zweckdienlicher zu gestalten und er rechne hierbei auf die verständnisvolle Mitarbeit der Beamtensorganisation. Die Lösung müsse sein, wenige, aber gut bezahlte tüchtige Beamte.

Der Bürgermeister besprach die verschiedenen während des Krieges getroffenen Massnahmen, welche ergriffen wurden, um die kommende Friedensarbeit vorzubereiten, insbesondere die Schaffung des städtischen Wohlfahrtsamtes, des Wohnungsamtes, des städtischen Jugendamtes, des Arbeiterfürsorgeamtes, der Zentralstelle für die Tuberkulosebekämpfung und besprach sodann das Wiener Verkehrsproblem, dessen grosszügige Lösung eine der nächsten Aufgaben der Gemeindeverwaltung bilden werde. Wenn Dr. Luger durch die Verstaatlichung der Strassenbahnen, deren Elektrifizierung und Ausgestaltung die Grundlage für den grosstädtischen Verkehr gelegt habe, so müsse nunmehr getrachtet werden, die Elektrifizierung der Stadtbahn durchzuführen, deren Betrieb in die Verwaltung der Stadt zu übernehmen, den Bau von Untergrundbahnen zur Unterstützung einer weitausgreifenden Wohnungs- und Besiedelungspolitik in Angriff zu nehmen. Der Bürgermeister erklärte, er strebe ein städtisches Verkehrsmonopol an, das den Interessen der Stadt und ihrer Bevölkerung zu dienen habe. Die Linienführung der Stadtbahn wurde seinerzeit von der christlichsozialen Partei bekämpft und jetzt noch leiden wir an dem chronischen Defizit des Betriebs, welches im Rahmen des zusammengefassten Verkehrswesens nicht mehr aufscheinen wird. Auch die Untergrundbahnen werden am Anfang nicht rentabel sein, sie werden aber die Grösse der Stadt und ihrer Weiterentwicklung dienen. Er wisse sehr wohl, dass diese Pläne nicht von heute auf morgen erfüllt werden können, aber jetzt schon vorbereitet werden müssen, soll nicht wieder zu spät gekommen werden.

Mit einem Apell, der Gemeindeverwaltung auch weiterhin das volle Vertrauen zu schenken, schloss der Bürgermeister seine mit grossem Beifall aufgenommene Rede.

Todesfall. Am 7. ds. starb das Auschussmitglied der Genossenschaft der Anstreicher und Lackierer Armentrat Johann Kopestinsky im 59. Lebensjahr. Das Leichenbegängnis findet morgen (Dienstag) 10 Uhr nachmittags von der Aufbahrungskapelle des Zentralfriedhofes aus statt.

392
412
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur **Franz Michen.**
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang Wien, Dienstag, 11. Dezember 1917. Nr. 392.

70. Geburtstag der Genossenschafts-Vorsteherin Ottilie Wagner. Heute vollendete die Vorsteherin der Genossenschaft der Modistinnen Ottilie Wagner das 70. Lebensjahr. Aus diesem Anlasse fand in den Räumen der Genossenschaft eine interne Feier statt, die einen würdigen Verlauf nahm. Nach einer Ansprache der Vorsteher-Stellvertreterin Schindler, die die Mitteilung machte, dass die Vorsteherin für ihre mehr als 30 jährige Tätigkeit in dieser Eigenschaft von der Handels- und Gewerkekammer und vom niederösterreichischen Gewerbe-Verein mit der silbernen Ehrenmedaille und einem Anerkennungs-Diplom ausgezeichnet wurde, sprach Magistratsrat Karinger, der die Glückwünsche des Bürgermeisters und Magistrats-Direktors überbrachte. Nach herzlichen Worten des behördlichen Kommissärs Magistrats-Sekretär Gschladt sprach der Sekretär der Genossenschaft Rudolf die Glückwünsche der Beamtenschaft aus und überreichte der Jubilarin ein von ihm verfasstes Buch über das Modistengewerbe in Wien, wobei er erinnerte, dass Ottilie Wagner die erste Frau in Oesterreich sei, deren Wahl in eine öffentliche Funktion von den Behörden anerkannt wurde. Nach Ansprachen der Leiterin der Fechtschule Adele Habberger und einer Schülerin an dieser Lehranstalt sowie nach allseitiger Beglückwünschung dankte die Vorsteherin für die ihr zuteil gewordene Ehrung.

Beteiligung von Kindern mit Polizzen der städtischen Versicherungsanstalt. Am Feiertage fand durch Bgm. Dr. Weiskirchner im Stadtrat-Sitzungssaal die Beteiligung von 42 Knaben und 42 Mädchen mit Altersrenten, beziehungsweise Aussteuerpolizzen aus dem Jubiläumsfonde der städtischen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt und von 100 Waisen nach im Felde gefallenen Wienern mit Aussteuerpolizzen statt.

Es hatten sich eingefunden: VB. Hoss, vom Verwaltungsausschuss der Städtischen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Lebens und Rentenversicherungsanstalt Vorsitzender-Stellvertreter GR. Aichhorn, die Mitglieder GRs. Brauneiss, Daberkow, Dr. Klotzberg, Komrowsky und Stangelberger, ferner Magistratsdirektor Nüchtern, Obermagistratsrat Dr. Winkler, die Magistratsräte Formanek und Dr. Krzisch, Magistrats-Sekretär Jiresch und der Direktor-Stellvertreter der Anstalt Dr. Fanta.

In seiner Ansprache wies der Bürgermeister darauf hin, dass heuer zum 19. Male Aussteuer- und Altersrenten - Polizzen aus dem Jubiläumsfond der Städtischen Versicherungsanstalt an je 42 Knaben und Mädchen ausgeteilt werden. Die Gesamtzahl der Kinder, welche seit Bestand der Anstalt mit solchen Polizzen ausgestattet werden, beträgt 1572. Seit einigen Jahren kommen auch schon Mädchen und Frauen, welche als Schulkinder Aussteuer - Polizzen erhalten haben und beheben bei der Anstalt die ihnen zukommenden Aussteuerbeträge. Bisher wurden an 207 Personen zusammen 149.130 Kronen ausbezahlt. Zum zweiten Male werden ferner heuer an 100 Waisenkinder nach im Felde gefallenen Wienern Polizzen, lautend auf den Betrag von je 600 Kronen, zahlbar mit Ablauf des 21. Lebensjahres aus einem von der Gemeindevertretung anlässlich der Befreiung Lembergs gewidmeten Fonde verteilt. Der Bürgermeister verwies sodann auf den Aufschwung den die städtische Versicherungsanstalt seit ihrem Bestande genommen hat und wünschte schliesslich den versammelten Kindern, dass ihnen bessere Zeiten beschieden seien, als sie die gegenwärtige Generation mitmacht. Es wurde

sodann die Beteiligung der Kinder vorgenommen.

Zur Schaffung des städtischen Forstamtes. Der österreichische Reichsforstverein in Wien hat an Bgm. Dr. Weiskirchner nachfolgende Zuschrift gerichtet: Durch die Schaffung einer eigenen Magistrats-Abteilung für die forstlichen Angelegenheiten der Gemeinde Wien und durch die Berufung eines forstlichen Fachmannes an die Spitze dieser Abteilung hat die Gemeinde Wien ihrer vollsten Würdigung der Wichtigkeit dieses Wirtschaftsgebietes deutlichen Ausdruck verliehen. Der Oesterreichische Reichsforstverein, der die Gemeinde Wien zu seinen Mitgliedern zu zählen die Ehre hat, ist über diese, von so massgebender Seite erfolgte Anerkennung der grossen Bedeutung der Forstwirtschaft hoch erfreut und erlaubt sich Eure Exzellenz als Oberhaupt der Gemeinde zu diesem Schritte aufs Beste zu beglückwünschen.

Neue Bürger. Der Gemeinderats-Ausschuss für die Verleihung des Heimatsrechtes und Bürgerrechtes hat nachstehenden Personen das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen: Innere Stadt: Ludwig Filipi, Schlossermeister (Berichterstatter GR. Heindl); Leopoldstadt: Blasius Glanzschnegg, Auto-Taxi-Eigentümer, Bela Schandara, Maurer und Anstreichermeister, Johann Georg Rauch, Privatier, Josef Ludwig Kreyoi, Schneidermeister (Berichterstatter GR. Rotta); Mariahilf: Karl Wilhelm Kimper, Goldsticker (Berichterstatter GR. Paulitschke) Josefstadt: Rudolf Schuch, Eisenhändler (Berichterstatter GR. Rotter) Favoriten: Anton Krupicka, Putzerei-Inhaber (Berichterstatter GR. Höck); Meidling: August Niedermann, Gastwirt (Berichterstatter GR. Aichhorn); Martintal: Martin Martzer, Geschäftsführer (Berichterstatter GR. Rotter); Hietzing: Michael Zeiner, Schuhmachermeister, Alois Böll, Hausbesitzer, Adolf Polan, Gemischtwarenverschleisser (Berichterstatter GR. Partik); Fünfhaus: Josef Anton Dufek, Gemischtwarenverschleisser (Berichterstatter GR. Wiesinger); Ottakring: Laurenz Johann Netzl, Mauermeister, Anton Kerschbaum, Fleischhauermeister (Berichterstatter GR. Hötzel); Hernals: Wenzel Kronawetter, Tischlermeister, Paul Peter Anton Prokop, Mauerermeister, Wilhelm Scheichenberger, Bandgenerzeuger (Berichterstatter GR. Ryk); Döbling: Mauritius Widt, Kaufmann (Berichterstatter GR. Brenta.)

Die Kupferbedachung der Brigitta-Kapelle. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrage des StR. Schneider die Auswechslung und Abgabe der flachen Kupferbedachungsteile der Brigitta-Kapelle im 20. Bezirk an die Militärverwaltung für Kriegszwecke. Die Brigitta-Kapelle ist ein historisch denkwürdiges Objekt aus der Zeit des 30jährigen Krieges und wurde zu Beginn dieses Jahrhunderts restauriert. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Kapelle mit Kupfer eingedeckt.

Sieveringer Friedhof. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. von Steiner einen Grundstreifen nächst dem Sieveringer Friedhofe einzubeziehen, um dort eigene Gräber anzulegen.

Bezirksrats-Sitzung. Die Bezirksvertretung Neubau hält Donnerstag, den 13. Dezember 1. J. um 5 Uhr nachmittags im Sitzungssaale, 7. Bezirk Hermannsgasse 24/26 eine Sitzung ab.

393
413

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.
Wien. 1., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 12. Dezember 1917. No 393.

Der Schneefall. Von der Direktion der städtischen Strassenbahn wurde um 6 Uhr früh dem Bgm. Dr. Weiskirchner gemeldet, dass bereits gestern abends 10 Uhr die Schneepflüge, 11 Uhr nachts die Salzwagen in Betrieb gesetzt wurden. Um Mitternacht habe aber ein so starker Schneefall eingesetzt, dass eine Anzahl Schneepflüge nicht mehr weiter konnten und ausgeschauft werden mussten. Ebenso konnten die letzten Strassenbahnwagen auf den Linien 3, 13, 15 und 67 nicht fahrplanmässig einlaufen und wurden erst in der betriebslosen Zeit in die Remisen gebracht. Durch den starken anhaltenden Schneefall war es auch in den Morgenstunden nicht möglich, den Betrieb fahrplanmässig aufzunehmen. Nach einer weiteren Meldung um 3 Uhr früh war der Verkehr auf allen Linien mit Ausnahme einiger peripherer Endstrecken aufgenommen jedoch mussten anfänglich die Motorwagen ohne Beiwagen verkehren. Eine Neuierung war, dass den Motorwagen ein Salzwagen vorlief und rückwärts an den Motorwagen 2 - 3 Schneepflüge angehängt waren. Die mit Pferden bespannten Schneepflüge kamen nur schwer vorwärts und mussten auf einigen Linien 2 Paar Pferde vorgespannt werden. Im grossen und ganzen war bereits um 12 Uhr vormittags auf den Hauptstrassen insbesondere auf den Radiallinien der Verkehr vollkommen aufrecht und hat auch das Militärkommando durch Beistellung von Mannschaften dazu beigetragen, um trotz des starken Schneefalles der zeitweise mit Schneetreiben verbunden war, wesentliche Verkehrsstörungen hintanzuhalten.

Auch auf den Märkten ging die Schneesäuberung glatt vor sich und haben in dankenswerter Weise die Marktparteien mitgeholfen, insbesondere auf dem Naschmarkt, dem Neulerchenfelder und Rudolfsheinermarkte. auf den grössten Märkten spielte sich ^{also} der Parteienverkehr ab 8 Uhr früh klaglos ab. Infolge der Witterung war der Marktverkehr heute schwächer als sonst.

Verkehrsstörungen in der Lebensmittelzufuhr wurden bisher nicht gemeldet.

00 493

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

Wiener Rathauskorrespondenz.

Wien, 12. Dezember vorm.

Der Schneefall. Mittags wird gemeldet: Ein mehr als 16 stündiges Schneegestöber hat die Strassen Wiens mit hohen Schneemengen bedeckt. Die Strassenbahn und die städtische Strasseneinigung sind vor eine schwere Aufgabe gestellt worden, da Arbeitskräfte, die sich in Friedenszeiten zu Tausenden meldeten, nur in geringer Zahl zur Arbeit kamen. Es wurde sofort, schon in der Nacht, Militär angesprochen und im Laufe des Vormittags eine grössere Anzahl solcher Mannschaften bewilligt. Inzwischen ist es mit dem eigenen Apparat gelungen, die Strassenbahngleise und die wichtigsten Fahrbahnen so weit frei zu machen, dass eine Verkehrsstockung nicht eingetreten ist. Um dies aber zu bewirken, musste die Abfuhr des Harskehrichts vollständig eingestellt und sämtliche Bespannungsoferde zur Schneepflugbespannung verwendet werden. Im ganzen sind 136 Schneepflüge 4spännig bespannt seit 4 1/2 Uhr früh, ferner 50 Stück Schneepflugzüge und 46 Salzwagenzüge tätig. Die Uebergänge, auf deren Freimachung, wenn auch nur in schmalen Strifen, das Hauptgewicht gelegt wurde, damit der Personenverkehr sich leicht abwickeln könne, sind im allgemeinen tatsächlich gangbar. Wenn der Schneefall, wie zu hoffen ist, nicht mehr zu lange dauert, so wird es gelingen, die Hauptstrassenzüge bald ausreichend freizumachen. In den Nebenstrassen muss selbstverständlich vorläufig auf jede Säuberung verzichtet werden, diese könne erst in Angriff genommen werden, wenn die Hauptverkehrsstrassen gereinigt sind. Mangels an Aufsehern beim städtischen Fuhrwerksbetriebe sind eine grosse Anzahl Beamter des Stadtbaumeister und Aufseher des Stadtbaumeister eingeteilt worden, um die planmässige Säuberung des Schnees mitzuüberwachen.

414 394

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 12. Dezember 1917. Nr. 394.

Abgabe von Marmelade. Nach einer Verordnung des Magistrates darf die Abgabe von Marmelade an Verbraucher nur gegen amtliche Ausweiskarten erfolgen. Diese sind: der amtliche Einkaufschein für alle bezugsberechtigten Personen hinsichtlich der auf jeden Kopf entfallenden Menge; die Milchkarte für Kinder unter 14 Jahren hinsichtlich ihres Mehrbezuges; die Fettkarte für Schwerarbeiter hinsichtlich ihres Mehrbezuges.

Vom Bezuge sind ausgeschlossen: alle Personen, in deren Haushalt sich mehr als 4 kg Marmelade oder eingekochtes Obst für jede im Haushalt verköstigte Person befinden und alle Personen, deren Fettbedarf für sich und die im Haushalte verköstigten Personen durch den Bezug aus eigener Wirtschaft gedeckt ist. Die Haushaltungsvorstände, welchen ein Anspruch auf Marmelade zusteht, haben auf die Rückseite des amtlichen Einkaufscheines folgende Worte zu schreiben: „Ich erkläre hiemit eidesstättig, zum Bezug von Marmelade berechtigt zu sein.“ Diese Erklärung ist eigenhändig zu unterfertigen und zu datieren. Die Abgabe von Marmelade an Verbraucher darf nur durch die vom Bezirkswirtschaftsamte Wien bestimmten Abgabestellen erfolgen, welche mit der Aufschrift „Städtische Abgabestelle für Marmelade“ versehen sind. Jeder Bezugsberechtigte ist beim Bezuge von Marmelade an den Bezirk des Wohnortes gebunden, innerhalb dessen ihm die Wahl der Abgabestelle überlassen ist. Mitglieder jener Verbrauchers-Organisationen, denen vom Bezirkswirtschaftsamte die Abgabe von Marmelade übertragen würde, könne von ihnen Marmelade beziehen, ohne hiebei an den Wohnbezirk gebunden zu sein. Doch steht es diesen Personen frei, die Marmelade auch von einer Abgabestelle ihres Wohnortes zu beziehen. Dagegen ist den Konsumentenorganisationen die Abgabe von Marmelade an Nichtmitglieder untersagt.

Gast und Schankgewerben, sowie anderen Gewerbetreibenden, die Marmelade als Zusatz bei der Herstellung anderer Nahrungsmittel verwenden, wird Marmelade von ihren Gewerbetreibenden angewiesen.

Die erste Ausgabe von Marmelade an die Haushaltungen beginnt am 17. Dezember für die Anfangsbuchstaben A - F; am 18. ds. G - I und L; am 19. ds. K und M - O; am 20. ds. P - R, S und St; am 21. ds. Sch und T - Z. Vom 22. ds. angefangen erfolgt die Ausgabe für alle Haushaltungen welche an den oben erwähnten Tagen Marmelade nicht beziehen konnten. An jede im Haushalt verköstigte Person wird $\frac{1}{2}$ kg Marmelade abgegeben. Die Zuschüsse für Kinder und Schwerarbeiter beträgt $\frac{1}{4}$ kg. In den 21 Bezirken wurden zusammen 1300 städtische Marmeladeabgabestellen errichtet.

Anzeige von Pferden und Fuhrwerken. Die Pferdebesitzer werden vom Magistrate aufgefordert, bis 20. ds.M. die Zahl und Gattung ihrer Pferde (auch Maultiere, Maulesel und Esel) sowie die Zahl der zugehörigen Tragtierausrüstungen dem Magistratischen Bezirksamte des Standortes anzuzeigen. Die Anzeigezettel werden am 21. ds.M. in den Häusern abgesammelt. Innerhalb derselben Frist haben die Fuhrwerksbesitzer die Zahl und Gattung ihrer für den animalischen (Pferde-, Rinder-, Büffel-, Hunde-) Zug bestimmten Fuhrwerke dem Bezirksamte anzuzeigen. Befreiungsansprüche sind gleichzeitig geltend zu machen.

Lokalbahn Wien - Baden. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schneider der von der Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen geplanten Erhöhung des Fahrpreises in der Strecke Matzleinsdorfer Viadukt - Philadelphiabrücke von 15 auf 30 Heller zugestimmt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat den Titular Magistrate Rat Eduard Paul zum wirklichen Magistratsrat und Dr. Moriz Franz zum Primararzt des Seehospizes San Pelagio ernannt. Ferner wurden befördert: Eduard Heilingsetzer zum Magistratsrat; im Status der Kanzlei: Max Wintersteiner zum Oberoffizial, Hans Dollinger zum Offizial, Erwin Schröpfer und Johann Augé zu Akzessisten; im Exekutionsamt: Johann Gotsch zum Offizial und Theodor Sedlar zum Akzessisten; im Wahl und Steuerkataster: Adalbert Zips zum Offizial und im Jugendamte Leopold Grulich zum Offizial.

Vorrückungen von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola ernannt: Emilie Ehrenhofer und Rosa Swoboda zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse, Emerich Papik zum Volksschullehrer 1. Klasse; Leopoldine Leonhard, Leopoldine Aigner, Ernestine Havlena, Magdalena Kronfuss, Leopoldine Schuster, Sophie Edle von Schosserer, Else Stegskal, Elfriede Suchanek und Christine Zischinsky zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse; Ferdinand Birnbaum, August Horix, Josef Geissler, Anton Mayer und Ignaz Swoboda zu Volksschullehrern 2. Klasse.

Parzellierung. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrage des StR. von Steiner die Parzellierung der der Firma Julius Frankl gehörigen Liegenschaften in Ober-Döbling zwischen Krottenbach - und Hartäckerstrasse auf 5 Baustellen und 6 Baustellenteile.

Besichtigung der Kartoffeleinlagerung der Gemeinde. Ueber Einladung des Bürgermeisters besichtigten am 10. ds.M. der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses, Generalmajor Lanwehr von Pragenau und Finanzrat Dr. Buresch in Vertretung des Ministers, Generalmajor Höfer die Kartoffelmieten bei der Station Klein-Schwechat und das Kartoffellager im Strassenbahnhofe Simmering. An der Besichtigung nahmen Bgm. Dr. Weiskirchner und die beteiligten Beamten des Magistrates, des Marktamtes und der Stadtgardendirektion teil. Es wurde festgestellt, dass die Einlagerungen in jeder Beziehung fachgemäss vorgenommen wurden und die Vorräte von einwandfreier Beschaffenheit sind.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Wieden hält am 18. ds.M. um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Neue Armenräte. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Dr. Haas die Wahl der Armenräte des 3. Bezirkes Rudolf Fleck, Isidor Gröger Franz Okurka und Karl Redak, nach einem Antrage des StR. Wippel die Wahl der Armenräte des 10. Bezirkes Rudolf Pekarek, Wilhelm Suchan und Karl Westermayer, nach einem Antrage des StR. Frahs die Wahl der Armenräte des 7. Bezirkes Georg Röthel und Anton Wurm vorgenommen.

Der Schneefall. Abends wird uns aus dem Rathause berichtet:

Die Schneesäuberungsarbeiten wurden den ganzen Tag über seitens der städtischen Strassenpflege und der städtischen Strassenbahnen fortgesetzt, und zwar durch wiederholte Fahrten mit den motorisch angetriebenen und den Pferdeschneepflügen, sowie mit den Salzwagen. Die manuelle Arbeit konnte dank dem Entgegenkommen der Militärbehörde im Laufe des Tages in grösserem Umfange aufgenommen und durchgeführt werden; während in den ersten Morgenstunden nur einige hundert Schneeschaufler aus dem Zivilstande zur Verfügung standen, ist deren Zahl in den ersten Nachmittagsstunden bereits auf rund 6600 gestiegen, davon 3000 Zivil- und 3600 Militärpersonen. Dank dieser energisch einsetzenden Arbeiten wurde es möglich, die einzelnen Linien der Strassenbahn, welche in der Früh nur mit Motorwagen befahren werden konnten, durch Anhängen von Beiwagen zu verstärken. Die Beschränkung auf die Fahrt mit den Motorwagen allein in den Morgenstunden hatte den Erfolg, dass es möglich war alle Linien mit ganz kleinen Ausnahmen auf kürzeren Strecken nahezu von Betriebsbeginn an mit den vorgesehenen Intervallen in Verkehr zu bringen.

Für die heutige Nacht sind wieder Schneepflugarbeiten angeordnet, welche kurz nach Mitternacht einsetzen werden, um die Geleise und die anschliessenden Strassenoberflächen soviel als möglich frei zu machen. Selbstverständlich wird auch getrachtet werden, soviel Schneeschaufler als nur möglich bereits in den allerersten Morgenstunden zu verwenden, hauptsächlich um das Zusammenschufeln der von den Schneepflügen aufgeworfenen Schneemassen zu besorgen und dadurch die Störungen im allgemeinen Fuhrwerksverkehr nach Möglichkeit zu beheben. Für morgen wird sich voraussichtlich die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte um weitere 1000 Personen erhöhen. Auch die Zahl der Schneepflüge wird von heute 108 auf circa 150 erhöht werden können, da eine grössere Zahl von gemieteten Gespannen, die auch weiterhin aufgenommen werden, zur Verfügung steht.

Seitens der mit der Durchführung der Arbeiten betrauten Organe ist das Menschenmögliche geschehen, um die Folgen dieses unerwartet starken Schneefalles, der sich infolge der niedrigen Temperatur als besonders schwierig zu beseitigen erwies, zu bekämpfen.

Seitens des Stadtbauamtes wird uns weiters mitgeteilt, dass bei der gemessenen Schneehöhe von 20 cm die Gesamtsehneemenge auf den Wiener Strassen und Plätzen 3.2 Millionen Kubikmeter beträgt, was gleichkommt 900.000 Schneefuhren, wovon auf die Bezirke I-IX und XX allein 370.000 Fuhren entfallen. Daraus ist zu ersehen, welche Riesenleistung mit der Wegbringung zu bewältigen ist.

Es ist vorgesorgt, dass mangels der notwendigen Bepannung mit Handwagen zuerst aus den Hauptstrassen die Abfuhr des Schnees schon morgen Nachmittags einsetzt.

An die Hausbesitzer und Hausbesorger ergeht neuerlich das dringende Ersuchen auch morgen die Bürgersteige gründlich reinigen zu wollen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

396
416

20. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 13. Dezember 1917. No 395.

Vereinigung der städtischen Kassenämter. Ueber Auftrag des Bgm.

Dr. Weiskirchner wurde in einer kürzlich bei der Magistratsdirektion abgehaltenen Besprechung neuerlich die Frage der Zusammenlegung der städtischen Kassenämter insbesondere der städtischen Hauptkassa- und Steueramtsabteilungen in eingehender Weise erörtert. Auf Grund des Ergebnisses dieser Besprechung, bei der hervorgehoben wurde, dass die Zusammenlegung der städtischen Hauptkasse- und Steueramtsabteilungen nicht bloss für die städtische Verwaltung vorteilhaft wäre, sondern auch von der Bevölkerung angenehm empfunden werden würde, hat der Bürgermeister nunmehr vorläufig genehmigt, dass nach Fertigstellung der hiezu erforderlichen Instruktion vorerst die Vereinigung der bezeichneten Kassenämter in zwei städtischen Amtsgebäuden, in welchen die räumlichen Voraussetzungen für diese Zusammenlegung vorhanden sind, erprobt werde.

Bürgerbeeidigungen. Bgm. Dr. Weiskirchner nahm heute in seinem Empfangszimmer die Beeidigung einer Reihe neu ernannter Bürger vor. Hiezu hatten sich eingefunden: die Stadt- und Gemeinderäte Breuer, Körber, May, Josef Müller, Kommerzialrat Partik, Paulitschke, Roth, Rykl, Schwer, und Wiesinger, Bezirksvorsteher Adlersflügel, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Ebeling, die Armeninstituts-Obmänner Kaiserl. Rat Hörnisch, Aimeth, und Himmler; weiters Magistrats Direktor Dr. Nüchtern, die Obermagistratsräte Artzt und Winkler, Magistratsrat Formanek etc. Vorerst nahm der Bürgermeister die Beeidigung des Bezirksrates Adolf Trulay des 12. Bezirkes vor, dem das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen worden war. Nach der Ansprache des Bürgermeisters, in welcher er die Verdienste des Ausgezeichneten würdigte, beglückwünschten diesen noch Bezirksvorsteher Adlersflügel namens der Bezirksvertretung und des Armeninstitutes und Bezirksrat Isnenghi namens des Ortsschulrates. In gleich feierlicher Weise beeidigte sodann der Bürgermeister eine Reihe neu ernannter Armenräte und schliesslich neu gewählte Wiener Bürger.

Zuwendungen an die Angestellten der Gemeinde Wien. Der Stadtrat hat sich in seiner heutigen Sitzung nach einem Referate des VB. Hoss mit den Vorlagen des Magistrates über die Gewährung eines einmaligen Anschaffungsbeitrages an die städtischen Angestellten für das Jahr 1917 und über die Erhöhung der bisherigen Kriegszulage im ersten Halbjahr 1918 beschäftigt. Nach den Beschlüssen des Stadtrates sollen die städtischen Angestellten sowohl die einmalige Zuwendung als auch die Kriegszulage für das erste Halbjahr 1918 im gleichen Ausmaasse gewährt werden, wie sie die Staatsbediensteten erhalten. Die Anträge des Stadtrates werden im Gemeinderate voraussichtlich in seiner nächsten Sitzung am 19. Dezember zur Verhandlung kommen, dürften also wahrscheinlich noch vor Weihnachten zur Auszahlung gelangen.

NB. Die Vorlage liegt bei !

394
417

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Freitag, 14. Dezember 1917. No. 396.

Die Tuberkulosefürsorge der Gemeinde Wien.

Die Bezirkszentrale Wien für Tuberkulosefürsorge hielt dieser Tage eine sehr gut besuchte Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Weiskirchner mitteilte, dass derzeit in Wien 5 allgemeine Fürsorgestellen für Lungenkranke und zwar eine im 6. Bezirk, 2 Stellen im 9. Bezirk, eine Stelle im 10. Bezirk und eine im 20. Bezirk sowie eine spezielle Fürsorgestelle der Krankenkasse der Gremialangehörigen des Wiener Handelsstandes im 9. Bezirk im Betriebe seien; eine sechste allgemeine Fürsorgestelle im 3. Bezirk werde ihr Tätigkeit im Jänner 1918 in den Ambulatoriumsräumen des Kinderspitales 3. Bezirk Baumgasse aufnehmen. In den letzten Tagen hat auch der Verein „Heilanstalt Alland“ den erfreulichen Beschluss gefasst, die Tätigkeit der von ihm betriebenen Fürsorgestelle auf weitere zwei Bezirke auszuweiten. Mit der Ausgestaltung der Fürsorgetätigkeit in den Wohnungen der Lungenkranken muss aber auch, um den Kampf gegen die Tuberkulose mit Erfolg zu führen, die Möglichkeit verbunden werden, schwerkranke Tuberkulose in Spitälern unterzubringen, Leichtkranke in Heilstätten der Genesung zuzuführen, sowie infektionsgefährdete Personen, namentlich Kinder, aus der gefährlichen Umgebung entfernen zu können. Es sei deshalb bei der Regierung vorgeschrieben worden, damit mindestens 2000 Betten für Tuberkulose der Zivilbevölkerung bereitgestellt werden. Da derzeit nur ungefähr 1200 Betten in Wien zur Verfügung stehen, müsse für weitere 800 Betten vorgesorgt werden. An Neubauten für Spitalzwecke sei während des Krieges und wahrscheinlich auch in den ersten Friedensjahren wegen der abnorm hohen Kosten der Bauführung sowie wegen der Schwierigkeiten in der Beschaffung der inneren Einrichtung kaum zu denken. Es könne daher nur durch eine planmässige Ausnützung bereits bestehender Anlagen Abhilfe geschaffen werden. Als solche dürften vor allem die vom Militär und vom Ministerium des Innern für Militärzwecke geschaffenen Barackenspitäler sowie die Spitalanlagen der Flüchtlingslager in Betracht kommen. In dieser Hinsicht wäre es, nachdem der regelmässige Spitalbetrieb in einem der von Wien entfernteren Flüchtlingslager für die Zivilbevölkerung Wiens Schwierigkeiten bezüglich des Transportes der Kranken, der Beschaffung der Lebensmittel, Bereitstellung der Aerzte etc. ergeben würde, welche für das Militär nicht oder mindestens in weit geringerem Masse bestehen, wohl am zweckmässigsten, wenn vom Militär eines oder mehrere der Flüchtlingspitäler übernommen und hierfür eines der derzeit vom Militär belegten Barackenspitäler in Wien der Zivilbevölkerung überlassen würde. Wenn es durch entsprechenden Austausch gelingen würde, zum Beispiel das derzeit von lungenkranken Militärpersonen belegte Kriegsspital No. 1 (nächst Wilhelminenspital) für die Zivilbevölkerung frei zu bekommen, so wäre, da dieses Spital über 1200 bis 1400 Betten verfügt, mit einem Schlage die notwendige Vermehrung der Betten für Tuberkulose in Wien gegeben. Wenn weiterhin ein hierzu geeignetes und gut gelegenes Flüchtlingslager, so die Spitalanlagen in Steinklamm, durch geringfügige Adaptierungen zu einer Heilstätte für zivile Lungenkranke umgestaltet würde, so könnten in kürzester Zeit und ohne grössere Kosten die zur Fürsorge für Tuberkulose notwendigsten Erfordernisse geschaffen und solange im Betrieb gehalten werden, bis durch eine entsprechende Regelung des

Krankenhauswesens in Wien auch eine definitive Ausgestaltung der Tuberkulosefürsorge ermöglicht wird.

Oberstadtphysikus Dr. Böhm machte folgende Mitteilung: Bereits die ersten 10 Monate dieses Jahres haben 10.325 Todesfälle an Tuberkulose in Wien gebracht, so dass die Jahresziffer der Tuberkulosesterblichkeit im Jahre 1917 mehr als 12.000 betragen wird. Diese ganze Zahl, wenn bedacht wird, dass noch im Jahre 1914 nur 6223 Personen in Wien an Tuberkulose gestorben sind; die Zahl der Tuberkulosesterbefälle sich demnach seither verdoppelt hat. Allerdings ist auch die Gesamtsterblichkeit im laufenden Jahre beträchtlich gestiegen. Während in den letzten Jahren vor dem Kriege die Zahl der Gesamttodesfälle in Wien durchschnittlich 33.000 betrug und auch in den Jahren 1915 und 1916 nur mässig, auf 37.000 angestiegen ist, verzeichnen die ersten 10 Monate des Jahres 1917 bereits 30.409 Todesfälle. Die Gesamtsterblichkeit wird also in diesem Jahre die Zahl von 45.000 überschreiten. Mehr als der vierte Teil dieser Todesfälle entfällt auf die Tuberkulose, während vor dem Kriege die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose wohl auch bedeutend war, aber doch kaum den fünften Teil der Gesamtsterblichkeit ausmachte. Auffallend erscheint für den ersten Anblick, dass die absolute Zahl der Tuberkulosesterbefälle im ersten Lebensjahre bedeutend abgenommen hat. Sie betrug im Jahre 1913 noch 246, in den folgenden Jahren 190, 157 und 139, in den ersten 10 Monaten des laufenden Jahres nur 90. Die Freude über diesen Abfall verstummt jedoch sofort, wenn berücksichtigt wird, dass die Zahl der Geburten (lebend und totgeboren), welche im Jahre 1913 noch 41.445 betrug, im Jahre 1915 auf 31.953, im Jahre 1916 auf 26.084 gesunken ist und im laufenden Jahre nach der bisher vorliegenden Statistik kaum 24.000 (gegen 45.000 Todesfälle) erreichen wird. Die Tuberkulosesterblichkeit während der Kriegsjahre hat sich in der Altersgruppe vom 21.-25. Lebensjahre insbesondere durch den Anteil der Militärpersonen beinahe verdoppelt. Die Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit im Alter der Erwerbsfähigkeit betrifft wohl hauptsächlich das männliche, aber auch in ganz bedeutender Masse das weibliche Geschlecht. Die Schlüsse, welche aus all diesen Zahlen gezogen werden können, bieten wohl keinen sehr tröstlichen Ausblick in die nächste Zukunft. Die Zahlen weisen ja darauf hin, dass die Volksgesundheit wenigstens in der Grosstadt, durch die Verhältnisse, welche der Krieg geschaffen hat, bereits tief untergraben ist, dass die körperliche Widerstandskraft eines grossen Teiles der Wiener Bevölkerung soweit gebrochen ist, dass sie Krankheiten, welchen ein kräftiger Körper noch zu widerstehen vermag, hilflos unterliegt. Im Besonderen muss wohl bezüglich der Tuberkulose angenommen werden, dass die Unterernährung, unter welcher ein grosser Teil der Bevölkerung in der Grosstadt leidet, den Körper bereits derart geschwächt hat, dass eine in der Kindheit erworbene, jedoch ruhende, latente Tuberkulose infolge gewisser, mit dem Kriege im Zusammenhange stehenden Schädlichkeiten zum Ausbruch kommt und rasch zum Tode führt. Falls daher eine Besserung der Ernährungsverhältnisse nicht schon in absehbarer Zeit und in ausreichender Weise zu gewärtigen ist, muss wohl mit einer Stabilität der derzeit bestehenden hohen Tuberkulosesterblichkeit, ja sogar mit einer erheblichen Zunahme derselben gerechnet werden. Die 6 bestehenden Fürsorgestellen, welche zum Teile erst seit wenigen Monaten im Betriebe stehen, haben bereits schöne Erfolge erzielt. 4341 Kranke wurden in Fürsorge übernommen, die Gesamtzahl der ärztlichen Untersuchungen betrug 13.479. Von den Fürsorgeschwestern wurden 4992 Besuche in

den Wohnungen der Kranken zum Zwecke der Erhebung und Anordnung prophylaktischer Massnahmen abgestattet. 659 Kranke wurden durch Vermittlung der Fürsorgestellen in Spitäler, 296 in Heilstätten abgegeben. In 690 Fällen wurde erwachsenen Personen ein Aufenthalt auf dem Lande verschafft, 143 Kinder wurden in Tageserholungsstätten, 91 in Ferienkolonien, 18 in Privatpflege untergebracht. 133 tuberkulosegefährdeten Kindern konnte der Aufenthalt in der Schweiz vermittelt werden, wo sie sich prächtig erholten. Die Berliner Fürsorgestellen hatten im Jahre 1910 bereits 37.435 Personen in Fürsorge. Es wird bei uns noch tüchtiger Arbeit bedürfen, um dem gleichzukommen. Der Anfang ist immerhin gemacht.

StR. von Steiner teilt mit, dass aus den zur Verfügung stehenden Mitteln für die Bekämpfung der Tuberkulose in der Höhe von rund 16 Millionen Kronen das Land Niederösterreich nur verhältnismässig gering bedacht wurde. Es seien aber weitere Spenden von 4 Millionen Kronen ungefähr hauptsächlich aus Kreisen der Wiener Bevölkerung zur Bekämpfung der Tuberkulose eingelangt und es müsse gefordert werden, dass aus diesen Geldern ein grösserer Teil wieder der Stadt Wien zugeführt werde. Der Redner weist ferner darauf hin, dass ein Pavillon in Alland zur Aufnahme von Tuberkulosen neu errichtet und seit Monaten fertig gestellt sei, dass aber die Benützung dieses Pavillons nicht gestattet wird, da Verrechnungsfragen bezüglich der Lebensmittel noch nicht erledigt sind. An diese Mitteilung knüpfte sich eine längere Debatte, in welcher sämtliche Redner ihrem Erstaunen über dieses Vorgehen Ausdruck gaben. Nach dem Antrage des StR. Dr. Hein wurde beschlossen die Statthalterei zu ersuchen, diese bürokratischen Bedenken fallen zu lassen.

Chefarzt Dr. Tennentaum legte sodann einen Bericht über die Rayonierung der Tuberkulosefürsorgestellen vor. Nach seinem Antrage sollen die bis jetzt errichteten Fürsorgestellen für die an Tuberkulose erkrankten Personen des Bezirkes beziehungsweise auch eines angrenzenden Bezirkes bestimmt sein, andererseits wird aber Vorsorge getroffen, dass sämtliche aus dem Felde heimkehrende lungenkranke Krieger, welche in einem der 21 Bezirke wohnen, einer Fürsorgestelle zugeteilt werden.

Es wurde sodann über die Beschaffung der Geldmittel für den Betrieb der Fürsorgestellen beraten und beschlossen, an eine Reihe von wohlhabenden Leuten heranzutreten und eine Sammelaktion einzuleiten. Für die einlagenden Spenden soll die Befreiung von der Kriegsteuer erwirkt werden.

Verkauf von Gänsen. Morgen Samstag werden polnische Gänse zum Preise von K 10.20 per kg an folgenden Stellen verkauft: Pessl, 1. Bez. Hoher Markt, Filiph, 2. Bez. Markt im Werd; Dechant, 3. Bez. Grossmarkthalle; Menzl, 4. Bez. Naschmarkt; Walla, 4. Bezirk Weyringergasse 28; Simatovitsch, 5. Bez. Schönbrunnerstrasse 68; Zittertart, 6. Bez. Markthalle Damböckgasse; Kreitenitsch, 7. Bez. Markthalle Burggasse; Haas, 8. Bez. Halle Stadiongasse; Starnbacher, 9. Bez. Markthalle Müssdorferstrasse; Farkas, 9. Bez. Markthalle Müllergasse; Holzinger, 10. Bez. Markt Eugenplatz; Gay, 11. Bezirk Markt Enckplatz; Maxs, 12. Bezirk Markt Meidling; Damborsky, 12. Bez. Zehentnergasse; Antl, 14. Bez. Meissnerstrasse; Stritzl, 15. Bez. Reithoferplatz; Barilitsch, 16. Bez. Joh. Neg. Bergerplatz; Winter, 16. Bez. Thaliustrasse; Frotzler, 17. Bez. Bergsteiggasse 12; Gludovatz, 17. Bez. Dornplatz; Schmalzbauer, 18. Bez. Gentszgasse 33; Hrodek, 18. Bez. Kutschberggasse 24;

417

397

Kazill, 19. Bez. Heiligenstädterstrasse 144; Beateinr. 20. Bez. Markt Hannoverplatz; Filipitsch, 21. Bez. Markt am Spitz.

Abgabe von Kohle und Koks. Für die Zeit vom 17. bis 20. Dezember 1917 wird die auf die Abschnitte 7 und 8 der Kohlenkarte auszugebende Wochenmenge sowohl für den Küchenbrand als auch für den Zimmerbrand von 30 kg Steinkohle auf 25 kg Steinkohle und von 25 kg Braunkohle auf 32 kg Braunkohle erhöht. Gleichzeitig wird mit Rücksicht auf die derzeit gesteigerte Produktion von Koks in den städtischen Gaswerken bis auf weiteres allen jenen Parteien, denen für Heizzwecke oder für gewerbliche Betriebe im Bezugsschein Kohle und Koks oder nur Kohle zugewiesen wurde, auch für jene Mengen, welche auf Kohle lauten, der Bezug von Koks gestattet. Hierbei ist folgender Vorgang einzuhalten: Die Parteien haben sich dem Liefererschein von jenem Kohlenhändler, bei welchem sie bisher bezogen sind, zu beschaffen und diesen, sowie den Prüfschein, der in der 10. Jahrgangsteilung des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle 5, 1. Bezirk, Eschenbachgasse 11, Mezzanin, zu beheben ist, dem neuen Lieferanten zu übergeben. Der Prüfschein ist nach Bestätigung des Kohlenhändlers, dass er die Lieferung übernimmt, der Kohlenabteilung des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle 5, 1. Bezirk Eschenbachgasse 11 zurückzustellen.

Beförderung von Wintersportgeräten auf den Strassenbahnen. Das Verbot der Beförderung der Wintersportgeräte (Skier und Rodeln) bleibt an Werktagen auch weiterhin aufrecht. An Sonn- und Feiertagen ist es jedoch bis auf Weiteres gestattet, Skier auf den vorderen Plattformen der Trieb- und Anhängewagen mitzunehmen, wenn sie rein und trocken sind, den Wagen nicht beschädigen, niemand beeinträchtigen und von Fahrgästen auf den Plattformen beaufsichtigt werden. Kein Fahrgast darf mehr als 2 Paar Skier beaufsichtigen sie dürfen nicht durch das Wageninnere getragen werden und dürfen weder das Ein- oder Aussteigen behindern, noch über den Wagenrand hinausragen. Bis 1/8 Uhr morgens dürfen die Skier auch auf der hinteren Plattform aller Wagen befördert werden, in den als Sportwagen bezeichneten Wagen dürfen sie auch in das Wageninnere mitgenommen werden, wenn sie dort lothrecht aufgestellt werden. Die Beförderung von Rodeln ist nur dann erlaubt, wenn sie unter den Sitzen und sonst nach den allgemeinen Beförderungsvorschriften untergebracht werden können.

Einschränkung des Gasverbrauches am kommenden Mittwoch.

=====

Die mangelnden Zufuhren an Kohle, das minderwertige Kohlenmaterial, das jetzt in den Gaswerken verarbeitet werden muss, der Umstand, dass 60 % der Arbeiter russische Kriegsgefangene sind, welche in ihrer Verwendbarkeit den früher im Gaswerke angestellten Arbeitern naturgemäss nachstehen, sowie die ungeachtet der verschiedenen Spar- und Sperrmassnahmen fortwährende Steigerung des Gaskonsums und somit die Abnahme des Gasvorrates haben die Direktion der städtischen Gaswerke genötigt, an den Stadtrat mit dem Ersuchen heranzutreten, für einen Tag der nächsten Woche die Abgabe von Gas für gewerbliche und industrielle Zwecke einzustellen. Der Stadtrat befasste sich sowohl gestern als auch heute mit dieser Vorlage und kam nach ernster langwieriger Beratung zu dem Entschluss, den Magistrat zu beauftragen, eine Verordnung der Statthalterei zu erwirken, der zufolge die Verwenung von Gas für gewerbliche und industrielle Zwecke am Mittwoch den 19. ds-M. verboten wird. Ausgenommen vom Verbote sind alle jene Gewerbe, welche sich mit der Erzeugung oder dem Vertrieb

von Lebensmitteln befassen. Selbstverständlich hat dieses Verbot auf Haushaltung keine Anwendung, im Gegenteil wird durch die Erhöhung des Gasdruckes den Haushaltungen daraus ein Vorteil erwachsen. Mit dieser Massnahme hofft die Direktion der Gaswerke wieder einen solchen Vorrat an Gas zu sammeln, dass die ungestörte Versorgung für die nächste Zeit gewährleistet ist und dürfte im heurigen Jahre, da ohnehin während der Feiertage der Gaskonsum verringert ist, ohne weitere Einschränkungen das Auslangen gefunden werden.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Mittwoch den 19. ds-M. eine Sitzung ab. In dieser werden neben laufenden Geschäftsstücken die Vorträge wegen Erhöhung der Kriegszulagen für die städtischen Beamten und Bediensteten, sowie Zuwendung einer einmaligen Kriegsausilfe, ferner eine Reihe von Subventionen an verschiedene Vereine und Korporationen zur Beratung gelangen.

398
418

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michlew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Samstag, 15. Dezember 1917. No 397.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 16. bis 29. Dezember 1917 werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grossschlächtereier gegen Abtrennung des Abschnittes E des amtlichen Einkaufsscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 g Schweinespeck zum Preise von 48 h für jedes Mitglied des Haushalts abgegeben. Besitzer amtlicher Einkaufsscheine für Mindestbemittelte mit den Buchstaben K - R haben wegen des Feiertages statt am 25. am 24. Dezember vormittags ihre Fettquote zu beziehen.

Verband der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte. In der gestrigen Sitzung des Verbandes der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte erstattete der Obmann Stadtrat Dr. Hein einen eingehenden Bericht über die kürzlich zwischen den Vertretern der Wiener Bevölkerung und der Regierung stattgefundene Konferenz über Ernährungsfragen, insbesondere über die Brot- und Mehlerzeugung. Redner habe in der Ernährungskonferenz insbesondere den Vorwurf erhoben, dass durch Unterlassung der rechtzeitigen Sicherstellung der Ablieferung dem Schleichhandel und der Verfütterung Vorschub geleistet und dadurch ein erheblicher Teil des Getreides dem Zugriffe bei der verspäteten Bestandsaufnahme und Requisition entzogen worden sei. Da nach den Erklärungen der Regierung aus dem Inlande überhaupt kein erheblicher Zuschuss und aus Rumänien weiterhin kein Edelgetreide, sondern nur Mais zu erwarten sei, so hänge es ausschliesslich von den Verhandlungen mit Ungarn ab, ob der Wiener Bevölkerung das Durchhalten ermöglicht werden soll. Wir haben der Regierung mit der grössten Entschiedenheit erklärt, dass die Bevölkerung Wiens eine weitere Verkürzung der Brot- und Mehlerquote unter keinen Umständen ertragen könnte. Es sei nunmehr Aufgabe der Regierung, bei den jetzt schwebenden Verhandlungen mit Ungarn mit der nötigen Energie den Standpunkt zu vertreten, dass auch der wirtschaftliche Verteidigungskrieg mit vereinten Kräften durchgeführt werden müsse. An diesen Bericht knüpfte sich eine lebhafte Diskussion über Ernährungsfragen, an welcher sich die Gemeinderäte Lohner, Kaiserl. Rat Fischer, Dr. von Dorn und Dr. Granitsch beteiligten und in welcher insbesondere der trotz der glänzenden Obsternte eingetretene vollständige Mangel an Obst und der durch vielfach zweckwidrige Inanspruchnahme der Waggon verschärfte Waggonmangel besprochen wurde. Die Vorlage über die Zuwendungen an die städtischen Angestellten wurden vom Verbandsrat genehmigt. Bei Besprechung der zur Entlastung der städtischen Gaswerke notwendig gewordenen Einschränkungsregeln wurde der Wunsch ausgesprochen, dass, wenn sich die Sperrung als unbedingt notwendig erweisen sollte, sie nicht am Mittwoch, sondern an einem dem Sonntag vorangehenden oder nachfolgenden Tage erfolgen solle.

Die Kleiderkate und die Bekleidungsvereine. Da durch die Einführung der Kleiderkate die Tätigkeit zahlreicher Bekleidungsvereine lahmgelegt erschien, hat die Zentralstelle der Fürsorge, Wien I., Neues Rathaus und der Zentraldamenbeirat der Frauenhilfsaktion Wien anfangs Novemberhin Eingaben an das k.k. Handelsministerium angeregt, die gerade in der Winters- und Weihnachtszeit wichtige Fürsorgetätigkeit dieser Vereine mit den nunmehr bestehenden Bekleidungsvereinen in Einklang zu bringen, d.h. ihnen die Bewilligung zur

Sammlung von Altkleidern und Wäsche sowie die Vermittlung von Abgabebescheinigungen zuzugestehen. Wie das Handelsministerium nunmehr mitteilt, hat es die Landesbekleidungsstellen ermächtigt, mit Bekleidungsvereinen dahinzielende Uebereinkommen zu treffen und sich hierbei die Erteilung der Sammlungsbewilligung vorbehalten. Bekleidungsvereine, welche sich damit befassen, an ihre Mitglieder oder an bekannte Wohltäter mit Aufrufen zur Spende von abgelegten Kleidern etc. heranzutreten, um damit unentgeltlich ihre bedürftigen Schützlinge zu betheiligen, haben sich daher an das Handelsministerium um die Erteilung der Sammlungsbewilligung und an die Landesbekleidungsstelle (für Niederösterreich an das Volksbekleidungsamt der Statthalterei, I. Rudolfsplatz 6) wegen Festsetzung der Bedingung für die Kleiderabgabe zu wenden. Der Zentraldamenbeirat der Frauenhilfsaktion ist auf Grund dieses Erlasses bereits an die genannten Stellen herantreten, um diese Bewilligung für die Arbeitskomitees der Frauenhilfsaktion zu erwirken. Mit Rücksicht auf die schon stark vorgeschrittene Weihnachtszeit ist daher für die Bekleidungsvereine rasches Handeln dringend geboten.

Weihnachts- und Neujahrsdienst der Brot- und Mehlkommissionen. Am Montag, 24. Dezember und Montag, 31. Dezember wird in allen Brot- und Mehlkommissionen Vormittagsdienst gehalten, weil an diesen Tagen der Nachmittagsdienst entfällt. Am Dienstag, 25. Dezember und Dienstag 1. Jänner entfällt der Kommissionsdienst gänzlich und es bleiben daher die Lokale der Brot- und Mehlkommissionen an diesen beiden Tagen geschlossen. Am Mittwoch, 26. Dezember wird Feiertagsjournaldienst gehalten und können daher an diesen Tagen nur unauflösbare Amtshandlungen vorgenommen werden.

Abgabe von Käse an die Mindestbemittelten. Ueber Auftrag des Amtes für Volksernährung wird an die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufsscheine in den bekannten Ständen der Grossschlächtereier, in denen das Wohlfahrtsfleisch bezogen wird, Käse abgegeben und zwar für die Anfangsbuchstaben G - K am Mittwoch, 13. Dezember, L - R am Donnerstag, 20., S - Z am Samstag, 22. und A - F am Montag, 24. Dezember 1. J. Die Abgabe geschieht gegen Abtrennung der Ziffer 7, ausgegeben wird 1/8, 1/4, oder 1/2 kg Käse zum Preise von 26. 82 oder 104 h, je nachdem die Einkaufsscheine auf 1-3, 4-6 oder 7 und mehr Personen lauten.

Wohlfahrtsfleisch für den 1. Bezirk. Ab Montag, den 17. 1. M. werden die Mindestbemittelten, die das Wohlfahrtsfleisch beim Stande der Grossschlächtereier I. Hoher Markt bezogen haben, der Grossschlächtereier Verkaufsstelle 2. Im Werd zugewiesen, da der Stand am Hohen Markt für den Verkauf von ungarischem Fleische bestimmt werden musste.

Abgabe von Kartoffeln an Kastanienröster. Die Gemeinde überlässt von Mittwoch, 19. 1. M. an jene Personen, denen Standplätze für Maroni- oder Kartoffelbratöfen zugewiesen worden sind, die erforderlichen Bratkartoffeln zum Preise von 20 Heller für das Kilogramm. Mitglieder des Vereines „Selbsthilfe der Kastanienröster“ erhalten die Kartoffeln durch diesen Verein zugewiesen. Nichtmitglieder können die Kartoffeln gegen Vorweisung der Friedigung, mit welcher der Standplatz angewiesen wurde, im städtischen Kartoffel-lager I. Bezirk Zedlitzgasse beziehen.

Säcke oder sonstige Behältnisse sind mitzubringen. Die gebratenen Kartoffeln dürfen bei mittlerer Grösse für keinen höheren Preis als 6 Heller für das Stück verkauft werden. Die Bratöfen sind mindestens von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends im Betriebe zu halten.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1 1/2 kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der üblichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes I der Kartoffelkarte. Die Mindestbemittelten d. s. die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufsscheine erhalten in der kommenden Woche bei ihren Kartoffelabgabestellen anstatt der oben festgesetzten Menge ausnahmsweise 2 kg Kartoffeln für jeden Kopf ihres Haushaltes zu dem gewöhnlichen Preise von 34 h für 1 kg gegen Abtrennung des Abschnittes I der Kartoffelkarte und Abtrennung der Ziffer 8 des amtlichen Einkaufsscheines.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält wie bereits gemeldet am Mittwoch den 19. ds. 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen 25 Geschäftsstücke, darunter die Gewährung einer einmaligen Anschaffungszulage an die städtischen Angestellten einer Kriegszulage für das erste Halbjahr 1918, eine grössere Anzahl von Subventionen, der Rechnungsabschluss für das städtische Lagerhaus, Anschaffung von 6 Kraftwagenzügen für die Beförderung von Lebensmitteln und Baustoffen mit den Kosten von 344.000 Kronen, Weihnachtsgaben an einige Gruppen städtischer Angestellten und Bauangelegenheiten. Der Stadtrat tritt Donnerstag und Freitag 10 Uhr vormittags zu Sitzungen zusammen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler.

Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Montag, 17. Dezember 1917. Nr. 394

Einstellung der Transportscheine für den Fettbezug aus Ungarn. Schon in den beiden letzten Monaten wurden dem Wiener Magistrat solche Transportscheine für Private nicht mehr zur Verfügung gestellt, so dass den zahlreichen sich darum bewerbenden Personen, welche von ihren Angehörigen aus Ungarn Fett hätten beziehen können, die gewünschten Scheine nicht mehr ausgefertigt werden konnten. Nunmehr wurde der Magistrat vom Volksernährungsamte verständigt, dass vom 16. Dezember an der Bezug von Schweineprodukten (Fett u.s.w.) aus Ungarn auf Grund von Transportscheinen ganz eingestellt ist; dieser Bezug soll in anderer Form neu geregelt werden. Die Transportscheinstelle der Magistrats-Abteilung 9 wird daher aufgelassen.

Lehrererennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola ernannt: Alfons Hofbauer zum Bürgerschullehrer, Marie Formanek, Marie von Paumgarten, Theresia Blaha und Leopoldine Lachner zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse, Johann Zelbr, Johann Bauer, Adolf Huber und Josef Mühlmann zu Volksschullehrern 2. Klasse, Marie Edle von Adamovic, Auguste Jung, Auguste Edle von Rossek, Hilda Stiasny, Anna Henz, Helene Hotz, Marie Edle von Rossek, Paula Kerndl und Melanie Gawlik zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

Bodenwertzuwachsabgabe. Der Gemeinderat hat bekanntlich beschlossen, um Verlängerung der Geltungsdauer der im Vorjahre eingeführten Wertzuwachsabgabe einzukommen. Auf Grund einer Besprechung von Vertretern aller Kronländer, in denen die Wertzuwachsabgabe eingeführt ist, wurde die Abgabeordnung für Wien vor kurzem in einzelnen Punkten abgeändert. Da eine legislative Erledigung der Novelle bis zum 31. ds., zu welchem Termin die Wirksamkeitsdauer abläuft, ausgeschlossen ist, hat das Finanzministerium den Magistrat eingeladen, wegen provisorischer Weiterhebung der Abgabe auf Grund der gegenwärtig geltenden Bestimmungen das erforderliche zu veranlassen. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VP. Hoss, den Landesauschuss zu ersuchen, zu genehmigen, dass die mit kaiserlicher Beschliessung vom 30. Juli 1916 eingeführte Abgabe von Wertzuwachs von Liegenschaften im Gebiete der Stadt Wien bis 31. Dezember 1918 provisorisch weiter eingehoben werde. Wie dem Magistrat bekannt wurde, ist vom Finanzministerium für anfangs Jänner 1918 eine Besprechung der Kronlandsvertreter in Aussicht genommen.

Erweiterung des Simmeringer Friedhofes. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Braun den neuerlichen Entwurf für die Erweiterung des Simmeringer Friedhofes mit einem Kostenbetrage von 10.000 Kronen genehmigt.

Christbaumverkauf der Gemeinde Wien. Die Gemeinde Wien bringt am Mittwoch, 19. ds. M. auf dem oberhalb der Prigittabücke gelegenen städtischen Lagerplatze, 20. Bezirk Treustrasse Nr. 55 Christbäume zu sehr mässigen Preisen zum Verkauf.

Wettbewerbe für Wiener Architekten. Das vom Wiener Stadtrat eingesetzte Preisgericht nahm vor kurzem unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner die Zuerkennung der für den allgemeinen Wettbewerb „Schulbau Schmelz“ ausgesetzten 5 Preise von je 2000 Kronen vor. Preisträger sind die Architekten: Arthur Grünberger, Karl Hoffmann, Alfred Kraupa, Karl Lehmann und Siegfried Theiss. Von einer Reihung der preisgekrönten Arbeiten hat das Preisgericht abgesehen, weshalb die Namen der Preisträger alphabetisch angeführt sind. Hinsichtlich der für den Wettbewerb „Blumenverkaufshalle Teesalon“ dem Preisgerichte zur Beurteilung vorgelegenen Arbeiten beschloss das Preisgericht beim Stadtrate zu beantragen, an Stelle der ursprünglich in Aussicht genommenen 5 Preise à 1000 Kronen zehn Entschädigungsgaben in der Höhe von je 500 Kronen an die vom Preisgerichte vorgeschlagenen Architekten zuzuerkennen. Der Stadtrat hat diesem Antrage des Preisgerichtes zugestimmt und die Entschädigungsgaben von je 500 Kronen den nachbenannten vom Preisgerichte vorgeschlagenen Architekten zuerkannt: Ing. Karl Dirnhuber, Hans Glaser, Clemens Holzmeister und Dr. Armand Weiser, Kilian Köhler, Ernst Ornstein, Cesar Poppovits, Hugo Schell, Professor Ing. Alfred Freiherr von Stutterheim, Professor Dr. techn. Emil Tranquillini und Rudolf Weiser.

Höchst-Festsetzung der Butterpreise. Der Preis für ausländische Butter wurde für 12 dkg ausgeschnittene Ware mit K 2.32, paketierte Ware mit K 2.34 festgesetzt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Stande der rechtskundigen Beamten Dr. Ferdinand Wetzko, Dr. Richard Wolf und Theodor Petter zu Magistratssekretären, Dr. Alfred Soucek zum städtischen Arzt 1. Klasse, Dr. Max Wickhoff zum Bahnarzt der städtischen Strassenbahn; im Stande des Konskriptionsamtes Karl Schrottenbaum zum Kommissär, Friedrich Doppler zum Offizial, Friedrich Becker zum Akzessisten; im Stande der Kanzlei Rudolf Freund und Peter Bilka zu Direktionsadjunkten, Willibald Tollara zum Akzessisten. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Dr. Haas die erledigte Hausseelsorgerstelle im Wiener Versorgungsheim in Lainz dem Kamilianerorden übertragen.

Pensionierung. Der Stadtrat hat dem Ansuchen des Oberoffizial im Exekutionsamt Hermann Janovicz um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.

Gedenktafel für Dr. Baumann. Eine Anzahl von Jugendfreunden des im Jahre 1899 gestorbenen Afrikaforschers Dr. Oskar Baumann hat den Professor Josef Engelhart mit der Herstellung einer Erinnerungstafel betraut, welche an der Ecke des Hauses Batrixgasse 3, Baumanngasse 1 angebracht werden soll. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des VB. Hierhammer diese Tafel in die Obhut und Erhaltung der Gemeinde Wien zu nehmen.

400
120

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen,

Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Dienstag, 17. Dezember 1917. No 400.

Die Wohnungsverhältnisse in Wien. Die Abnahme der leerstehenden Wohnungen hat auch im Berichtsmonate angehalten. Die Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen ist auf 2069 oder 0.37% des gesamten Wohnungsbestandes zurückgegangen (im Vormonate 2542 oder 0.46% des Wohnungsbestandes.) Beachtenswert ist die stärkere Abnahme in der Gruppe der Kleinwohnungen (333 Kleinwohnungen gegen 268.) Verschwindend gering ist die Zahl der leerstehenden grossen Wohnungen (30). Eine stärkere Abnahme ist im Berichtsmonate auch bei den leerstehenden Geschäftslokalitäten zu verzeichnen (von 6159 auf 5869.) Die Zahl der Besucher des Wohnungsnachweises hat zugenommen. Sie betrug im Vormonate 1891, im Berichtsmonate 2042. Allgemeine Lage des Wohnungsmarktes: Trotz der beträchtlichen Abnahme in der Gruppe der Kleinwohnungen kann der Bedarf an solchen Wohnungen dank der äusserst geringen Umzugsbewegung noch immer befriedigend werden. Dagegen ist der Mangel an grossen Wohnungen schon so stark geworden, dass es völlig ausgeschlossen ist, im Falle eines Wohnungswechsels neue Wohnungen von auch nur annähernd gleicher Grösse zu finden. Der Mangel macht sich um so fühlbarer, weil bei den grossen Wohnungen die bei den anderen Wohnungsgattungen zu beobachtende Ständigkeit der Wohnungsverhältnisse nicht in Erscheinung tritt, sondern vielmehr infolge der in der letzten Zeit so beliebten Umwandlung von Wohnungen in Büros die Umzugsbewegung in dieser Wohnungsgattung zum Teil sogar grösser ist, als in normalen Zeiten.

Obmänner - Konferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vize-Bürgermeister fand heute die 86. Obmänner - Konferenz der im Wiener Gemeinderate vertretenen Parteien statt. Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete über den Abschluss eines Uebereinkommens mit dem Hofärar hinsichtlich des Stiftungsfondsgutes Ebersdorf an der Donau, zu welchem Referate Stadtbauinspektor Dr. Goldemund an der Hand der Pläne die notwendigen technischen Erläuterungen gab. Nach diesem Uebereinkommen willigt das Hofärar in die grundbücherliche Löschung ihres Jagdrechtes zu Gunsten des Kaisers und tritt an den Versorgungsfond als Eigentümer des Fondsgutes grössere Flächen zur Ergänzung des Fondsbesitzes ab, wogegen die Gemeinde namens des Fondes den südlichen Teil der Lobau in das freie Eigentum des Hofärars übergibt. Nach Durchführung dieses Uebereinkommens erlangt die Gemeinde die volle Verfügungsfreiheit über das ihr verbleibende Fondsgebiet und wird in der Lage sein, am linken Donauufer einen Naturpark als Erholungsstätte für die Wiener Bevölkerung mit Spiel- und Sportplätzen für die Jugend zu schaffen und für die Approvisionierung Wiens dadurch in grosszügiger Weise vorzusorgen, dass die Wiesengründe in der Lobau in ausgedehntem Masse für landwirtschaftliche Zwecke insbesondere für Gemüseanbau herangezogen werden sollen. Nach einer Debatte, in welcher die Gemeindeglieder von Steiner, Reumann und Dr. Hein das Wort ergriffen, stimmte die Konferenz dem Uebereinkommen einmütig zu und sprach dem Bürgermeister über Antrag des Gemeinderates Schmid für seine erfolgreichen Bemühungen um das Zustandekommen dieser Vereinbarung den Dank aus.

Magistratsrat Dr. Held berichtete hierauf über den bereits bekannten Stadtratsbeschluss vom 13. ds.M. betreffend die Gewährung

eines Anschaffungsbeitrages pro 1917 und einer Kriegszulage für das erste Halbjahr 1918 an die Angestellten der Gemeinde Wien. Die Konferenz nahm den Stadtratsbeschluss zustimmend zur Kenntnis. Beide Referate werden in der morgigen Gemeinderatssitzung zur Beratung und Beschlussfassung gelangen.

In einer ausserordentlichen Sitzung des Stadtrates, die am heutigen Nachmittag stattfand wurden die Anträge des Magistrates in Angelegenheit des Uebereinkommens mit dem Hofärar hinsichtlich des Fondsgutes Ebersdorf an der Donau zum Beschlusse erhoben.

Die Herrschaft Kaiser-Ebersdorf wurde von der Kaiserin Maria Theresia im Jahre 1745 dem Wiener allgemeinen Versorgungsfond zum Geschenke gemacht, doch war die Ausübung der Jagd ausdrücklich von der Stifterin von der Uebergabe ausgeschlossen worden. Bis zum Jahre 1869 wurde die Verwaltung des Fondsgutes durch das Finanzärar geführt, welches das Reinertragnis an den Versorgungsfond abführte. Erst von dieser Zeit an wird das Gut von der Gemeinde Wien verwaltet, das Recht zur Ausübung der Jagd durch den Kaiser Franz Josef I. und dessen Thronfolger wurde grundbücherlich einverleibt. Die Unmöglichkeit infolge des Bestandes des Jagdrechtes, eine den Interessen des Versorgungsfondes entsprechende forstwirtschaftliche Ausnützung des Fondsbesitzes zu erzielen, andererseits der Wunsch, die landschaftlichen Reize des den Bewohnern der Grosstadt nahezu unbekanntes Gebietes den weitesten Bevölkerungskreisen zu erschliessen, riefen seit längerer Zeit das Bestreben wach, eine derartige Aenderung der rechtlichen Verhältnisse herbeizuführen, dass diese Absichten der Gemeindeverwaltung der Verwirklichung zugeführt werden können. Dem wiederholten Einschreiten des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an zuständigen Stellen ist es gelungen, dass in jüngster Zeit ein Meinungs-austausch zwischen Vertretern der Gemeinde Wien und des Oberstjägermeisteramtes stattfand, welcher zu einer Lösung der sogenannten Lobaufgabe führt, die den berechtigten Interessen der Gemeinde Wien entspricht.

Die Verhandlungen führten namens des Oberstjägermeisteramtes Hofrat Wilhelm Keiß für die Gemeinde Wien Baudirektor Dr. Goldemund, Magistratsrat Dr. Ehrenberg und Forstratingenieur Kluss.

Nachdem zur Genehmigung des Gemeinderates vorliegenden Uebereinkommen überlässt die Gemeinde Wien namens des Versorgungsfondes einen Teil des am linken Ufer der Donau gelagerten Fondsbesitzes dem Hofärar, welches im Tauschweg die dem Hofärar gehörigen in der Lobau gelegenen Grundflächen dem Fond ins Eigentum übergibt und die Zustimmung zur Lösung des Jagdrechtes rücksichtlich des ganzen Fondsbesitzes erteilt.

Ausser dem Antrage auf Genehmigung des Uebereinkommens werden dem Gemeinderate noch folgende Anträge vorgelegt: Der Magistrat wird beauftragt die erforderlichen Vorarbeiten für die landwirtschaftliche Ausnützung der für diesen Zweck geeigneten Grundflächen in der Lobau ungesäumt in Angriff zu nehmen und schleunigst hierüber zu berichten. Ferner hat der Magistrat ehebens Anträge hinsichtlich der Umgestaltung der Lobau in einen Naturpark als Erholungsstätte für die Wiener Bevölkerung vorzulegen, wobei insbesondere für die Schaffung von Spiel- und Sportplätzen für die Jugend und für andere öffentliche Zwecke in weitestgehendem Masse Vorsorge zu treffen ist. Wegen Schaffung entsprechender Verkehrsverbindungen zwischen den verbauten Teilen der Stadt und der Lobau sind rechtzeitig Vorschläge zu erstatten.

401
421
Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 19. Dezember 1917. No 401.

Handbücher für soziale Fürsorge. Der Stadtrat hat den Magistrat zur Herausgabe einer Reihe von Handbüchern ermächtigt, in denen jene Gesetze und Verwaltungseinrichtungen eine übersichtliche Darstellung finden sollen, deren Kenntnis die öffentliche und private Fürsorge ständig benötigt. Das erste Heft in der Reihe dieser Veröffentlichungen, enthaltend die heimatrechtlichen Vorschriften mit den wichtigsten Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes und etliche Anmerkungen, ist soeben erschienen. Die Landesarmengesetze aller Kronländer, die erste Zusammenfassung dieser Art, werden in einem zweiten Hefte, das im Jänner erscheinen wird, herausgegeben werden. Verfasser dieser Arbeiten ist der Vorstand des städtischen Wohlfahrtsamtes Magistrats-Sekretär Dr. Hornek.

Bürgerklub. Unter dem Vorsitze des Obmannes Oberkurator von Steiner fand gestern eine mehrstündige Sitzung des gemeinderätlichen Bürgerklubs statt, zu deren Beginn Landesausschuss Bielohlawek eine Erklärung in Angelegenheit der Mitteilung der Sonn- und Montagszeitung vom 17. ds.M. seine Person betreffend abgab. Derselbe erklärte, dass die Nachricht des genannten Blattes, dass er seinen Antisemitismus Abschwur, vollständig aus der Luft gegriffen sei. Seine diesbezüglichen Bemerkungen anlässlich eines Jaunalistenempfanges bei der Besichtigung des Landes-Zentral Kinderheimes habe sich ausschliesslich auf das Ausschalten jeder Parteilichkeit auf dem Gebiete der Humanitäts und Wohlfahrtspflege bezogen. - Hierauf beschäftigte sich der Bürgerklub mit dem Referate des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner betreffend die Lobau. Die Anträge des Bürgermeisters wurden einstimmig zum Beschlusse erhoben und dem Bürgermeister der Dank des Bürgerklubs ausgesprochen. - Nach Mitteilungen des Bürgermeisters betreffend die Sparmassnahmen im Gasverbrauche wurde der prinzipielle Entschluss gefasst, der Opposition zwei Ersatzmandate in die Donaufragulterungskommission zu überlassen. - Zum Schlusse fand die Vorlage wegen Gewährung von neuerlichen Kriegszulagen an die städtischen Beamten und Angestellten die einstimmige Genehmigung des Bürgerklubs.

Regelung des Verkehrs mit Ersatz-Lebensmitteln. Im Stadtrate berichtete StR. Angermeyer über einen vom Stadtrat Schwer eingebrachten Antrag, der den Zweck verfolgt, die Wiener Bevölkerung vor der Ausbeutung gewissenloser Spekulanten zu schützen, die sich die Erzeugung von Lebensmitteln und Artigeln für den Hausgebrauch aus Ersatzstoffen zur Aufgabe gestellt haben. StR. Angermeyer führte aus, dass diese Frage bereits mehrmals die verschiedenen Aemter sowohl der Gemeinde als auch des Staates beschäftigt habe. Das Amt für Volksernährung habe bereits längst die Regelung des Verkehrs mit Ersatzlebensmitteln als unbedingt notwendig erklärt und schon vor geraumer Zeit einen bezüglichen Verordnungsentwurf fertig gestellt, der den Gegenstand interministerieller Beratungen gebildet hat. Diesen Beratungen waren auch Vertreter des Magistrates, der n.B. Handelskammer und des Ernährungsbeirates beigezogen, welche übereinstimmend die Ansicht vertraten, dass eine Verordnung nach diesem Entwurfe eine taugliche Handhabe bieten würde, um einerseits den derzeit ungedingt notwendigen Verkehr mit Ersatzlebensmitteln nicht unmöglich zu machen, andererseits aber der unverschämten Bewucherung und Ausbeu-

tung der Verbraucher bei der Erwerbung dieser Ersatzmittel endlich einmal Einhalt geschieht. Wenn es bisher zur Erlassung dieser Verordnung leider noch nicht gekommen ist, so sei dies wohl nur auf die ablehnende Haltung der Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, des Handels- und Justizministeriums zurückzuführen. Diese Haltung wird damit begründet, dass bereits dormalen genügende gesetzliche Bestimmungen und Verordnungen zum Schutze der Konsumenten, soweit sie den Verkehr mit Lebens- und Ersatzmittel betreffen bestehen; vor allem biete das Lebensmittelgesetz eine ausreichende Handhabe zur Erreichung auch der von der Surrogatmittelverordnung angestrebten Zwecke. Das Amt für Volksernährung würde bei Hinausgabe einer solchen Verordnung eine zu grosse Verantwortung nicht nur gegenüber den Händlern und dem Publikum, sondern auch gegenüber den Erzeugern übernehmen, weil durch die förmliche Zulassung eines Ersatzlebensmittels gewissermassen eine Garantie übernommen werde, dass es allen Anforderungen entspricht. Dies könne jedoch durch eine einmalige Probe nicht erreicht werden, sondern bloss durch eine die grosse Handhabung des schon im Lebensmittelgesetz vorgesehenen Ueberwachungsrechtes, durch genaue Perlustrierungen der schon vorhandenen Ersatzlebensmittel, öftere Revisionen der Erzeugnisse in den Vertriebsstätten. Diese Gründe bezeichnete der Referent als nicht stichhältig und nach seinem Antrage wurde folgender Beschluss gefasst: Die Gemeinde Wien fordert mit Rücksicht auf die Missbräuche im Verkehre mit Ersatzlebensmitteln und die hiemit verbundene gewissenlose Spekulation die eheste Erlassung der vom Amt für Volksernährung im Entwurfe bereits fertig gestellte Verordnung betreffend den Verkehr mit Ersatzlebensmitteln. Diese Forderung ist dem Ministerpräsidenten und sämtlichen beteiligten Ministerien zur Kenntnis zu bringen.

Bezirkstatssitzung. Die Bezirksvertretung Fünfhaus hält am Donnerstag, 20. Dezember um 6 Uhr abends eine Sitzung ab.

402
422
Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, dass Kaiser Franz Josef I. unmittelbar nach Kriegsausbruch angeordnet habe, dass die Wildbestände in der Lobau in erheblichem Masse verringert werden und das abgeschossene Wild den Spitalern überwiesen werde. Er werde die Interpolation dem Oberstjägermeisteramt übermitteln.

GR. Kunschak stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister seinen ganzen Einfluss dahin aufbieten wolle, dass von den Molkereien und Milchgrosshändlern eine vollständig gleichmässige Behandlung ihrer eigenen und der gewerblichen Verschleißstellen unter allen Umständen beobachtet werden muss.

GM. Dr. Weiskirchner verliest einen eingehenden Bericht der städtischen Milchversorgungsstelle, in welchem es unter anderem heisst, dass gegenwärtig im Vergleiche zum Zeitpunkt der Durchführung der Regulierung die Milchlieferung um volle 50 % gesunken ist. Da die Anzahl der Milchabgabestellen sich nahezu gar nicht verringert hat, kann von den meisten Unternehmungen gerade noch die Milch für die Pflichtkartenbesitzer geliefert werden. Es ist daher die tägliche Milchmenge, welche die Kleinverschleisser abgeben, eine sehr geringe und beträgt oft nur wenige Liter. Infolgedessen entstehen Schwierigkeiten bezüglich des Transportes und infolge Mangels der kleinen Geschirre. Wenn ein Verschulden der Milchgrosshändler vorliegt, wird von der Milchversorgungsstelle unverzüglich eingeschritten, aber oft bleibt ihr nichts anderes übrig, als eine Ausrayonierung der Kunden der betreffenden Kleinverschleissstelle zu veranlassen. Hierbei ist es nicht immer möglich, dem Bequemlichkeitsstandpunkte der Kunde Rechnung zu tragen.

Im Uebrigen ist die Milchversorgungsstelle in Wien bestrebt, die Härten, die sich aus der gegenwärtigen Lage des Milchmarktes für die Kleinverschleisser ergeben, in jedem konkreten ihr zur Kenntnis gebrachten Falle tunlichst zu mildern und etwa auf die Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Kleinverschleisser abzielende Bestrebungen der Grossbetriebe zu unterdrücken, wofür auch schon die vor Einführung der Rayonierung an die Grosshändler ergangenen Aufträge auf Einschränkung ihres Ausschankes in den eigenen Verschleissstellen Zeugnis ablegen.

Ich werde, sagt der Bürgermeister, nicht ermangeln, die Milchversorgungsstelle in Wien neuerlich anzuweisen, der Lage der Milchkleinverschleisser nach wie vor ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, um denselben ein Durchhalten zu ermöglichen.

GR. Kunschak verweist in seiner Anfrage darauf, daß bei den letzten Schneesauberungsarbeiten vielfach auch schulpflichtige Kinder in Verwendung standen während auch nicht einer der tausende jüdischen Flüchtlinge bei diesen Arbeiten abzutreffen waren. Diese bezeichneten Elemente gingen auch dieser Möglichkeit eines ehrlichen Erwerbes schon aus dem Wege. GR. Kunschak stellt demselben den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt sei, den Auftrag zu erteilen, daß schulpflichtige Kinder unter keinen Umständen zu Schneesauberungsarbeiten verwendet werden dürfen und ob er bereit sei, bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig zu werden, daß bei wieder Eintretenden Schneefall die jüdischen Flüchtlinge, insoweit sie bis dahin Wien noch nicht verlassen haben, zwangweise zur Schneearbeit verhalten werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, daß sich beim letzten Schneefall zivile Arbeitskräfte nicht in ausreichender Menge meldeten. In vereinzelt Fällen mag es vorgekommen sein, daß unter den jugendlichen Arbeitern auch solche unter 14 Jahren aufgenommen wurden, weil sie bei der Anfrage über ihr Alter unrichtige Angaben gemacht haben und nach ihrer Entwicklung für älter gehalten werden konnten. Eine kleine Anzahl von Bürger- und Mittelschülern hat sich wie im Vorjahre unter Aufsicht von Lehrpersonen für Schneesauberungsarbeiten

unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Was die Flüchtlinge betrifft, so habe er Aufbruch gegeben, daß die verschiedenen Flüchtlingsheime in denen unbeschäftigte Personen sich aufhalten, ausdrücklich verordnet werden, daß ihre Beteiligung bei der Schneebeseitigung erwünscht ist. Die Durchführung eines Zwanges zur Schneearbeit sei nicht zu versuchen, da die Erledigung der Formalitäten sicher so lange dauern würde, bis kein Schnee mehr fällt. Der Bürgermeister fügt hinzu: Ich kann diesen Anlass nicht vorüber gehen lassen, ohne den Wiener Hausherrn und Hausbesorgern für die Arbeit, die sie bei der Säuberung der Bürgersteige geleistet haben, meine vollste Anerkennung auszudrücken. Es ist das gewiss eine hingebungsvolle Arbeit gewesen und in der heutigen schweren Zeit haben sich sowohl Arbeitgeber wie auch Hausbesorger gewiss den Dank der öffentlichen Verwaltung verdient.

GR. Dr. Hein fragt, ob die Bürgermeister bei der zuständigen militärischen Behörde dahin wirken wolle, dass dem Magistrate rechtzeitig und nicht erst in den allerletzten Tagen des Monats die Ermächtigung erteilt wird, im berücksichtigungswürdigen Fällen Abwärtbewilligungen bis zur Erledigung des Enthebungsgesuches zu erteilen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Magistrat bereits mit dem Berichte vom 17. Dezember 1917 telegraphische Weisungen vom Ministerium für Landesverteidigung erbeten habe, welche jedoch noch nicht herabgelangt sind.

GR. Schlechter interpelliert über die Errichtung eines Wartehäuschens in der Eschenbachgasse und über die Verdichtung des Verkehrs der Strecke Eschenbachgasse-Hietzing.

Der Bürgermeister erwidert, dass für die Aufstellung einer Wartehalle in der Eschenbachgasse kein geeigneter Platz ausfindig gemacht werden kann. Die Ueberfüllung auf der Linie 57 könne infolge Mangels an Wagen derzeit kaum abgestellt werden. Das Umkehren der Züge bei der Winkelmannstrasse ist mit Rücksicht auf die dort bestehende Geleiseanlage nicht möglich.

GR. Ullreich beantragt eine bessere Ersichtlichmachung der Strassenamen und Hausnummern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird sodann an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtet als erster Referent in eingehender Weise über den Abschluss des Uebereinkommens mit dem k. Hofärar in der Lobaufrage und sagt zum Schlusse: Ich bitte diese Transaktion zu genehmigen denn mit dieser Genehmigung wird sich der Gemeinderat des Kriegsjahres 1917 nicht nur für die Gegenwart den Dank der gesamten Wiener Bevölkerung verdienen.

GR. von Steiner: Die eingehende Begründung der Anträge durch den Herrn Referenten enthebt mich jeder weiteren Befürwortung und habe ich nur die Ehre zu erklären, dass wir einmütig für das Referat stimmen. Pflichtgemäss will ich dem Bürgermeister für seine Mühewaltung bei den schwierigen und langwierigen Verhandlungen welche heute durch die Erstattung des Referates von vollem Erfolg gekrönt worden sind den wärmsten Dank des Gemeinderates aussprechen. (Lebhafter einmütiger Beifall).

Die Anträge des Bürgermeisters werden unter heftigen Beifall einstimmig genehmigt.

StR. Payer legt ein Kaufoffert der Firma Karl Zeiss G.m.b.H. Wien auf Gründe südlich des Hochquellenwasserbehälters „Breitensee“ im 13. Bezirke zur Errichtung grosser Fabrikanlagen vor. (Angenommen).

VB. Hosa berichtet über die Gewährung eines Anschaffungsbeitrages pro 1917 und einer Kriegszulage für das erste Halbjahr 1918 an die städtischen Angestellten.

Der Referent führt unter anderem an: Der Gesamtbetrag den wir bisher für Teuerungszulagen bewilligt haben, beträgt bis Ende des Jahres 1917 41½ Millionen, die einmaligen Zuwendungen 11 Millionen Kronen. Für das nächste Halbjahr war ein Betrag von 20 Millionen bestimmt, mit Rücksicht auf die Erhöhung der Teuerungszulagen wird sich dieser Betrag auf 30½ Millionen, zusammen mit den einmaligen Zuwendungen über 11 Millionen also auf 41½ Millionen Kronen erhöhen. Rechnet man davon 7 Millionen Kronen für Lehrerzulagen ab, welche wir von der Regierung ersetzt bekommen dürften, so ergibt das für das zweite Halbjahr 1918 einen Betrag von 34½ Millionen Kronen. Bis Ende Juni 1918 wird der Gesamtbetrag der Zuwendungen der Gemeinde an ihre Angestellten die Höhe von 76 Millionen Kronen erreichen. Bei dieser Gelegenheit soll neuerlich betont werden, dass aber auch die Beamten und Angestellten voll und ganz die Pflichten ihres schweren Amtes erfüllt haben.

GR. Hohenfinger führt aus, dass die einzige Hilfe für die Festbesoldeten keine noch so hohe Teuerungszulage sondern einzig und allein der Abbau der Preise der Lebensmittel sei, an den sie aber die Regierung nicht herantraue. Im übrigen sei er mit dem Referate selbst vollständig einverstanden.

Vize-Bürgermeister Fob erwidert in seinem Schlussworte, dass selbstverständlich auch er der Meinung sei, dass mit den Zulagen den Bedürfnissen der Angestellten nicht voll entsprochen werden könne, und dass nur ein Abbau der Preise wirksam helfen könnte. Gegenwärtig sei davon leider nicht zu reden und man müsse froh sein, wenn die Preise nur ihre jetzige Höhe beibehalten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner, dem den Vorsitz übernommen hat, bringt die Anträge des Berichterstatters einstimmig zur Abstimmung und werden dieselben einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Vize-Bürgermeister Hobe legt den Rechnungsabschluss des Lagerhauses der Stadt Wien für das Geschäftsjahr 1916/1917 vor. An die Gemeinde werden 612.849 Kronen abgeführt.

Die Vorlage wird ohne Wechselrede genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hobe berichtet hierauf über die Bewilligung einer grösseren Anzahl von Subventionen, wobei GR. Neumann dem Wunsche Ausdruck gibt, dass auch dem Arbeitervereine „Schreibergarten“ in Favoriten eine Subvention von 500 Kronen gewährt werde.

Vize-Bürgermeister Hobe erklärt, es müsse erst ein Ansuchen dieses Vereines abgewartet werden, worauf die Anträge des Berichterstatters genehmigt werden.

Vize-Bürgermeister Hobe berichtet weiters, über eine Petition betreffend Berücksichtigung der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen bei der Beratung über neue staatliche Steuervorlagen. Er stellt folgenden Antrag:

Es ist an die beiden Häuser des Reichsrates mit der Bitte heranzutreten, bei der Beratung über neue Steuervorlagen, die durch den Krieg ins masslos gestiegene Anforderungen an die Mittel der Gemeinden insbesondere der Reichshaupt- und Residenzstadt zu berücksichtigen und insbesondere auch den städtischen Unternehmungen durch deren Befreiung von den Kriegszuschlägen der Erwerbsteuer oder zumindestens von einer Erhöhung derselben jene Begünstigung zuteil werden zu lassen, welche sie mit Rücksicht auf die gemeinnützige Verwendung ihrer Erträge verdienen. (Angenommen).

Nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Hierhammer wird die Anschaffung von 6 Kraftwagenzügen zu je 10 Tonnen für die Beförderung von Lebensmitteln und Baustoffen mit dem Kostenerfordernisse von 344.200 Kronen genehmigt.

20. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 19. Dezember 1917. Nr. 402.

Abgabe von Lebensmitteln aus den Vorräten der Gemeinde Wien. Anlässlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage hat der Bürgermeister verfügt, dass aus den Vorräten der Gemeinde Wien grössere Mengen von Schweinefleisch, Selchfleisch und Speck abgegeben werden. 30.000 kg gesalzenes Schweinefleisch werden den Selchern und Verschleissern in den Bezirken zur Verfügung gestellt.

In der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren werden Donnerstag, den 20. und Samstag, den 22. ds.M. je 15.000 kg gesalzenes dänisches Schweinefleisch in Paketen von höchstens 1 kg zum Preise von K 13.- und Samstag, den 22. und Montag, den 24. ds.M. je 10.000 kg kroatisches Selchfleisch in Paketen von höchstens $\frac{1}{2}$ kg zum Preise von K 9.- verkauft. Ferner werden in der Grossmarkthalle je 5000 kg ungarischer Salzspeck gegen Vorweisung des weissen amtlichen Einkaufscheines, und Einziehung der Fettkartenabschnitte Donnerstag, den 20. ds.M. für Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben A - F, Freitag, 0 - K, Samstag L - R, Montag, den 24. ds.M. S - Z abgegeben. Auf jedem weissen amtlichen Einkaufscheine werden so viel mal je 60 g Speck abgegeben, als bezugsberechtigte Personen auf dem Einkaufscheine ausgewiesen sind. Der Preis wird mit 58 Heller für 60 Gramm festgesetzt. Haushaltungen mit blauen, grünen und braunen Einkaufscheine sind von diesem Fettbezug ausgeschlossen, da diese Haushaltungen im Rahmen der Aktion für Mindestbemittelte mit Fett regelmässig versorgt werden. Ein gleichartiger Verkauf ist auch in der Woche vor Neujahr beabsichtigt, worüber noch eine nähere Verlautbarung erfolgen wird.

Christbaumverkauf der Gemeinde Wien. Die Gemeinde Wien bringt am Donnerstag, 20. ds.M. auf dem oberhalb der Brigittabrücke gelegenen städtischen Lagerplatz, 20. Bezirk Treustrasse Nr. 55 Christbäume zu sehr mässigen Preisen zum Verkauf.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung am 19. Dezember 1917.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, dass der Kaiser zur Anschaffung von Brennmaterial für die Armen den Betrag von 12.000 Kronen aus seinen Privatmitteln gespendet hat. Der Gemeinderat spricht hierfür den ehrfurchtvollsten Dank aus.

Schriftführer GR. Stangelberger verliest sodann nachstehende Zuschrift des Volksbekleidungsamtes: Bald nach Erlassung der Ministerial - Verordnung vom 21. September 1917 betreffend Vorkehrungen für die Bekleidung der Bevölkerung fand am 30. September 1917 die konstituierende Sitzung der n.ö. Landeskommission für Volksbekleidung statt. In derselben wurde das Volksbekleidungsamt der n.ö. Statthaltereirei als Landesbekleidungsstelle für das Erzherzogtum Oesterreich unter der Enns angewiesen, im freien Handel möglichst grosse Partien brauchbarer Textilware zu den marktgängigen Preisen anzukaufen. Bei Fassung dieses Beschlusses ging die Landeskommission von der Erwägung aus, dass die Bestände, welche dem Volksbekleidungsamt von den Volksbekleidungsabteilungen der Baumwollzentrale A.G. und der Wollzentrale A.G. zugewiesen werden dürften, keinesfalls ausreichen würden, um den allerdringendsten Bedarf der mindestbemittelten Verbraucherkreise zu decken. In zweiter Reihe sollte die Beschaffung

möglichst grosser Warenbestände im freien Verkehr dazu dienen, um den durch die Kriegsereignisse stark betroffenen Mittelstand in ausgiebiger Weise durch Zuweisung billiger, staatlich bewirtschafteter Volksbekleidungsware zu unterstützen. Da der Begriff des Mittelstandes weder in jenem Zeitpunkte noch auch derzeit gesetzlich und tatsächlich erfasst ist, so wurde dem Volksbekleidungsamt nahe gelegt, nach Beschaffung der erforderlichen Warenbestände die geeigneten Anträge wegen Förderung der Mittelstandsaktion zu unterbreiten. Das Volksbekleidungsamt war nach dieser Richtlinie bestrebt, Bekleidungsartikel aller Art im freien Verkehr anzukaufen, wobei auch auf die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhen mit Rücksicht auf die bevorstehende gesetzliche Regelung des Schuhverkehrs entsprechend Bedacht genommen wurde. Es ist in der Tat dem Volksbekleidungsamt gelungen, grössere Partien Textilwaren und Oberleerzwecks Erzeugung von Volksschuhen zu erwerben. Mit Rücksicht auf die in der Verordnung vom 21. September 1917 und in der Verordnung des Handelsministers vom 26. Oktober 1917 getroffenen verkehrsbeschränkenden Verfügungen fand diese Einkaufsaktion des Volksbekleidungsamtes einen frühzeitigen Abschluss. Aber auch die Einkäufe des Volksbekleidungsamtes innerhalb des Geltungsgebietes der mehrerwähnten Verordnung hörten fast völlig auf, als mit der Verordnung des Handelsministers vom 30. Oktober 1917 der Ablieferungszwang für Baumwollwebwaren baumwollene und halbwollene Wirk und Strickwaren sowie daraus hergestellte Erzeugnisse statuiert wurde. Es kann sonach die Behauptung aufgestellt werden, dass ein stärkerer Zufluss von Warenbeständen, aus dem freien Verkehr aufgehört hat, und dass nunmehr das Volksbekleidungsamt fast ausschliesslich auf die Alimentierung im Sinne des § 1 der mehr cit. Verordnung vom 21. September 1917 durch die Volksbekleidungsabteilungen der Baumwollzentrale A.G. und der Wollzentrale A. G. angewiesen sein wird. Es oblag nun dem Volksbekleidungsamt mit

diesen Warenbeständen vorerst an die Errichtung der Abgabestellen, zumindest für den Bereich der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu schreiten und die Aktivierung dieser Stellen auf dem flachen Lande in kurzer Zeit nachfolgen zu lassen.

Das Volksbekleidungsamt musste sich nun darüber schlüssig werden, welche Kreise der Bevölkerung bei der Beteiligung mit Volksbekleidungsware in Betracht kommen und welche Massnahmen getroffen werden sollen, um die Ausgabe von Bedarfsbescheinigungen nach Vordruck A mit den effektiv dem Volksbekleidungsamt zur Verfügung stehenden Warenbeständen in Einklang zu bringen.

Es wurde nun nach mehrfachen Beratungen der Beschluss gefasst, vorerst die untersten 2 Kategorien der Mindestbemittelten, das sind die Besitzer der blauen und grünen Einkaufscheine, mit Bedarfsbescheinigungen nach Vordruck A zu betheiligen und demgemäss nur an diese Volksbekleidungsware auszugeben.

Diese Beschränkung musste sich das Volksbekleidungsamt aus dem Grunde auferlegen, weil feststelltermassen die vorhandenen Warenvorräte eine Beteiligung weiterer Kreise der Mindestbemittelten und des Mittelstandes als unzulässig erscheinen liessen.

In diesem Zusammenhange wurde allerdings im Sinne der Weisungen der n.ö. Landeskommission für Volksbekleidung die Frage der Mittelstandsaktion neuerdings rege gemacht und darauf hingewiesen, dass eine Regelung dieser Frage im allgemeinen und besonders der Festangestellten mit kleinen Bezügen dringend einer Lösung harre.

Das Volksbekleidungsamt sieht sich aber mit Rücksicht auf die geringen Warenbestände vor die unlösliche Aufgabe gestellt einerseits alle Kreise der Mindestbemittelten mit Volksbekleidungsware zu versorgen, andererseits der gewiss berechtigten Forderung des Mittelstandes auch nur teilweise entsprechen zu können.

Dies gilt in erster Reihe für die Versorgung der Bevölkerung mit Textilwaren, in zweiter Linie auch für die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhen. In einem Belange allerdings gibt sich das Volksbekleidungsamt der Hoffnung hin, für die Mittelstandsaktion ein wenig zu leisten, indem es annimmt, die Schuhreparatur für den Mittelstand allenfalls nach Erprobung der derzeit zur Verfügung stehenden Ersatzmittel in Bälde regeln zu können. Dagegen ist das Volksbekleidungsamt bei dem derzeitigen Stand der Dinge ausserstande, rücksichtlich aller anderen Bekleidungsartikel die Mittelstandsaktion in irgend einer Richtung fördern zu können.

Bei dieser Sachlage hat das Volksbekleidungsamt diese Frage bei der Leitungssitzung vom 18. Dezember 1917 einer neuerlichen Beratung unterzogen, da es bei der in den nächsten Tagen erfolgenden Eröffnung der Abgabestellen in Wien für Volksbekleidungsware mit Recht die öffentliche Diskussion der Mittelstandsaktion in einem den Interessen des Volksbekleidungsamtes abträglichen Sinne befürchtet.

Bei dieser Leitungssitzung wurde mit Bedachtnahme auf die geringen Warenbestände des Volksbekleidungsamtes einhellig der Ansicht Ausdruck verliehen, dass das Volksbekleidungsamt bei dem heutigen Stand der Dinge nicht in der Lage sei, irgend welche Massnahmen für die Mittelstandsaktion zu treffen, wenn auch feststehe, dass das Volksbekleidungsamt berufen ist, dieser Frage die grösste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es wurde daher einhellig der Beschluss gefasst, dem k.k. Handelsministerium die Bitte zu unterbreiten, jene Verfügungen zu treffen, die erforderlich sind, um diese im Interesse der Allgemeinheit gelegene Frage der Versorgung des Mittelstandes mit Bekleidungsgegenständen einer gedeihlichen Lösung zuzuführen.

Der Eisenbahnminister hat der Strassenbahndirektion seine vollste Anerkennung über die umfassenden Vorkehrungen für die Schneereinigung und für die gute Abwicklung des Verkehrs unter den so ausserordentlich erschwerten Umständen ausgesprochen.

Das Handelsministerium hat dem Arbeiterfürsorgeamt der Stadt Wien zur Bestreitung der durch die monatliche Berichterstattung an das arbeitsstatistische Amt erwachsenen Kosten bewilligt.

Gespendet haben: Die Firma A. Gerngross & Komp. für die Armen 10.000 Kronen ferber je 5000 Kronen für die Aktionen Freibreit und Freizohle. Fürst Emanuel Collalto für die Armen des 19. Bezirkes 4000 Kronen, Weingrosshändler Salzer 2000 Kronen für die Armen des 19. Bezirkes, die Familie Anger 1000 Kronen für die Armen des 17. Bezirkes, Theresä Schloss letztwillig 1000 Kronen für die Armen, Hausbesitzer Johann Riedl zur Beschaffung von Schuhen für arme Schulkinder und zur Aufbesserung der Kost der Armenspeiseaktion des Bezirkes, Kaiserl. Rat Lemberger für die Armen des 9. Bezirkes 100 Kronen.

Für die städtischen Sammlungen hat das Rektorat der Akademie der bildenden Künste die zum Gedächtnisse der 225 jährigen Bestandes der Akademie herausgegebene Medaille von Professor Josef Müllner gewidmet.

Die GR. Bretschneider, Emmerling und Genossen wünscht den Abschluss des Wildes in der Lobau und fragt, ob der Bürgermeister sich behufs Lösung dieser Frage mit den kompetenten Stellen ins Einvernehmen setzen und seinen Einfluss aufbieten wollen die Frage im gedeihlichen Sinne zu lösen und ob er, wenn eine günstige Erledigung erfolgt, veranlassen wollen, dass das vorhandene Wild in erster Linie dem nächstgeliegenden Arbeitsbezirk Floridsdorf, sowie auch den anderen Arbeiterbezirken zugewiesen wird.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz:

StR. Knoll berichtet über die Baulinienbestimmung für die Erzherzog Karl Strasse zwischen Magdeburg und Gablauerstrasse im 21. Bezirk.

GR. Melcher wünscht die Einlösung sämtlicher Grundstücke daselbst die für die Strassenerweiterung notwendig sind eventuell im Enteignungswege.

Der Referentenantrag wird genehmigt. Die Stadträte Braun, Dr. Haas und Tomola berichten über die Bewilligung von Subventionen an verschiedene Vereine und Korporationen.

GR. Herold beantragt auch den Pfadfindern eine Subvention zuzuerkennen.

Der Berichterstatter StR. Tomola erklärt, dass in den vorliegenden Akten ein Gesuch der Pfadfinder nicht vorhanden sei, entweder habe diese Vereinigung nicht angesucht oder der Akt werde separat behandelt. Er stehe den Bestrebungen der Pfadfinder wohlwollend gegenüber.

Sämtliche Subventionsanträge werden unverändert genehmigt.

Nach einem Berichte des GR. Wessely wird die unentgeltliche Ueberlassung von Koks an verschiedene Vereine und Körperschaften genehmigt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hält hierauf folgendes Schlusswort:

Wenn nicht eine besondere Notwendigkeit eintritt, gedenke ich dem Gemeinderate in diesem Monate nicht mehr einzuberufen und werden wir uns daher erst zu Beginn des nächsten Jahres wieder versammeln. Am Ende eines Kriegsjahres richte ich meinen Blick zunächst in tiefer Dankbarkeit zu unseren Brüdern und Söhnen, die unter den Waffen stehen und deren Tapferkeit die heimatliche Scholle mit Heldenmut verteidigt hat. Wir danken ihnen aus ganzem Herzen und geben unserer festen Zuversicht Ausdruck, dass wir sie nun bald im Frieden wiedersehen dürfen. Diese Hoffnung stärkt auch unsere Mitbürger in der Heimat im Kampfe um das tägliche Leben. Unsere Bevölkerung hat in diesem Jahre wieder Wunder vollbracht an hingebungsvollem Opfermut und hat alle die seelischen und körperlichen Leiden, die die lange Kriegszeit mit sich bringt, geduldig ertragen. Wir können nichts sehnlicher herbeiwünschen, als dass der Friede wiederkehrt und mit ihm dieser unselige Zustand, der der Widerstandskraft der Bevölkerung die härteste Probe auferlegt, beseitigt wird. Mit diesem Wunsche verbinde ich den innigsten Dank an unsere Mitbürger für ihr Ausharren und hoffe zu Gott, dass uns im kommenden Jahre die Morgenröte einer besseren Zeit beschieden sein wird. (Lebhafte Heil- und Bravorufe).

Es ist mir aber auch eine Herzenspflicht meinen Mitarbeitern im Gemeinderate und im Stadtrate in diesem Augenblicke für ihre unentwegte Mühewaltung und den Opfersinn mit welchem sie ihre Pflichten gegenüber der Bevölkerung erfüllt haben, meinen herzlichsten Dank zu sagen. In gleicher Weise danke ich der städtischen Beamtenschaft (lebhaftes Bravorufe) für ihre unter den schwierigsten Verhältnissen bewährte Pflichttreue im vergangenen Jahre. Möge der Allmächtige unsere geliebte Vaterstadt und alle Arbeit, die zu ihrem Nutz und Frommen unternommen wird, auch im neuen Jahre unter seinem Schutz nehmen. (Lebhafter Beifall).

GR. von Steiner: Ich glaube, im Sinne Aller zu sprechen, wenn ich namens des Gemeinderates seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister für seine unermüdliche Tätigkeit unseren Dank sage und den Wunsch ausspreche, Gott der Herr gebe ihm die Kraft, die Geschicke der Stadt Wien auch im künftigen Jahre bis zu einem siegreichen Ende zu führen. (Lebhafter Beifall).

Bürgermeister Dr. Weiskirchner schliesst sodann mit Dankesworten an den Gemeinderat von Steiner die Sitzung.

403
420

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow.
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 20. Dezember 1917. Nr 403.

Die Konferenz der Wiener Gemeindeverwaltung und der Abgeordneten.

Heute vormittags 10 Uhr sollte im Parlamente und zwar im Saale 21 eine neuerliche Konferenz der Wiener Abgeordneten und der Vertreter des Wiener Gemeinderates zur Besprechung der Approvisionierungsverhältnisse insbesondere im Hinblick auf das Verkehrswesen stattfinden. Anwesend waren die Abgeordneten Dr. Adler, Dr. von Bechle, David, Kommerzialrat Denk, Friedmann, Ganser, Dr. Freiherr von Hock, Dr. Heilinger, Kuhn, Kuranda, Dr. Neumann, Reifmüller, Seitz, Sever, Winter und Zenker, seitens der Gemeindevertretung Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die StRe. von Steiner und Dr. Hein als Obmänner der betreffenden Gemeinderatsparteien. Um 10 Uhr erschien der Ministerpräsident Dr. von Seidler in Begleitung des Eisenbahnministers Freiherr von Banhans und eröffnete den anwesenden Vertretern, dass die k. u. k. Zentral-Transportleitung, welche er über das in der letzten Sitzung gestellte Begehren zur heutigen Besprechung eingeladen habe, die Teilnahme abgelehnt habe, weil sie den Vertreter der Stadt Wien nicht verantwortlich sei. Nach dem Ministerpräsidenten ergriff der Bürgermeister Dr. Weiskirchner das Wort und führte aus, dass bei der letzten Besprechung der Eisenbahnminister ausdrücklich auf die Teilung der Kompetenzen zwischen Eisenbahnministerium und k. u. k. Zentraltransportleitung hingewiesen habe, dass in der letzten einen vollen Tag dauernden Besprechung sich gezeigt habe, dass die Mängel der Approvisionierung Wiens vorwiegend in der mangelhaften Organisation des Verkehrswesens liegen und dass die Versammlung daher einmütig zur Anschauung gekommen sei, die Transportleitung zur Besprechung einzuladen, damit deren Vertreter die Beschwerden hören, sie prüfen und abstellen können. Bei der ablehnenden Haltung dieser dem k. u. k. Kriegsministerium unterstehenden militärischen Behörde sei es ganz zwecklos, heute in eine meritorische Debatte einzugehen; er protestiere gegen dieses Verhalten der k. u. k. Transportleitung, beantrage Schluss der Sitzung und behalte sich vor, die entsprechenden Konsequenzen aus dieser ablehnenden Haltung in der Delegation zu ziehen. Die Abgeordneten Zenker, Friedmann, Ganser und Seitz schlossen sich den Ausführungen des Bürgermeisters an und Abgeordneter Seitz beantragte folgende Resolution:

Die am 20. Dezember 1917 unter dem Vorsitz des Bürgermeisters der Stadt Wien abgehaltene Konferenz von Vertretern der Parteien des Wiener Gemeinderates und von Reichratsabgeordneten Wiens aller Parteien stellt fest, dass die Mängel der Approvisionierung Wiens vorwiegend durch die Fehler der k. u. k. Transportleitung verschuldet sind. Die Vertreter der Gemeinde Wien und die Wiener Reichratsabgeordneten haben sich daher bemüht, in einer zwanglosen Besprechung mit Vertretern der k. u. k. Transportleitung ihre Beschwerden vorzubringen. Die Transportleitung hat dieses berechnete Begehren abgelehnt. Die versammelten Vertreter erheben gegen dieses Vorgehen Protest und machen die k. u. k. Zentraltransportleitung auf die schwere Verantwortung aufmerksam, die sie durch dieses Verhalten auf sich geladen hat. Sie bitten die Vertreter Niederösterreichs in der Delegation, das brüske Vorgehen der Transportleitung an zuständiger Stelle zu rügen.

Abgeordneter Kurandaweist insbesondere darauf hin, dass die

ablehnende Haltung der Zentral Transportleitung auch nicht aus staatsrechtlichen Gründen rechtfertigt werden könne und richtete an den Ministerpräsidenten die Anfrage, ob alles vorgekehrt sei, damit, sobald die Verhältnisse es gestatten, aus Russland Nahrungsmittel und Bedarfsstoffe nach Oesterreich gebracht werden können.

Der Ministerpräsident erwiderte, das österreichischerseits die entsprechenden Vorkehrungen getroffen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte sodann dem Ministerpräsidenten und dem Eisenbahnminister für den Vorsitz und die Teilnahme an der Besprechung, worauf beide Minister den Beratungssaal verliessen.

Die Wiener Vertreter nahmen unter dem Vorsitz des Bürgermeisters die weitere Beratung wieder auf und beschlossen einmütig, die von Abgeordneten Seitz beantragte Resolution.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte allen Teilnehmern an der Besprechung für die Unterstützung, die sie der Wiener Stadtverwaltung in dieser schweren Zeit angedeihen lassen und bat sie, auch weiterhin im Einvernehmen mit der Wiener Gemeindeverwaltung zu Nutz und Frommen unserer schwer bedrückten Bevölkerung mitzuarbeiten.

Der Gasspartag. Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über den Effekt des gestern stattgehabten Gasspartages. Er könne nur konstatieren, dass das Strassenbild im ganzen unverändert war und dass infolge der klaren Witterung auch die Geschäftsbetriebe nicht wesentlich behindert wurden. Die früher angeführten Ziffern über die Zahl der betroffenen gewerblichen Betriebe war weit übertrieben, tatsächlich wurden von dem Verbote nur 20.000 Geschäftsleute betroffen. Erspart wurde im Gaswerke durch das Verbot 110.000 Cubikmeter Gas, allerdings eine kleinere Ziffer als die welche vermutete wurde, aber immerhin ein so nennenswertes Ersparnis, dass in absehbarer Zeit weitere Massregeln voraussichtlich vermieden werden können.

Aus der vertraulichen Sitzung. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung dem Vorsteher der Genossenschaft der Juweliere, Gold- und Silberschmiede Handelskammerrat Ludwig Blach anlässlich der Feier seines 80. Geburtstages und dem Bezirksschulinspektor kaiserl. Rat Albert Kundi das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen verliehen. Dem ehemaligen Bezirksschulinspektor kaiserl. Rat Karl Winkler, dem Bezirksschulinspektor Schulrat Moriz Habernal und dem Kanzleivorstand der Kommunal-Sparkasse im Bezirke Döbling Josef Oberzeller wurde die grosse goldene Salvator-Medaille, den Armenräten Leopold Schanz und Georg Stahl (Hietzing), Johann Dominik, Franz Kloucek, Florian Stadler und Friedrich Wolkenhauer (Fünfhaus), der Waisenrätin des 13. Bezirkes Josefine Bayer, dem Obmann - Stellvertreter des Ortschaftsrates Brigittenau Waisenrat Gottfried Hartung und der Volksschullehrerin i. P. Viktorine de la Comte die goldene Salvator-Medaille verliehen.

Neue Kriegsküche. Heute vormittags wurde die 53. Kriegsküche im 1. Bezirk Giselastrasse 11 in Anwesenheit der Erzherzogin Isabella in feierlicher Weise eröffnet.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.

Wien, Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Freitag, 21. Dezember 1917. N^o 404.

Zum fünfzigsten Gedenktag der Dezember - Verfassung. Der Verband der bürgerlich - freiheitlichen Gemeinderäte hielt gestern eine Sitzung ab, in welcher der Obmann StR. Dr. Hein darauf hinwies, dass der 21. Dezember 1917 der fünfzigste Gedenktag der Dezember - Verfassung sei. Die Staatsgrundgesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, über die richterliche Gewalt und über die Regierung - und Vollzugsgewalt waren unter den damals gegebenen Verhältnissen ein gewaltiger Schritt nach vorwärts und bilden ein Ruhmesblatt des liberalen Bürgerministeriums, welches diese Gesetze unter schwierigen Umständen zustande brachte. Allerdings stellten sich manche dieser Bestimmungen, insbesondere der Artikel 3 des Allgemeinen Staatsgrundgesetzes, nach welchem die öffentlichen Aemter für alle Staatsbürger gleich zugänglich sein sollen, nur als eine trügerische Verheissung dar, auf welche keine Erfüllung gefolgt ist. Das freiheitliche Bürgertum, welches vor 50 Jahren das grosse Werk der Staatsgrundgesetze zustande gebracht hat, hat die Verpflichtung, nach einem halben Jahrhundert auf die endliche Durchführung der Staatsgrundgesetze in Staat, Land und Gemeinde zu dringen. Die noch bestehenden Beschränkungen der Presse des Vereins - und Versammlungsrechtes müssen beseitigt und gestützt auf die im Weltkriege gemachten Erfahrungen alle Standesvorrechte und Standesurteile mit Entschiedenheit bekämpft und das gesammte Staatsleben mit demokratischem Geiste erfüllt werden.

Verkauf von polnischen Gänsen. Morgen Samstag werden polnische Gänse zum Preise von K 10.20 an folgenden Stellen verkauft: Pessl, 1. Hoher Markt; Leiss, 1. Singerstrasse 26; Filiph, 2. Markt im Werd; Bubitsch, 2. Markt Volkertplatz; Dechant, Zöchmeister, 3. Grossmarkthalle; Eigner, Rechberger und Brunner, 4. Naschmarkt; Walla, 4. Weyringergasse Simatovitsch 5. Schönbrunnerstrasse 29; Schweifer und Holub, 6. Markt Damböckgasse; Mesgolitsch und Hannecker, 7. Markt Burggasse; Wlassaty, 8. Markt Stadiongasse; Mrskorsch und Pangler, 9. Markt Nussdorferstrasse; Farkas, 9. Markt Müllergasse; Vallentin, Kampf und Czerman, 10. Markt Eugenplatz; Gugitscher und Gay, 11. Markt Enckplatz; Nowak, 12. Hetzendorferstrasse 22; Greil, 12. Markt in Meidläg; Damborsky, 13. Zehentnergasse; Fritz, 14. Markt Brauhirschengasse; Gass, 14. Meisselstrasse 3; Stritzl, 15. Markt Reithoferplatz; Moser, Rubitsch, Weikovitsch und Reithofer, 16. Markt Brunnengasse; Barilitsch, 16. Joh. Nep. Bergerplatz; Frotzler, 17. Bergsteiggasse 12; Gludovatz, 17. Bornerplatz; Schmalzbauer, 18. Gentzgasse 33; Adametz, 18. Markt Kutschkergasse; Kammer, 20. Klosterneuburgergasse 144; Schmidt, 20. Markt Hannoverplatz; Grimm und Filipitsch, 21. Markt am Spitz.

Kaffeeabgabe. Mit der Abgabe von Kriegskaffee auf Grund des amtlichen Einkaufscheines für die in den Kundenlisten eingetragenen Haushalte wird morgen (Samstag) nach Massgabe der bisher erfolgten Belieferung begonnen werden. Der bezügliche Abschnitt lautet für die Monate Dezember 1917 und Jänner 1918 und betrifft die für beide Monate zu-erkannte Menge (für jede Person $\frac{1}{4}$ kg).

Abgabe konservierter Eier. Bei der Abgabe der konservierten Eier ist vom amtlichen Einkaufscheine in der Woche vom 23. bis 29. ds.M. der Abschnitt 6, in der Woche vom 29. ds. bis 5. Jänner 1918 der Abschnitt 16 abzutrennen.

Butterabgabe. Mit Rücksicht auf die Feiertage wird in der Woche vom 24. bis 30. ds.M. der Butterverkauf ausnahmsweise auch am Montag bis 6 Uhr abends stattfinden. - Die Höchstpreise für ausländische Butter wurden auf 2.15 für 12 dkg ausgeschnittene und auf 2.18 für 12 dkg paketierte Butter herabgesetzt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung den bisherigen Vizedirektor Georg Groh zum städtischen Hauptkassendirektor ernannt. Er hat sich als Vizedirektor und besonders im letzten Jahre während der Erkrankung des verstorbenen Direktors Scherer bestens bewährt und ist ein genauer Kenner aller Geschäftszweige des Kassendienstes. Die Ernennung Groh's der infolge seines liebeswürdigen Entgegenkommens gegenüber jedermann sich allgemeiner Beliebtheit erfreut, wird überall sympathisch begrüsst werden. - Der Stadtrat hat ferner ernannt: Im Steueramt Franz Uwina, Friedrich Faulkal, und Adolf Haustein zu Adjunkten; Emil Bauer zum Offiziel; ferner Alois Lutz zum Bauaufsichtsoberrevidenten.

Dank des Bürgermeisters an die Frauen Wiens. Aus Anlass der Weihnachtsbeteiligung aus der Gindreau'schen Kinderstiftung, welche bekanntlich von einem Damenkomitee unter Vorsitz der Frau Bürgermeister Berta Weiskirchner vorgenommen wird, hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner an die Versammelten eine kleine Ansprache in welcher er unter anderem sagte: Ich kann die heutige Gelgenheit wo ich edle hilfsbereite Damen vor mir sehe, nicht vorüber gehen lassen, ohne meinen Blick auf ganz Wien zu lenken und da erlaube ich mir, von dieser Stelle aus, eall den Frauen, welche nunmehr schon durch 4 Jahre in der Kriegsfürsorge tätig sind meinen besten Dank und meine Vollste Anerkennung auszusprechen. Ich bin mir wohl bewusst, welche Mühen und Sorgen es bedeutet, Kriegsjahr für Kriegsjahr in der Frauenhilfsaktion in den Näh und Strickstuben in der öffentlichen Ausspeisung und im Erhebungsdienste unermüdlich tätig zu sein. Es hat sich auch da wieder gezeigt, dass die Wiener Frauen das Herz am rechten Fleck haben, so dass unsere Aktion vorbildlich und mustergiltig genannt werden kann. Ich spreche nur die Hoffnung aus, dass die Frauen, noch bis zum baldigen siegreichen und glücklichen Ende ansharrend, dieses edle Werk zu Ende führen und wir mit Stolz sagen können, nicht nur unsere Söhne und Brüder draussen im Felde, sondern auch unsere Frauen im Hinterlande haben Kriegsdienste geleistet, um all das Elend, Leid und Entbehrungen die dieser unselige Krieg im Gefolge hatte, überdauern zu helfen. - Es folgte nunmehr die Verteilung der Weihnachtsgaben, welche von dem Damenkomitee Frau Berta Weiskirchner, Frau Leopoldine Hierhammer, Frau Wilma Hoss, Frau Maria Nüchtern, Frau Helene Dont und Frau Auguste vorgenommen wurde.

405
925

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michien.
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Samstag, 22. Dezember 1917. Nr. 405.

Aufnahme der Vorräte an Obstmost und Obstmostessig. Der Statthalter hat eine Aufnahme der gesamten am 20. Dezember 1917 vorhandenen Vorräte an Obstmost und Obstmostessig bei Erzeugern dieser Bedarfsgegenstände, Händlern und Gastwirten angeordnet. Anzugeben sind die gesamten Vorräte ohne jeden Abzug und zwar auch die aus früheren Produktionsperioden stammenden Mengen. Ein Abzug für den Eigenbedarf darf nicht gemacht werden. Auf Grund dieses Auftrages wird angeordnet, dass jeder der im Vorstehenden angeführten Personen und Unternehmer zwischen dem 27. ds. M. und dem 4. Jänner seine gesamten Vorräte an Obstmost (und zwar Apfelmost und Birnen und Mischlingsmost getrennt) und Obstmostessig nach dem Stichtage vom 20. ds. M. in Hektolitern beim magistratischen Bezirksamte seines Wohnsitzes einzubekennen und die sonst noch von ihm verlangten Daten, insbesondere hinsichtlich der Anzahl der über 14 Jahre alten Haushaltsangehörigen anzugeben hat. Wer die von ihm geforderten Angaben nicht innerhalb der gesetzten Frist liefert, die an ihn gerichteten Fragen zu beantworten sich weigert oder unrichtig beantwortet, wird von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu 3 Monaten bestraft, sofern die Handlung nicht einer strengeren Bestrafung unterliegt.

Offenhaltung der Reichsratswählerlisten. Die den allgemeinen Wahlen der Reichsratsabgeordneten bzw. den Ergänzungswahlengrunde gelegenen und seitdem in Evidenz gehaltenen Wählerlisten werden vom 24. bis einschliesslich 31. ds. M. täglich während der gewöhnlichen Amtsstunden d. h. an Sonn- und Feiertage und am 24. ds. M. von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und an den übrigen Tagen von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags, und zwar die Listen sämtlicher 33 Wiener Wahlbezirke im Zentral- Wahl- und Steuerkataster 1. Neues Rathaus, 8. Stiege, Hochparterre zu jedermanns Einsicht offen gehalten.

Städtische Bäder. Die städtischen Bäder sind Montag, 24. ds. M. von 9 Uhr früh bis 12 Uhr mittags und von 2 bis 7 Uhr nachmittags und Dienstag, 25. ds. M. von 8 Uhr früh bis 12 Uhr mittags geöffnet. Mittwoch, 26. ds. M. bleiben sämtliche städtische Bäder geschlossen.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1½ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der üblichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes M der Kartoffelkarte. Am Dienstag, 25. ds. (Christtag) findet keine Kartoffelabgabe statt. Diejenigen Parteien, deren Bezugstag auf Dienstag fällt, können die Kartoffeln entweder Montag (heiliger Abend) oder Mittwoch (Stefanitag) vormittags bei ihren Abgabestellen beziehen.

Weihnachtsfeier im Kindergarten. Seit dem dreiundvierzigjährigen Bestande des Josefstädter Kindergartens wird zur Freude der Zöglinge alljährlich eine Weihnachtsfeier abgehalten. In diesem Jahre glich sie infolge der schweren Kriegszeit einem bescheidenen Familienfeste. Die Zöglinge fanden sich mit ihren Angehörigen Samstag den 22. ds. M.

im Kindergarten ein, wo sie unter der Führung ihrer „Tanten“ Ida Kalcsik und Rosa Zawrzal angesichts des Christbaumes und der Weihnachtsgaben Gedichte und Lieder vortrugen. Nach den Ansprachen des Konviktsrektors P. Theodor Till und des pädagogischen Leiters Josef Kugler wurden niedliche Gebrauchsgegenstände als Erinnerungszeichen sowie die von den Zöglingen hergestellten Arbeiten verteilt. Den Schluss bildete ein dreimaliges Hoch auf Seine Majestät Kaiser Karl I. und der Vortrag der Volkshymne.

Das Einrücken der befristet Enthobenen. In Verfolgung einer in der letzten Gemeinderatssitzung vom Hr. Dr. Hein gestellten Interpellation wegen Erteilung einer Ermächtigung an den Magistrat Abwartebewilligungen für jene Enthobenen, welche am 31. Dezember einrücken müssten, auszustellen, wurde vom Magistrat an das Landesverteidigungsministerium ein neuerliches telegraphisches Ersuchen um Weisung gerichtet. Bis zur Stunde ist aber eine Erledigung noch nicht eingelangt, so dass die Ungewissheit für die Betroffenen fort dauert.

Meldung der Militärtaxpflichtigen. Alle in Wien wohnhaften Militärtaxpflichtigen haben sich im Monate Jänner k. J. an Wochentagen in der Zeit von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags bei dem magistratischen Bezirksamte (Konskriptionsamts - Abteilung) ihres Wohnortes zu melden und zwar der Geburtsjahrgang 1883 am 2. oder 3. Jänner, 1884 am 4. oder 5., 1885 am 7. oder 8., 1886 am 9. oder 10., 1887 am 11. oder 12., 1888 am 14. oder 15., 1889 am 16. oder 17., 1890 am 18. oder 19., 1891 am 21., 22., 23., 1892 am 24., 25., 26., 1893 am 28., 29., 30. oder 31. Jänner. Die Meldung kann entweder schriftlich oder mündlich geschehen; zur mündlichen Meldung ist der letzte Militärtax- und Einkommensteuer- Zahlungsauftrag oder ein Heimatsdokument mitzubringen. Schriftliche Meldungen sind auf Meldeformularen zu erfolgen, welche bei den Meldestellen erhältlich sind.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche am Donnerstag 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen.

Die Gemüse - Grossmärkte. Am 24. und 27. ds. M. findet auf den Gemüse-Sammelplätzen im 11. Dopplergasse, 11. Münnichplatz, 12. Hatzendorferstrasse, 19. Lichtenwerderplatz und 21. Kagran, St. Wendlplatz kein Verkehr statt.

406
426
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mitzew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Montag, 24. Dezember 1917. Nr. 406.

Platzumbenennung. Nach einem Antrage des StR. voh Steiner wurde der im 19. Bezirk gelegene Hohenwartplatz behufs Vermeidung von Verwechslungen mit der im selben Bezirk gelegenen „Hohen Warte“ nach der vorbeiführenden Ettinghausengasse in „Ettinghausenplatz“ umbenannt.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. Braun wurde der Entwurf für die Neupflasterung der Haidestrasse von der 1. Haidequerstrasse bis zum Ende der Automörsergarage im 11. Bezirk mit dem kostenerfordernisse von rund 62.000 Kronen genehmigt und der hiervon auf die Gemeinde Wien entfallende Betrag von 30.000 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Schneider wurde der Ankauf einer Steindruck - Schnell - Presse für die Steindruckerei der städtischen Gaswerke mit dem Kostenbetrag von 12.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wurde dem österreichischen Touristenklub der Pachtschilling für das Weichtalgasthaus für die Zeit vom 1. Mai 1917 bis 30. April 1918 von 3000 Kronen auf 600 Kronen herabgesetzt. - Nach einem Antrage des StR. Schneider wurde das Erfordernis für die Erneuerung der einstweiligen Dachjappeneindeckung des neuen Amtshauses 1. Bezirk Felderstrasse mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 7000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schneider wird der Antrag der Bezirksvertretung Mariahilf auf Wiedererrichtung der Haltestelle Stumpergasse in der Mariahilferstrasse genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schneider wurde die Errichtung eines Kühlraumes für die Verpflegestelle der Direktion der städtischen Strassenbahnen, der den Ankauf und die Verteilung der Lebensmittel an 23 Verkaufsstellen besorgt mit den Kosten von 35.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wurde die Anschaffung von Autoöl und Fett für die Kraftwagen der Sanitätsstationen und für die Lastkraftwagen des Bezirkswirtschaftsamtes (Stelle 6) mit dem Kostenerfordernisse von 7700 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Hötzel wurde die Errichtung eines Riegelwandbaues zur Unterbringung einer Oelkammer und eines Arbeiter - Wachsraumes im städtischen Fuhrwerkshofe 16. Bezirk Arnethgasse 26 mit dem Kostenbetrage von 6500 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wurde die Erwerbung der im Grundbuche Landstrasse unter E.Z. 263 inne liegenden Bauarea und 2151 Garten im Ausmass von 1920 m² um den Pauschalbetrag von 66.000 Kronen genehmigt. - Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Dr. Haas die Abteilung der Liegenschaft E.Z. 900 nächst der Landstrasse - Hauptstrasse Rochusgasse auf 3 Baustellen genehmigt.

Briefe von Saar. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schwer beschlossen, 107 Briefe Ferdinand von Saar's für die städtischen Sammlungen zu erwerben.

Eine Weinspende der Gemeinde Wien. Wie alljährlich wurden auch heuer den Insassen des Hauses der Barmherzigkeit in Währung 200 Flaschen Wein zum Weihnachtsfeste gespendet.

Gemüsekrossmärkte. Am 31. ds. M. findet auf den Gemüsesammelplätzen im 11. Döppelergasse, 11. Mühlbachplatz, 12. Hetzendorferstrasse, 19. Lichtenwerderplatz und 21. Kagran, St. Wendlplatz kein Verkauf statt. Am 27. Dezember wurden die Märkte abgefallen.

Vom Fischmärkte. Der Zentralfischmarkt hat für die heurigen Weihnachten bis zum Berichte vom 22. ds. M. eine Zufuhr von 93.200 kg Karpfen, das wäre gegenüber dem Vorjahre um zirka 33.000 kg weniger. Die Ware ist bis jetzt vorwiegend mittelgross. Der Rückgang in der Zufuhr liegt zum Teile in Transportschwierigkeiten, aber auch zum Teile in seiner minderen Ergiebigkeit der Ausfischung. Seefische brachte nur die Deutsche Dampfschiffahrts - Gesellschaft „Nordsee“ zu Markte und zwar 45.100 kg, also wohl um 27.600 kg mehr als im Vorjahre, aber doch um 189.300 kg weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 1915; dieser Ausfall ist in erster Linie auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen. Die Nachfrage nach Karpfen ist ausserordentlich lebhaft und konnte bis jetzt glatt befriedigt werden. Es notierten im Kleinhandels: Tote ungarische Hechte zu K 7,20 bis K 9,80, hiesige lebende Karpfen K 7,30, ungarische K 9,60, Schill K 16 bis 20, Schleie K 6,50, Kabeljau K 6,40, Schellfisch K 3,-, Scholle (Flunder) K 3, Seezunge (Sol) K 21, rumänische Donaufische K 6 je per kg.

Reisabgabe in der Weihnachtswoche. Vom Armeeoberkommando wurden der Gemeinde Wien einige Waggons Reis aus der italienischen Beute zur Verfügung gestellt. Den Intentionen der Kaiserin Zita gemäss wird die Abgabe des Reises als Fürsorgeaktion für die in erster Linie einer Aufbesserung der Kost bedürftigen Kinder und Mütter durchgeführt. Bezugsberechtigt sind schwangere und stillende Frauen und Kinder bis zu 6 Jahren. An die Frauen wird $\frac{1}{2}$ kg Reis, an die Kinder $\frac{1}{8}$ kg Reis pro Kopf abgegeben. Die Abgabe erfolgt am Donnerstag und Freitag in dieser Woche. Das Verzeichnis der Reisabgabestellen ist in jedem Bezirke auf der Amtstafel des magistratischen Bezirksamtes ersichtlich. Beim Bezuge des Reises ist von den schwangeren und stillenden Frauen für sich die Nahrungsmittelzubussenkarte, für die Kinder die graue bzw. braune Milchkarte vorzuweisen. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass der Reis nicht nur an die bei städtischen Abgabestellen rayonierten Personen, sondern auch an alle anderen Bezugsberechtigten, mögen sie bei welchem Konsumverein oder welcher Konsumentenorganisation immer eingetrgen sein, abgegeben wird. An alle bezugsberechtigten Personen, welche im Besitze von grünen amtlichen Einkaufsscheinen sind, wird der Reis unentgeltlich verabfolgt. Alle übrigen Bezugsberechtigten haben bei der Abgabe als Mindestbetrag eine Kreuz zu Gunsten der Kriegsfürsorge zu erlegen. Die Uebernahme der bei den Abgabestellen für diesen Zweck erlegten Beträge wird durch die von der Zentralstelle der Kriegsfürsorge bestimmten Frauen des Bezirks-Arbeitskomitees erfolgen.

FRÖHLICHE WEIHNACHTEN!

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

427

20. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 26. Dezember 1917. No. 407

Schneereinigung. In der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember sind die ersten Schneepferdeplüge der städt. Strassenbahnen um 1 Uhr Nachts ausgefahren, um 2 Uhr wurde die Ausfahrt der motorischen Schneepflüge angeordnet. Morgens konnte der Betrieb auf allen Linien anstandslos aufgenommen werden.

Am 25. Mittags fuhren die Salzwagen aus, um die Rillen rein zu halten. Auch im Stadtbauamte sind alle Vorkehrungen getroffen, um bei zunehmenden Schneefall sofort mit der Arbeit einzusetzen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 27. Dezember 1917. No. 408.

Der Schneefall. In der heutigen Stadtratsitzung legte Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgenden Bericht der städtischen Strassenbahnen über den Schneefall vor: Gestern nach 8 Uhr abends hat es leicht zu schneien begonnen. Wegen des herrschenden Sturmes ist bereits um 9 Uhr 10 die Ausfahrt der Salzwagen und der motorischen und der Pferde - Schneepflüge angeordnet worden. Die letzten Pferdepflüge sind um 1 Uhr nachts ausgefahren. Sämtliche Schneereinigungsmittel sind ununterbrochen in Verwendung. Im gestrigen Verkehr sind besondere Störungen durch den Schneefall nicht vorgekommen. Nur auf einzelnen Linien haben die letzten Züge Verspätungen bis zu einer halben Stunde erlitten. Für den heutigen Verkehr mussten insofern Reduzierungen vorgesehen werden, als statt der fahrplanmässigen Dreiwagenzüge mit Ausnahme der ersten fünf Touren, die von Triebwagen geleistet wurden, Zweiwagenzüge und statt der Zweiwagenzüge einfache Triebwagen in Verkehr gesetzt wurden. Das durch diese Massnahme erübrigte Personal wird zur Doppelbesetzung der Wagen und zum Reinigen der Gleisverstöße in den Bahnhöfen verwendet. Durch diese Massnahmen ist es möglich geworden, den Frühauslauf im elektrischen Betrieb mit geringfügigen Verspätungen durchzuführen. Von der Linie 167 nach Rothneusiedl und südlichen Dampfstrassenbahn sind Schneehöhen bis zu 2 Metern gemeldet worden die noch nicht beseitigt werden konnten. Bereits gestern abends sind die Verhandlungen mit der Militär - Behörde wegen der Beistellung von Mannschaften eingeleitet worden. Dem ist es zu verdanken, dass uns schon ab 5 Uhr früh Militärmannschaften zur Verfügung gestanden sind. Bisher sind uns 2345 Mann zugesagt. Ueber die Zahl der aufgenommenen Zivilarbeiter können nur schätzungsweise Angaben gemacht werden. Jetzt um 5 Uhr früh dürften etwa 2000 Personen an der Arbeit sein.

Bis 11 Uhr vormittags waren bereits 6000 Mann darunter 3000 Militärpersonen bei der Schneesäuberung für die städtischen Strassenbahnen tätig. Ebenso hat das Büro des Baurates Ruiss bereits in aller Früh eingesetzt und alle Schneepflüge ca. 150 an der Zahl vierspännig auf die Strecke entsandt. Die Militärbeistellung war anfänglich schwach nur 100 Mann, im Laufe des Vormittags wurde aber weitere Mannschaft in den Dienst gestellt. Bis nachmittags wird auf der Strassenbahn ein vollständig normaler Betrieb funktionieren und ist mit Zuversicht zu gewärtigen dass auch die Säuberungsarbeiten so weit es eben möglich ist zur Aufrechthaltung des notwendigen Verkehrs beendet sein werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michow.
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 27. Dezember 1917. Nr. 409.

Abgabe von Lebensmitteln aus den Vorräten der Gemeinde Wien. Zur Jahreswende werden über Verfügung des Bürgermeisters aus den Vorräten der Gemeinde Wien neuerlich grössere Mengen von Schweinefleisch, Selchfleisch und Speck in der Grossmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, zum Verkaufe gelangen, u. zw. Samstag, 29. und Montag 31. ds. M. Verkauf von je 15.000 kg gesalzenem, dänischen Schweinefleisch in Paketen von höchstens 1 kg zum Preise von 13 Kronen. Samstag, 29. und Montag 31. ds. M. je 10.000 kg kroatisches Selchfleisch in Paketen von höchstens 2 kg zum Preise von 9 Kronen. Weiters je 3000 kg ungarischen Salzspeck gegen Vorweisung des weissen amtlichen Einkaufscheines, Abtrennung des an der oberen linken Ecke befindlichen Abschnittes „a“ und Einziehung der erforderlichen gültigen Fettkartenabschnitte, am Freitag 28. ds. M. für Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben A - H, Samstag, 29. I - Q, Montag 31. R - Z. Auf jeden weissen amtlichen Einkaufschein werden soviel mal je 60 Gramm Speck abgegeben, als bezugsberechtigte Personen auf dem Einkaufschein ausgewiesen sind. Der Preis wird mit 58 Hellern für 60 Gramm festgesetzt. Haushaltungen mit blauen, grünem und braunem amtlichen Einkaufscheine sind von diesem Fettbezug ausgeschlossen, da diese Haushaltungen im Rahmen der Aktion für Mindestbemittelte mit Fett regelmässig versorgt werden.

Wiener Die Donau als Vorflut der Entwässerungsanlage. Der Oberbaurat im Stadtbauamt, Herr Wilhelm Voit, hielt kürzlich im Ingenieur- und Architektenverein, einen Vortrag über „Die Donau als Vorflut der Wiener Entwässerungsanlagen“. Der hervorragende Fachmann erörterte einleitend die Wiener Kanalisierungsanlagen, deren günstigen Einfluss auf die Gesundheitsverhältnisse Wiens. Er schilderte dann die Vorflutverhältnisse, die sich dank der grossen Wassermengen und der bedeutenden selbstreinigenden Kraft des Donaustromes, im Vergleiche zu anderen Grosstädten Europas, so vorteilhaft gestaltet haben, dass die Abwässer Wiens ohne weitere Klärung oder Reinigung in den Vorflüter eingeleitet werden können. Der Umstand, dass einzelne Gebietsteile Wiens so namentlich der 21. Bezirk, unter dem Hochwasserspiegel des Donaustromes liegen, erfordert die Anlage von Abwasserhebwerken, die im wesentlichen aus Pumpenanlagen bestehen, die in Betrieb gesetzt werden, sobald der Wasserspiegel im Strom über 1.70 m bis 2 m über das örtliche Nullwasser steigt und die die Kanalwässer, während der Dauer der Hochwasserstände, aus dem betreffenden Sammelkanal über den Hochwasserschutzdamm fördern. Oberbaurat Voit macht Vorschläge, die auf ein Herabdrücken des Hochwasserspiegels im Donaukanal hinzielen und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es den berufenen Faktoren gelingen wird, die Lösung der schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe des Hochwasserschutzes und der Ausgestaltung der Schiffsanlagen in Wien in einer den Bedürfnissen der künftigen Entwicklung unserer Vaterstadt nach jeder Richtung Rechnung tragenden Weise herbeizuführen.

Auflassung der Transportscheinstelle. Anlässlich der Auflassung der Transportscheinstelle der Magistratsabteilung 9 für den Fettbezug nach

Ungarn hat der Stadtrat über Antrag des VB. Hoss dem Leiter dieser Stelle Obertierarzt Schneck den Dank und die Anerkennung für sein erspriessliches Wirken in dieser Stelle ausgesprochen.

Augartenbrücke. Nach einem Berichte des StR. Schneider wurde beschlossen auf den Rampen der Augartenbrücke eine Aenderung der Gleisanlagen der Strassenbahnen vorzunehmen, so dass die Brückenpfeiler nunmehr ungefähr 2 m von der Gleismitte entfernt sein werden.

VB. Rain - Ehrenmitglied der Bürgervereinigung. In Ausführung eines Beschlusses des Hauptausschusses der Wiener Bürgervereinigung erschienen dieser Tage Präsident StR. Bruneis mit GR. Kaiserl. Rat Buschauer und Fichler bei VB. Rain, um ihm ein künstlerisch ausgestattetes Diplom als Ehrenmitglied der Wiener Bürgervereinigung zu überreichen.

Preisbestimmung für ungarische Fettgänse. Vom k. k. Amte für Volksernährung wurde den Geflügelhändlern gestattet, in Ungarn Fettgänse einzukaufen. Der Höchstpreis für derartige Fettgänse für Wiederverkäufer wurde mit K 21.50 und der Abgabepreis für Detailhändler mit höchstens K 23.50 per kg bestimmt.

Neujahrswünsche im Stadtrat. Die heutige Stadtratsitzung wurde vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit herzlichen Neujahrswünschen an die Stadtväter geschlossen.

NB. Der Rechenschaftsbericht des städtischen Lagerhauses liegt bei.

430

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Freitag, 28. Dezember 1917. Nr. 410.

Der Schneefall. Die städtischen Strassenbahnen haben heute 6 Uhr morgens dem Bürgermeister folgenden Bericht vorgelegt: Gestern abends sind die Salzwagen und die motorischen Pflüge bereits um 7 Uhr 20 zur Ausfahrt bereitgestellt worden, die Pferdepflüge wurden bestellt. Die Ausfahrt der Salzwagen wurde um $\frac{1}{8}$ Uhr, die der motorischen Pflüge um $\frac{3}{4}$ Uhr abends angeordnet. Mit den Pflügen wird ununterbrochen gefahren und bis zur Betriebsaufnahme war die Strecke dreimal gereinigt. Um 1 Uhr nachts waren auch schon alle Pferdepflüge an der Arbeit. Der Abendverkehr war durch den Schneefall nicht gestört; auch die letzten Züge der einzelnen Linien sind nahezu pünktlich in den Bahnhöfen eingetroffen.

Für den Frühauslauf sind dieselben Einschränkungen des Beiwagenverkehrs wie gestern vorgesehen worden. Die Verhältnisse sind heute insofern ungünstiger als gestern, weil der Schnee schwer ist und die Mahden streckenweise schon knapp neben dem Gleis liegen. Es ist deshalb bei weiter anhaltendem Schneefall fraglich, ob der Betrieb in dem bisherigen Umfang aufrecht erhalten werden kann. Im elektrischen Betrieb ist bisher nur der Verkehr nach Rothneusiedl nicht aufgenommen worden. Im Dampfbetrieb ist der Verkehr zwischen Aspern und Gross Enzersdorf eingestellt und die Strecke zwischen Mauer und Ferchtoldsdorf noch nicht frei gemacht.

Mit der Militärbehörde ist schon gestern wegen Beistellung von Mannschaften verhandelt worden, der Direktion der Strassenbahnen wurden für heute früh 3100 Mann zugesagt. Die Aufnahme der Zivilarbeiter hat heute bereits vor 4 Uhr früh begonnen. Bis 6 Uhr dürften sich ungefähr 2000 Mann zur Arbeit gemeldet haben.

Um 11 Uhr vormittags wird aus dem Rathause gemeldet: Der andauernde Schneefall hat die Lage bedeutend verschärft, indem die Schneepflüge trotzdem sie mit 4 Pferden bespannt sind, vielfach nicht mehr durch die Schneedecke durchkönnen und stecken bleiben. Das Stadtbauamt trifft seine Massnahmen in erster Linie da ~~hier~~, dass die Hauptverkehrsstrassen insbesondere gekübert werden. Es wird beabsichtigt, in der heutigen Nacht ab 12 Uhr durch 100 Lowris der Strassenbahn die Schneeabfuhr im grossen Stile insbesondere in den Engpässen zu besorgen. Ferner ist beabsichtigt, eine Verlängerung der Arbeiten durch Einführung von Nachtschichten zu bewerkstelligen, wobei es allerdings noch fraglich ist, ob das nötige Arbeitermaterial für diesen Zweck verschafft werden kann.

Die Marktzufuhren sind ausserordentlich schwach, doch ist es gelungen, die Kartoffelabgabestellen mit Ware zu versorgen. Auch in der Milchzufuhr von auswärts ist derzeit noch keine Stockung eingetreten, die Menge der Bahnmilch beläuft sich jetzt auf 140-000 Liter ~~täglich~~.

Bei den Strassenbahnen waren bis 11 Uhr vormittags 7000 Arbeiter in Verwendung darunter ungefähr 3000, die vom Militär beigelegt waren. Der Bürgermeister hat sich an das Militärkommando gewendet, um noch eine weitere Zahl von Soldaten und Kriegsgefangenen zur Strassensäuberung zu erhalten und hat insbesondere den Antrag gestellt, Soldaten aus den zunächst gelegenen Etappenstationen mit Separatzügen nach Wien zu befördern.

Der Bürgermeister wird sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung wenden, damit insbesondere in den engeren Gassen durch

freiwillige Hilfeleistungen der Schnee aus der Fahrbahn gegen den Rand der Strasse geschafft wird, da sich dormalen schon die Kohlenzufuhr in die peripheren Bezirke sehr schwierig gestaltet und eine grosse Anzahl Kleinkohlenhändler nicht mit den nötigen Vorräten beliebert werden konnte.

Die Strassenbahndirektion stellt neuerlich das Ersuchen an die Bevölkerung, jede unnötige Fahrt in diesen Tagen, insbesondere die Fahrten auf kurzen Strecken zu unterlassen.

431

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michien,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Freitag, 28. Dezember 1917. Nr. 411.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte legte Vorsitzender Oberstadtphysikus Dr. Böhm zunächst den Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monate November vor. Der Krankenzustand ist trotz des Fortschreitens der kalten Jahreszeit nur unwesentlich gestiegen. In die armenärztliche Behandlung sind 9665 Fälle gegen 9415 im Vormonate und 10132 im November des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 2251 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 1494, auf Lungentuberkulose und Scrophulose 722 Fälle. Die Infektionskrankheiten haben insbesondere durch eine stärkere Verbreitung der Varizellen einen höheren Stand als im Vormonat erreicht, trotzdem bei Typhus, Ruhr und zum Teil auch beim Scharlach recht wesentliche Abnahmen zu konstatieren waren. Aus der Zivilbevölkerung liefen 1622 Anzeigen ein, hievon entfielen 589 auf Scharlach, 465 auf Diphtherie, 64 auf Bauchtyphus, 82 auf Ruhr und 400 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 42 Anzeigen erstattet. Die Sterblichkeit ist gegen den Vormonat nur sehr wenig gestiegen, war jedoch viel höher als in den Vorjahren, wobei die Tuberkulose und die Erkrankungen der Kreislauforgane besonders in den höheren Altersstufen die Hauptursache der Steigerung waren. Insgesamt starben 2839 Zivil- und 428 Militärpersonen, zusammen 3267 Personen gegen 3329 im Vormonat und 2661 im November des Vorjahres. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf die Tuberkulose mit 559 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 54 %, das weibliche mit 46 % beteiligt. Im Berichtsmonate wurden 40 gerichtliche und 126 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätsstationen wurden 3716 Transporte, darunter 545 Leichentransporte durchgeführt.

Verkauf von polnischen Gänsen. Morgen, Samstag, findet der Verkauf von polnischen Gänsen um K 10.20 per kg an folgenden Stellen statt: Pessel, 1. Honer Markt; Filiph, 2. Markt im Werd; Bubitsch, 2. Markt Volkertplatz; Dechant, 3. Grossmarkthalle; Endres, 3. Grossmarkthalle; Eigner und Menzl, 4. Neshmarkt; Simatovitsch, 5. Schönbrunnerstrasse 68; Gugitscher, 5. Hundsturmplatz; Schweifer, 6. Markthalle Damböckgasse; Czarman und Kreitenitsch, 7. Markthalle Burggasse; Haas 8. Markthalle Stadiongasse; Starnbacher und Gehring, 9. Markthalle Fussdorferstrasse; Hellis und Hölzinger, 10. Eugenplatz; Gugitscher und Gey, 11. Markt Enckplatz; Maxa und Novack, 12. Markt in Meidling; Damborsky, 13. Zehentnergasse; Kurz, 14. Markt Schwendergasse; Fritz, 14. Markt Brauhirschengasse; Antl, 15. Markt Meisselstrasse; Adler, 15. Robert - Hammerlinggasse; Stritzl, 15. Markt Reithoferplatz; Herold und Sednik, 16. Markt Brunnengasse; Barilitsch, 16. Joh. Nep. Bergerplatz; Frotzler, 17. Bergsteiggasse; Schmalzbauer, 18. Gentzgasse 33; Hrodeck, 16. Kutschergasse 24; Kozil, 19. Heiligenstädterstrasse 144; Besteiner, 20. Markt Hannoverplatz; Grimm, 21. Markt am Spitz.

Preise für ungarische Fettgänse. Der Höchstpreis für in Ungarn angekaufte Fettgänse wurde im Kleinverkaufe mit K 23.20 (und nicht

wie uns irrtümlich mitgeteilt wurde mit K 23.50) bestimmt.

Das neue städtische Uhrenmuseum. Morgen (Samstag) 8 Uhr abends wird der Leiter des Uhrenmuseums der Stadt Wien Rudolf Kaftan im kleinen Uranissaal einen Vortrag über das neue städtische Uhrenmuseum halten.

Weihnachtbescherung bei den städtischen Gaswerken. Vor Weihnachten haben die Eltern von 642 Kindern städtischer Gaswerksbediensteter Schuhe und vollständige Kleidung als Weihnachtsgabe erhalten, um ihren Kindern dieses Geschenk unter dem Christbaum legen zu können.

Vierte Herabsetzung der Detailpreise für ungarisches Schweinefleisch. Vom Sonntag, 30. ds. M. angefangen, werden die Detailverkaufspreise für ungarisches Schweinefleisch abermals herabgesetzt und zwar von K 12 auf K 11 für 1 kg.

Der Verein der Wiener städtischen Amtstierärzte veranstaltete vor kurzem ^{im} physiologischen Hörsaal der tierärztlichen Hochschule einen Vortragsabend, bei welchem der städtische Obertierarzt Franz Hnolik, derzeit Cheftierarzt in einem Pferdespital über die Einrichtung und den Betrieb der Pferdespitäler sprach. Seine von gründlichster Fachkenntnis zeugenden sehr interessanten und durch zahlreiche selbst aufgenommene Lichtbilder ergänzten Ausführungen sowohl über den Spitalsbetrieb als auch über die mit seinem Spitale verbundene Schweinemästerei und Kadaververwertung fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung. Unter den Anwesenden bemerkte man Rektor Professor Dr. Hartl, Prorektor Professor Dr. Günther und mehrere Mitglieder des Professoren - Kollegiums, sowie viele Gäste.

Auszeichnung. Der ^{von H. H. Hallmayer - Aufzeichnung} Kutscher Rudolf Pemperl, Zugführer eines Sappeur - Bataillons wurde mit der silbernen Tapferkeitsmedaille 2. Klasse, der Schaffner Moriz Rosenfeld mit dem eisernen Verdienstkreuz am Bande der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

NB. Die in den Händen der Herren Kollegen befindlichen Legitimationen für die Freifahrt auf den Strassenbahnen gelten weiter bis Ende März 1918.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,

Wien, I., Neues Rathaus.

20-Jahrgang, Wien, Freitag, den 28-Dezember 1917. Nr- 412.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat nachstehenden Aufruf an die Bevölkerung zur freiwilligen Mitwirkung bei der Schneesäuberung erlassen: Der bereits durch zwei Tage andauernde dichte Schneefall hat die Gassen, Strassen und Plätze der Stadt mit tiefem Schnee bedeckt. Infolge der ausserordentlichen Verhältnisse ist es der Gemeinde trotz aller ihrer Bemühungen bisher nicht gelungen, die zur Wegräumung dieser aussergewöhnlichen Schneemassen notwendigen bezahlten Arbeitskräfte und Fuhrwerke aufzubringen und die Strassensäuberung sowie die Schneeabfuhr mit der wünschenswerten Raschheit zu bewerkstelligen, sodass zu befürchten steht, dass der Verkehr namentlich aber die Zufuhr von Lebensmitteln und Heizstoffen zu den einzelnen Bedarfsstellen nicht in vollkommen klagloser Weise wird aufrecht erhalten werden können. Nur durch das Zusammenwirken der Gesamtheit kann unter diesen Verhältnissen rasche und wirksame Abhilfe geschaffen werden. Ich richte daher an alle Bewohner der Stadt die Bitte, im Interesse ihrer Mitbürger sich freiwillig in den Dienst der Schneesäuberung zu stellen und durch ihre Mithilfe beim Ausschaufeln der Fahrbahn längs ihres Wohnhauses dazu beizutragen, die Stadt vor den sonst drohenden argen Verkehrsschwierigkeiten zu bewahren. An die Herren Hauseigentümer wende ich mich mit der weiteren Bitte, behufs Ermöglichung dieser freiwilligen Hilfeleistung ihren sich hierzu meldenden Wohnparteien allenfalls im Hause vorrätige geeignete Werkzeuge leihweise zu überlassen. Mit dem Danke an die Herren Hausbesorger für ihre bisherigen Bemühungen um die Reinigung der Bürgersteige verbinde ich das Ersuchen, ihrerseits auch freiwillig bei der Reinigung und Freimachung der Strassenübergänge und der Rinnsale mitzuwirken und bei der Säuberung der Bürgersteige ein besonderes Augenmerk auf die Freihaltung der Rinnsale zu richten.

+++++

An die Fuhrwerksbesitzer Wiens. Die ungeheure Schneemenge, die seit 2 Tagen gefallen ist, muss in den engsten Strassen zur Abfuhr gelangen, um die Fahrbahn für den Verkehr freizumachen. Es ergeht an alle Fuhrwerksbesitzer das dringende Ersuchen, zur Aufrechterhaltung des Verkehrs dadurch beizutragen, dass sie alle verfügbaren Pferde und die zur Schneeabfuhr geeigneten Wagen gegen Entlohnung in den Dienst der Strassenpflege stellen. Die Abfuhr erfolgt auch am Sonntag. Wegen Zuweisung der Fuhrwerksleistung wollen sich die Herren Fuhrwerksbesitzer an die Leitung des städtischen Fuhrwerksbetriebes Wien, II., Obere Augartenstrasse 16, Fernsprecher 21588 und 21602 baldmöglichst wenden.

+++++

Im Laufe des heutigen Tages hat sich die Anzahl der Schneesäuberungsarbeiter bei den städtischen Strassenbahn auf rund 8000 Mann erhöht. Die nördliche und südliche Dampfstrassenlinien wurden gegen Mittag eröffnet, sodass mit Ausnahme der Strecke Rotneusiedl der Betrieb auf allen Linien fahrplanmässig durchgeführt wird. Es wurden in den ersten Nachmittagsstunden nahezu auf allen Linien auch die Beiwagen wieder angehängt, nur die Inbetriebsetzung von Dreiwagenzügen musste unterbleiben.

x

x

x

Der Schneefall.

Seit 16 Jahren ist Wien von keinem so außerordentlichen Schneefall heimgesucht worden wie heuer am 27. und 28. Dezember. Die durchschnittliche Schneehöhe an diesen beiden Tagen zusammen beträgt 50 cm. Auf das gesamte Strassengebiet berechnet ergibt sich eine Gesamtmenge von 7,300.000 m³, bzw. 2,200.000 zweispännige Fuhrn. Wenn man, um den Verkehr nur halbwegs zu ermöglichen, nur die Freimachung der Bürgersteige und eines Teiles der Fahrbahnen der Hauptstrassen und der Uebergänge als erste Arbeitsleistung in Betracht zieht, so ergibt dies schon eine ungeheure Arbeitsleistung.

Am 27. d. abends war nach aufopfernder Tätigkeit des gesamten vorhandenen durch die Kriegereignisse stark verringerten Apparates bei der Strassenpflege und bei der Strassenbahn die Aussicht vorhanden, dass man auch dieser Schneemenge Herr werden würde, da begann wieder ein mehr als 15 stündiger Schneefall und die ermüdeten Mannschaften, die vielfach Nachtdienst hinter sich hatten, sowie die ermüdeten Pferde mussten neuerlich einen anstrengenden Kampf mit den Schneemassen beginnen. Kaum Platz genug ist mehr für die Schneehaufen zu finden, der Schneeflug ist mit 4 Pferden kaum mehr durchzubringen, um notdürftig eine einspurige Bahn für die Fuhrwerke zu schaffen, es ist tatsächlich eine Katastrophe, die mit allen Mitteln bekämpft werden muss, damit in kürzester Frist wieder die Lebensmittel- und anderen Fuhrwerke passierbare Wege vorfinden.

Die Gemeinde hat schon am 27. und 28. militärische Hilfe erhalten. Eine neuerliche Vorsprache hatte dank dem ausserordentlichen Entgegenkommen des Militärkommandos, des Platzkommandos und der Befestigungs-Bau-Direktion eine bedeutende Verstärkung der Arbeitsmannschaften zur Folge. Morgen (Samstag) früh werden insgesamt 15.500 Militär- und Zivilarbeiter, darunter 4 ganze Sappeur-Kompagnien, die nach Wien beordert sind, für die Schneebeseitigung zur Verfügung stehen.

Auch die Schneeabfuhr wird voraussichtlich beginnen können, wenn der Aufruf an die Fuhrwerksbesitzer, alle verfügbaren Pferde und Fuhrwerke gegen Entlohnung beizustellen, Erfolg hat. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wird ab 12 Uhr mit 100 Lastwagen der Strassenbahn ebenfalls die Schneeabfuhr vorgenommen werden.

Der Lohn für die Schneearbeiter beträgt bei der Gemeinde 6 K täglich, außerdem wird morgen und Sonntag jedem Arbeiter eine Brotzubere gegeben.

483

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. 1., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien. Samstag, 29. Dezember 1917. N^o 413.

Der Schneefall. Nachdem es gestern gegen Mittag zu schneien aufgehört hatte, wurden die Schneepflüge und Salzwagen um 2 Uhr nachmittags eingezogen. Die Reinigung mit den Schneepflügen konnte daher mit Rücksicht auf die Mannschaften, von denen manche während der 2 Tage fast ohne Pausen im Dienste waren, unterbrochen werden. Die Handreinigung wurde bis 7 Uhr abends fortgesetzt. Für die Nacht wurde die Ausfahrt der Pferdeschneepflüge für 1 Uhr und die der motorischen für 2 Uhr angeordnet. Der Frühauslauf konnte fahrplanmässig erfolgen und sind bis $\frac{1}{2}$ 7 Uhr früh auch keine Verspätungen gemeldet. Nur auf den Linien 25, 62, 71 und 118 konnte der Dreiwagenzugverkehr wegen des Streckenzustandes noch nicht aufgenommen werden. Dies wird jedoch heute noch im Laufe des Vormittags möglich sein. An der Freimachung der Linie 167 (Rothneusiedl) und der Autobusstrecke nach Salmansdorf wird noch gearbeitet. Die Aufnahme des Verkehrs auf diesen Linien wird im Laufe des heutigen Tages möglich werden. Betreffs der Schneearbeiter wird berichtet, dass der Strassenbahn seitens des Militäres 3500 Mann zugesagt sind. Zivilarbeiter sind bis 6 Uhr früh gegen 2000 aufgenommen worden und dürfte deren Zahl auch heute 4000 Köpfe überschreiten.

434

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und Verleger: Redakteur Franz Mitzner,
Wien, I., Neues Rathaus.

20. Jahrgang. Wien, Samstag, 29. Dezember 1917. Nr. 414.

Die Invalidenversorgung.

In der letzten Sitzung des Stadtrates legte Str. von Steiner den Entwurf einer Entschliessung der Stadt Wien an die Regierung vor, mit welcher die endliche Regelung der Invalidenversorgung gefordert wird. Als dringendstes Verlangen wird die endliche Neuregelung der gesetzlichen Bestimmungen für die Versorgungsgenüsse der Invaliden sowie der Witwen und Waisen von gefallenen Kriegern bezeichnet, wobei auf die Verbesserung sowohl der Anspruchsbedingungen als auch des Verfahrens zur Erlangung der Rente durch Gewährung einer Berufsmöglichkeit an eine gemischte Kommission, an der auch Zivilpersonen teilnehmen, und schliesslich durch eine entsprechende Erhöhung der zuzuwendenden Beträge Bedacht zu nehmen sein wird. Fast sämtliche der in der Entschliessung aufgestellten Forderungen sind im deutschen Reiche bereits im günstigen Sinne gelöst. Der Referent betonte, dass wohl als sicher angenommen werden könne, dass der Staat und die öffentlichen Körperschaften nicht ermangeln werden, durch Aufnahme Kriegsinvaliden in ihre Dienste den für sie erschwerten Kampf ums Dasein zu erleichtern. Von allergrösster Wichtigkeit sei es, auf die privaten Unternehmer einen gesetzlichen Zwang zur perzentuellen Verwendung Kriegsinvalider in ihrem Betrieb auszuüben. Hiedurch würde auch einigermassen der Drang der Invaliden nach Unterkommen in gesicherte öffentliche Stellungen vermindert werden. Die Wiederaufrichtung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Tausende von Kriegsteilnehmern erfordere dringendst eine grosszügige Organisation zur Gewährung von Kredithilfe, in deren Rahmen auch Invaliden die nötige Unterstützung zu gewähren wäre. Nach deutschem Muster werde auch der möglichste Ausbau einer Organisation der Invalidenfürsorge mit Schaffung einer Zentralstelle eine unabwiesbare Notwendigkeit darstellen.

In der Entschliessung, welche nach dem Antrage des Berichterstatters der Regierung unterbreitet werden soll, heisst es: Schon am 20. Oktober 1914 hat die Gemeinde Wien wegen zeitgerechter Abänderung des Militärversorgungsgesetzes und der gesetzlichen Bestimmungen der Versorgung von Witwen und Waisen von Offizieren und Mannschaftspersonen der Regierung eine Petition unterbreitet. Der Wiener Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 28. Jänner 1915 einstimmig den dringenden Wunsch nach einer ausreichenden staatlichen Fürsorge für alle jene Mannschaftspersonen ausgesprochen, die zum Kriegsdienst herangezogen und wegen Verwundung oder Erkrankung zur weiteren militärischen Verwendung untauglich befunden wurden. Ferner hat die Gemeinde Wien auch noch in einer Reihe weiterer Petitionen auf die Reformbedürftigkeit der gesetzlichen Invalidenversorgung hingewiesen.

Neuerlich stellt nun die k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an die Regierung die Bitte, unverzüglich an die nunmehr unaufschiebbar gewordene Neuregelung unter Berücksichtigung folgender Richtlinien zu schreiten. Der Anspruch auf Zuerkennung der Invalidenrente bei Mannschaftspersonen unter 10 Dienstjahren wäre schon durch die bleibende oder vorübergehende Minderung der Fähigkeit zur Ausübung des früheren bürgerlichen Berufes um 10 %, sowie auch bei einer Veranlassung von Gesundheitsstörungen, welche durch die im Gesetze vom 27. Dezember 1875 angeführten Ursachen hervorgerufen worden sind, gegeben zu betrachten. Der Anspruch auf die Verwundungszulage

wäre ausser den im gegenwärtigen Gesetz angeführten Fällen auch dann zuzugestehen, wenn die Beschädigung ohne eigenes Verschulden durch einen Unfall in Ausübung des Dienstes eingetreten oder durch die dem Militärdienste eigentümlichen Verhältnisse oder deren Folgen verursacht worden ist.

Bezüglich des Verfahrens muss die Einführung des Berufungsrechtes des Invaliden an eine gemischte Kommission, welche über die Versorgungsansprüche endgiltig zu entscheiden hätte, als höchst wünschenswert bezeichnet werden. Auch die Höhe der derzeit ganz unzureichenden Gebühren bedarf dringend einer Regelung: Bei anlässlich des Krieges zur militärischen Dienstleistung herangezogenen Personen unter möglichster Anrechnung ihres zivilen Einkommens, welches Ziel eventuell durch Gewährung von Zulagen erreicht werden könnte; bei Personen von militärischem Berufe unter möglichster Anlehnung an die Versorgung der Zivilstaatsbeamten und Dienster. Bezüglich der Mannschaftspersonen wäre bei bloss teilweiser bürgerlicher Erwerbsunfähigkeit etwa nach Analogie der Unfallrenten die Gewährung von Teilrenten ins Auge zu fassen. Da jedoch auch von erhöhten Gebühren eine ausreichende Versorgung der Invaliden kaum zu erwarten ist, erscheint es gleichfalls nötig, die bevorzugte Aufnahme derselben in entsprechende Stellungen des öffentlichen Dienstes gesetzlich zu regeln. Dringend erforderlich erscheint auch eine gesetzliche Bestimmung, durch die es privaten Unternehmen zur Pflicht gemacht wird, in ihrem Arbeiterstande nach einem bestimmten perzentuellen Verhältnisse Kriegsinvalide zu verwenden. Bis zur gesetzlichen Festlegung dieser Verpflichtung wäre bei Vergebung staatlicher Lieferungen in die Lieferungsverträge die perzentuelle Verwendung von Kriegsinvaliden als Bedingung aufzunehmen. Um den Kriegsinvaliden ihre wirtschaftliche Aufrichtung durch gewerbliche Selbstständigkeit zu ermöglichen, muss die Organisation einer entsprechenden Kreditgewährung an dieselben, vielleicht im Rahmen einer gross auszubauenden Organisation zur Gewährung von Kredithilfe an Kriegsteilnehmer als dringendes Erfordernis bezeichnet werden. Damit endlich die Segnungen all dieser gesetzlichen Massnahmen den betreffenden auch tatsächlich baldmöglichst zugute kämen, erscheint der Ausbau einer in den Exekutivstellen möglichst weit verzweigten Fürsorgeorganisation unbedingt erforderlich, die in einem zu schaffenden k.k. österreichischen Invalidenamt im Rahmen des Ministeriums für soziale Fürsorge ihre Spitze zu haben hätte.

Die Entschliessung wird dem Gemeinderate in der nächsten Sitzung vorgelegt werden.

Höchstpreise für Brennspiritus in Wien. Mit der Ministerialverordnung vom 30. November l.J. wurde es den politischen Bezirksbehörden überlassen, zu den festgesetzten Grosshandelspreisen für Brennspiritus allenfalls einen ortsüblichen Zufuhrzuschlag zu bestimmen. Nach dieser Ministerialverordnung sind ferner die zulässigen Höchstpreise für den Kleinverschleiss des Brennspiritus von der politischen Landesstelle oder in deren Auftrag von der Bezirksbehörde festzusetzen. In Niederösterreich hat die Festsetzung dieser Kleinverschleiss-Höchstpreise für die einzelnen Gemeinden die Statthaltereie zufolge Erlasses vom 18. ds.M., ebenfalls den Bezirksbehörden übertragen und hierfür genaue Weisungen erteilt. Der Magistrat hat im Sinne dieser Weisungen für Wien den Zufuhrzuschlag sowie den Kleinverschleiss-Höchstpreis

festgesetzt und mit der Kundmachung vom 1. Jänner 1918 verlautbart. Aus dem Verkaufstarife ist zu entnehmen, dass in Wien im Kleinverschleiss 1 Liter 90% Brennspiritus bei Absatz von Mengen bis zu 1 Liter höchstens 2 Kronen, bei Absatz von Mengen über 1 bis einschliesslich 6 Liter höchstens 1 K 96 h und von Mengen über 6 Liter bis einschliesslich 25 Liter höchstens 1 K 89 h kosten darf. Für höhergrädige Ware erhöht sich der Preis verhältnismässig. Der Zuschlag für die Zufuhrspesen im Grosshandel wurde in Wien mit 8 Kronen für 100 Liter festgesetzt. Die festgesetzten Kleinverschleiss-Höchstpreise verstehen sich ausschliesslich der Gefässe und sind von den Kleinverschleissern in ihrem Verkaufslokale ersichtlich zu machen. Diese Bestimmungen treten mit 1. Jänner 1918 in Kraft.

Petroleumabgabe. In der Zeit vom 30. ds.M. bis einschliesslich 2. Februar k.J. werden auf Grund der Petroleumbezugskarte nachfolgende Mengen wöchentlich ausgefolgt: Für Wohnungen $\frac{1}{2}$ l, für Aftervermietungen $\frac{1}{4}$ l, für Heimarbeiter, Geschäftslokale und Waschküchen 1 l, für die Beleuchtung der Flure, Stiegen und Gänge für jede Flamme $\frac{1}{2}$ l.

Kerzenabgabe. Im Monate Jänner werden an Kerzen ausgefolgt: für Wohnungen ohne Unterschied ihrer künstlichen Beleuchtung 1 Kerze, für Wohnungen und für Aftervermietungen, für welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden, je 3 Kerzen im Gewichte von je $\frac{1}{32}$ kg. Als Bezugskarten gelten wie bisher der amtliche Einkaufschein und die Petroleumbezugskarte für Wohnungen und Aftervermietungen. Beim amtlichen Einkaufschein ist im Monat Jänner die auf der rechten Seite befindliche Ziffer 12 abzutrennen. Es werden voraussichtlich nicht nur Kerzen im Gewichte von $\frac{1}{32}$ kg, sondern auch solche im Gewichte von $\frac{1}{24}$ kg abgegeben werden. Bei der Ausgabe sind 4 Stück Kerzen zu je $\frac{1}{32}$ kg gleichzuhalten 3 Stück Kerzen zu je $\frac{1}{24}$ kg. Der Preis von 3 Stück Kerzen zu je $\frac{1}{24}$ kg ist der gleiche wie der von 4 Stück Kerzen zu je $\frac{1}{32}$ kg.

Fleischabgabe an die Mindestbemittelten. Trotz der ungehauzen durch die Schneeverhältnisse noch verstärkten Transportschwierigkeiten konnte die Fleischversorgung der Mindestbemittelten für die Woche vom 31. Dezember bis zum 5. Jänner aus den Vorräten an Rind- und Schaffleisch gesichert werden. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird daher das Wohlfahrtsfleisch an die Besitzer der grünen, blauen und braunen amtlichen Einkaufscheine an folgenden Tagen abgegeben werden. Am Montag 31. ds.M. für die Buchstaben A - F, am Mittwoch, 2. Jänner G - K, am Donnerstag 3. Jänner L - R und am Samstag 5. Jänner S - Z. Die nächsten Abgabetermine von Wohlfahrtsfleisch für die Mindestbemittelten können erst am Sonntag, 13. Jänner verlautbart werden.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 30. Dezember bis 12. Jänner werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grossschlächtereie gegen Abtrennung des Abschnittes L des amtlichen Einkaufscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 g Schweinespeck zum Preise von 48 h für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

434 a

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ
29. Dezember abends.

Silvester - Nachtverkehr. In der Nacht vom 31. Dezember auf den
1. Jänner wird ein außerordentlicher ^{Platzverkehr} Verkehr in beschränktem Umfang
vom fahrplanmäßigen Betriebsschluss bis gegen 2 Uhr $\frac{1}{2}$ ab Ring einge-
legt. Die Linien sind auf den in den Straßenbahnen ausgehängten
Kundmachungen ersichtlich. Für eine Fahrt wird ein Fahrpreis von
40 h sowohl für Erwachsene als auch für Kinder eingehoben. Strecken-
karten, Anweisungen auf freie oder ermäßigte Fahrt, Vorverkaufs - und
Postfahrtscheine sowie die im fahrplanmäßigen Betriebe gelösten Fahr-
scheine sind in diesem Nachtverkehr ungiltig.

444
434
Der Neujahrstag kein fleischloser Tag. Mit Rücksicht auf die Verkehrsschwierigkeiten hat das Volksernährungsamt verfügt, dass an dem auf einen fleischlosen Tag fallenden Neujahrstage 1918, Fleisch nicht nur genossen und in Gastwirtscharakter verabreicht, sondern auch von allen fleischverarbeitenden Gewerben in Wien verkauft werden darf.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1½ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der üblichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes N der Kartoffelkarte.

Verkauf von serbischem Schweinefleisch. Am Neujahrstag gelangen in der Grossmarkthalle während der gewöhnlichen Verkaufsstunden über 20.000 kg frisches serbisches Schweinefleisch zum Preise von 7 K für 1 kg zum Verkaufe. Die höchste Menge, die auf eine Person abgegeben werden darf, wurde mit 2 kg festgesetzt.

Der grosse Schneefall. Durch das eingetretene Tauwetter ist die Schneebeseitigungsarbeit noch schwieriger geworden und schreitet daher langsam vorwärts, als bei Anhalten des Frostwetters zu erwarten war. Auch ist ein Teil der Militärmannschaften, insbesondere die Sappeur - Komagnieen, die heute früh hätte arbeiten sollen, noch nicht eingetroffen. Ihre Ankunft ist teilweise für heute nachmittag, teilweise für heute abends angekündigt. Morgen (Sonntag) früh wird also aller Voraussicht nach mit grösserer Militärmannschaft gearbeitet werden können. Pferde und Fuhrwerke wurden noch verhältnismässig wenige angemeldet. Am heutigen Tage standen 188 Wagen in Verwendung, die Gemeinde hofft aber für morgen auf eine grössere Menge. Die Schneepflüge sind sämtlich bespannt, doch müssen wegen der ermüdeten Pferde oftmals längere Pausen eingeschaltet werden. Die Reinigung vieler Bürgersteige seitens der Hausbesorger muss anerkennend hervorgehoben werden. Es wäre nur zu wünschen, dass diesem Beispiele allgemein Folge geleistet wird und dass insbesondere bei den schmälere Bürgersteigen seitens der Hausbesorger auch das Rinnsal auf Schaufelbreite freigemacht wird. Die Gemeinde Wien hat sich mit dem Landesschulrate ins Einvernehmen gesetzt, dass die Mittelschüler trotz der schulfreien Tage zur Beteiligung bei der Schneesäuberung aufgefordert werden. Es wäre schon eine grosse Hilfe, wenn sie auf den Bürgersteigen längs der öffentlichen Gartenanlagen und in den Alleen am Ring die Schneebeseitigung durchführen würden.

Kohlenabgabe. Für die Zeit vom 30. Dezember bis 2. Februar wird die auf die Abschnitte 9 - 13 der Kohlenkarte auszugebende Wochenmenge sowohl für den Küchenbrand als auch für den Zimmerbrand mit je 25 kg Steinkohle, bzw. 32 kg Braunkohle festgesetzt. Auf Grund von Bezugsscheinen wird an Kohle (Koks) in der 9. - 13. Woche sowohl für Betriebszwecke wie auch für Heitzwecke die unter dem Buchstaben B festgesetzte Wochenmenge abgegeben.

Butterpreise. Die Kleinhandelspreise für ausländische Butter wurde für die nächste Woche mit K 17.60 für 1 kg und mit K 2.11 für 12 dkg paketierte Ware festgesetzt.

20. Jahrgang. Wien, Montag, 31. Dezember 1917. Nr. 415.

Die Neujahrgratulationen im Rathause.

Heute vormittag erschien der Bürgerklub unter Leitung seines Obmannes Oberkurator von Steiner korporativ im Rathause, um dem Bürgermeister die Neujahrswünsche zum Ausdruck zu bringen. Oberkurator von Steiner hielt, nachdem sich der Bürgerklub versammelt hatte, an Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende Ansprache:

Am Ende des Jahres drängt es uns, einen Rückblick zu halten, auf alle die Ereignisse, die uns die 12 Kriegsmomente dieses Jahres gebracht haben, auf alle die Wirkungen, die die Kriegsverhältnisse auf die Wiener Bevölkerung ausübten und die Gegenwirkungen, die von der Wiener Gemeindeverwaltung zum Schutze und im Interesse der Bevölkerung unternommen worden sind. Und wenn wir dieses Werden und Geschehen eines ganzen Kriegsjahres vor unseren Augen vorüberziehen lassen, so werden wir von tiefster Bewunderung erfüllt von dem Opfermut der Wiener Bevölkerung, vor ihrem Dulden und Ertragen, vor ihrem Gemeinsinne und ihrer Widerstandskraft. Unsere Soldaten vollbringen im Felde Wunder der Tapferkeit und des Heldennutes und wir können nicht genug dafür dankbar sein, dass sie die Heimat, unser Leben und unsere Freiheit vor dem Feinde zu schützen imstande waren. Aber wir dürfen ohne Ueberhebung anerkennen, dass die Verteidigung des Vaterlandes nur durch die opferwillige Betätigung des Hinterlandes möglich gewesen ist. So hat auch der nicht unter den Waffen stehende Teil der Wiener Bevölkerung gewichtigen Anteil an den grossen Erfolgen, die wir an den Fronten zu verzeichnen haben und im hohen Masse dazu beigetragen, dass uns mit Gottes Hilfe im kommenden Jahre der Friede beschieden sein wird. Mit Genugtuung dürfen wir konstatieren, dass alles das, was mit den Kräften der Stadt zur Linderung der Kriegsnot mit allen ihren Erscheinungen geschehen konnte, durch die Wiener Gemeindeverwaltung in grosszügiger Weise vollbracht worden ist.

Die Aufgaben der Kriegsfürsorge nahmen immer mehr zu und es gab hierin kein Gebiet, welches nicht täglich neue Anforderungen an die Wachsamkeit und Tatkraft der Gemeindeverwaltung stellte.

Das Programm, welches sich die Gemeindeverwaltung für den Eintritt der Friedenszeit gestellt hat, konnte nicht in die Wirklichkeit gesetzt, sondern nur ausgebaut und vertieft werden. Auch dieses Jahr hat uns in manchen Belangen gezeigt, dass die Gemeinde mit ihren eifrigsten Bestrebungen nicht ihr gestecktes Ziel, die Kriegslasten der Bevölkerung zu mildern, erreichen kann, wenn die staatlichen Verwaltungskörper sie nicht rechtzeitig unterstützen. Was nützen uns die mächtigen Lagerräume und die vielen Kohlenplätze, wenn die staatlichen Verkehrseinrichtungen versagen, die Zufahren, um diese Speicher und die Lager zu füllen, ins Stocken geraten? Bezüglich des Verkehrs haben wir vieles nachzuholen. Während des Krieges hat die Staatseisenbahnverwaltung einzelne, der von der Gemeinde angelegten Pläne, wie zum Beispiel die sogenannten Umfahrungslinien im 21. Bezirke, ausgeführt. Viele andere Pläne schlummern noch immer in den Archiven, sie müssen geweckt werden. Die Notwendigkeit der Zusammenfassung des gesamten Staatsbahnnetzes in Wien in ein klares den Betrieb verbilligendes System, kann nicht oft genug betont werden.

Die neuen Gruppen - Bahnhöfe, der Ausbau des Westbahnhofes sind Fragen, die nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden können.

Aber nicht nur die Eisenbahnfragen, die eigentlich schon längst gelöst sein sollten, es müsste auch die Lösung der Wasserstrassenfrage in Angriff genommen werden. Es scheint fast so, als ob mit einem Programm immer ein anderes Programm bei uns in Oesterreich erschlagen werden soll. Man stellt uns in Aussicht die Ausnützung der Wasserkräfte und spricht in Regierungskreisen kaum mehr von den Wasserstrassen. Wien braucht den Donau - Oder - Kanal, die ganze Monarchie braucht ihn, denn zur Verbindung der grossen Kohlen - Becken in Schlesien und Westgalizien ist er unerlässlich; kein drittes und kein viertes Geleise der Nordbahn kann ihn ersetzen und ich bitte Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister, auf die Lösung dieser Frage bei der Regierung den energischsten Einfluss zu nehmen. Wir können unserer Industrieentwicklung in Wien planmässig nur dadurch helfen, dass wir ihr billige Kohle neben der Elektrizität verschaffen.

Für die Lösung des innerstädtischen Verkehrs beabsichtigen Sie, Herr Bürgermeister und die Gemeinde Wien eine grosszügige Lösung der Untergrundbahn - Frage. Aber auch bei dieser Lösung begegnet die Gemeinde Wien gewissen hemmenden Einflüssen der Regierungsorgane die, nachdem sie jahrelang mit der Stadtbahn nichts anzufangen wussten, nunmehr ihre Angliederung an das grosse Verkehrsnetz in Wien erschweren. Der Bevölkerung kann nur durch ein grosses Netz einheitlich betriebener Stadtschnellbahnen gedient werden. Wir bitten, Sie Herr Bürgermeister ihren im Staatseisenbahnrat betonten Standpunkt auf das energischste zu vertreten.

Immer drohender zeigt sich die Gefahr einer Wohnungsnot für Wien. Mannigfache Massregeln sind im Schoosse der Gemeinde bereits in Behandlung. Ich gebe namens des Bürgerklubs der Zuversicht Ausdruck, dass unter der ausgezeichneten Führung Ihrer Exzellenz, in der gewohnten grosszügigen Weise, eine Lösung gefunden werden wird, die, soweit die Gemeinde überhaupt in dieser Frage allein vorwärts schreiten kann, nach Möglichkeit die ärgste Not zu bannen in der Lage ist. Ich muss abmahnend meine Stimme erheben, dass auch die Regierung die Ereignisse der von der Gemeinde Wien eingeleiteten Zählungen der freistehenden Wohnungen nicht ausser acht lässt und auch alles unternimmt, um das Gespenst der Wohnungsnot zu bannen.

Mit Rücksicht auf die schwere Belastung der Bevölkerung wird wohl das Anziehen der Steuerschraube eingehend besprochen werden müssen, eine Besprechung, die sich wohl in diesem Rahmen nicht durchführen lässt. Ein so schrecklicher, durch nahezu vier Jahre währender Krieg, der fast ganz Europa überzogen hat, ein Ereignis, welches einzig in der Weltgeschichte dasteht, hat selbstverständlich auch wirtschaftliche Wunden geschlagen. Es wird nun Pflicht der Verwaltung des Reiches, des Landes und der Gemeinden sein, eine Uebergangswirtschaft herzustellen. Besonders auf dem Gebiete der Verpflegung in grossen Verbrauchsorten werden gewisse Einrichtungen nach dem Kriege geschaffen werden müssen, die regelnd und verbessernd einwirken. Nun wollen wir in diesem Belange die Haupt - und Residenzstadt Wien in's Auge fassen und uns die Frage vorlegen: werden auch für diese Grossstadt Vorkehrungen notwendig sein?

Bis zum Ausbruche des Krieges im August 1914 hat die Gemeindeverwaltung rastlos gearbeitet, um im Marktwesen den Bedürfnissen entsprechende Einrichtungen zuzuschaffen. Der Zentralviehmarkt wird durch die Anlage eines Konsummarktes erweitert, die Errichtung eines neuen modernen Schweineschlachthauses erscheint durchgeführt, die Gross-

markthalle hat neben der galizischen Halle einen ausgiebigen Zubau erfahren und ein vollständig neuer Bau ist durch die Herstellung der Viktualien-Halle erstanden. Die Gemeinde hat sich auch in den Dienst der Regierung gestellt und es übernommen, die technischen Arbeiten zur Umgestaltung der Lagerräume zweier grosser Brauhäuser in Fleischgefrieranlagen durchzuführen. Der Zentralobstmarkt Wiens, der alte Naschmarkt, musste durch die Demolierung des Freihauses und die Regulierung dieses Stadtgebietes weichen und ist auf der Stelle des Wienboulevards als neuer moderner Markt erstanden.

Die Frage der Brotbeschaffung beziehungsweise der Verbilligung des Brotes für die Zweimillionen - Stadt ist auch eine jener Fragen, die infolge der Kriegserfahrungen einer grosszügigen Lösung zugeführt werden soll. Vieles hat uns der Krieg gelehrt, er zeigte uns, dass manche unserer Einrichtungen und Vorsorgen einer Abänderung, einer Erweiterung bedürftig sind. In dieser unausgesetzten Tätigkeit hat uns der Krieg überrascht, er hat aber unsere Absichten, Weiteres zu schaffen, nicht gelähmt. In der Zeit des grössten Tobens an den Fronten als die schaffende Männerhand im Schützengraben stand, als Material nur schwer und teuer aufbringbar war, als Arbeiter, Verwaltungsbeamte und Techniker nur mehr in reduzierten Beständen zur Verfügung waren, hat die Gemeinde - Verwaltung, die Mehrkosten nicht scheuend, in dem Bewusstsein der Notwendigkeit in ganz kurzer Zeit ein modernst eingerichtetes Kühlhaus dem Wiener Lagerhause zur Seite gestellt.

Um die Approvisionierung in der schweren Kriegszeit zuregulieren und zu erleichtern, wurden kostspielige Kartoffelmieten und zahlreiche Kartoffellagerstätten angelegt und auf sämtlichen Wiener Bahnhöfen Einrichtungen hergestellt, um den Verkehr zu erleichtern. Kartoffeltrockenanlagen, Unternehmungen zur Herstellung von Fruchtmaschinen wurden geschaffen und neben der staatlichen Bewirtschaftung von Lebensmitteln hat die Gemeinde Wien durch die Schaffung des Bezirkswirtschaftsamtes eine eigene Bewirtschaftung in Vieh, Fleisch, Fett, Mehl, Gemüse, Obst, Brennholz, Kohle und dergleichen eingerichtet. Aus diesen Darlegungen geht zur Genüge hervor, dass die Gemeindeverwaltung ihre rastlose Tätigkeit auf dem Gebiete der Verpflegung in der Zeit des Krieges nicht eingestellt hat. Nun entsteht die Frage: hat die Gemeinde in der Zeit der Uebergangswirtschaft und nach dem Kriege noch etwas zu tun nötig?

Eine der Hauptaufgaben der Gemeinde im kommenden Jahre wird die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft darstellen. Die Fehler und Nachteile der Kriegswirtschaft müssen so rasch als möglich beseitigt und Richtlinien für eine Neuorientierung auf wirtschaftlichem Gebiete aufgestellt werden. Mit allen Mitteln muss bei den massgebenden Faktoren die Erkenntnis durchgesetzt werden, dass die zentrale Bewirtschaftung der verschiedensten Lebens - und Bedarfsartikel - nicht überall eine glückliche Lösung des Problems ergeben haben. Vollend das vierte Kriegsjahr hat selbst bei an sich tadelloso funktionierenden Zentralen (Kriegs-Getriebe-Verkehrsanstalt) zu einem völligen Versagen und zur Erkenntnis geführt, dass durch theoretische Verwaltungsmassnahmen, denen der starke Arm der Exekutive fehlt, die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht befriedigend verwaltet werden können. Verfehlt war es auch in der zentralen Bewirtschaftung den legitimen Handel, dessen weitumfassendes, berufsmässiges Wirken durch ein bürokratisches Regime niemals ersetzt werden kann, vollkommen auszuschalten. Eine der vornehmsten und mit allem Nachdrucke zu fördernden Aufgaben der Regierung wird es daher sein, mit dem

435

II Abbau der Zentralen so bald wie möglich einzusetzen, und dem legitimen Handel die lange verschlossenen Wege zu eröffnen. Das schwerfällige Verwaltungsapparat in der zentralen Bewirtschaftung wird niemals in der Lage sein, die für den Warenaustausch frei gewordenen Gebiete sofort mit einem Netze wohlgedachter und befähigter Einkaufsorganisationen zu umspannen. Es darf diesmal für Oesterreich auf diesen Gebiete kein „ Zu spät “ geben.

Hand in Hand mit dem Abbau der zentralen Bewirtschaftung und der Wiederbelebung des freien Handels muss sich von selbst der Abbau der Preise einstellen, eine natürliche Erscheinung, die umso lebhafter begrüßt werden wird, als die Zentralen gerade auf dem Gebiete der Preispolitik Schiffbruch gelitten haben. Die Bevölkerung hat aber auch ein Anrecht, über den finanziellen Abschluss der zentralen Bewirtschaftung und die Verwendung der Ertragsüberschüsse informiert zu werden, und es muss schon jetzt die Forderung erhoben werden, dass diese Ertragsüberschüsse unter der öffentlichen Kontrolle wirklich gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden, um die durch eine schädliche Preispolitik bewirkten wirtschaftlichen Schäden einigermaßen zu lindern. Es wäre gerecht, die Überschüsse zur Wiederaufrichtung zahlreicher zu Grunde gerichteter Existenzen des Mittelstandes zu verwenden. (Schl. Zustimmung)

Vor nahezu einem Jahre liess die k.k. Regierung mitteilen, dass die Gebahrungsausweise der Zentralen veröffentlicht werden. Wir ersuchen nunmehr die k.k. Regierung der Bevölkerung gegenüber dieses Versprechen einzulösen. In Oesterreich hat man mit grober Hand den legitimen Handel ausgeschaltet und gerade dieser muss unbedingt in der Uebergangswirtschaft und nach dem Kriege in seine altbewährten Rechte und Pflichten wieder eingesetzt werden. Ein reeller, fachkundiger Handelsstand muss wieder der Gehilfe der Gemeinde werden, zum Vortheile des Volkes und zur Schaffung natürlicher Verhältnisse.

Ganz hinfällig ist die Ansicht, dass Ausbeutung, Kettenhandel und Preiswucher die Triebfedern des realen Handels seien, weil krankhaften Zuständen im Handel durch vernünftige Preiserstellung und Preisbindung einen starken Schutzdamm gewährt wird. Also freie Bahn der Produktion und dem Handel, sie wird der Bevölkerung nur zum Vorteile gereichen. Denn mit Rücksicht auf den zu erhoffenden Friedensschluss mit Russland werden tausende und tausende Fachkundige mit Rücksicht auf ihre jahrzehntelangen Verbindungen leichter in der Lage sein, die Schwierigkeiten zu überwinden, als die bürokratisch geleiteten Zentralstellen.

Die grossen Kriegsentbehrungen unserer braven Bevölkerung haben leider die Erkrankungen, insbesondere die Tuberkuloseerkrankungen stark vermehrt, und verdient die Tätigkeit unseres Stadtphysikates und der städtischen Ämter im Bezug auf die Bekämpfung eingeschleppter Seuchen uneingeschränktes Lob. Auch in dieser Hinsicht haben Herr Bürgermeister Schritte unternommen, um eine grosszügige Vorsorge, zuerst in provisorischer, in der weiteren Folge in endgiltiger Weise zu greifen. Wir hoffen, dass die Regierung den Wünschen der Gemeinde sowohl hinsichtlich der Ueberlassung der notwendigen provisorischen Unterkunftsräume für Tuberkulose als auch hinsichtlich der Lösung der Krankenanstaltenfrage in Wien und Niederösterreich entsprechend entgegen kommt. Die Gemeindevertretung von Wien hat bereits durch ihren Beschluss die Reform der Kinderfürsorge etc. durchzuführen, mustergiltig eingesetzt. Alle diese Aufgaben, die der Gemeinde Wien durch die schweren Zeiten des Krieges gestellt wurden, können aber rasch nur gelöst werden, wenn die Verwaltung ohne jedwede Weitwendigkeit, in stän-

digsten Kontakt zwischen Gewählten und Beamten klaglos funktioniert. Der Krieg hat gezeigt, dass mancher Weg, den die Geschäfte nach der alten bürokratischen Organisation machen mussten, verhindert werden kann. Euer Exzellenz haben mit fester Hand, den Kriegsverhältnissen angepasst, die Verwaltung vereinfacht und die Grundsätze für die weitere Organisation des Magistrates bereits hinausgegeben. Wir begrüssen die Anbahnung dieser neuen Verwaltungs-Organisation und geben der Ueberzeugung Ausdruck, dass hiedurch nicht nur Kosten erspart, sondern den Interessen der Bevölkerung auch durch raschere Erledigung der sie berührenden Angelegenheiten gedient werden wird.

So konnte der gemeinderätliche Bürgerklub heute mit Genugtuung Rückblick halten auf die Arbeit eines Kriegsjahres und mit Befriedigung konstatieren, dass die Wiener Gemeindeverwaltung auch im vergangenen Jahre ihre schwere und verantwortungsvolle Pflicht gegenüber der Bevölkerung restlos erfüllt hat. Es ist für uns eine aufrichtige Herzenspflicht, vor allem unserem Bürgermeister zu danken, für die fast übermenschliche Arbeit, die er wieder ein Jahr im Interesse unserer Vaterstadt und seiner Bewohner geleistet hat. Die Wiener autonome Gemeindeverwaltung hielt glänzend stand.

Möge unserem Bürgermeister das Bewusstsein, dem Bestande der Selbstverwaltung den herrlichsten Dienst erwiesen zu haben, Vergeltung und Genugtuung sein für alle Sorgen und Mühen dieses Jahres.

Ich erfülle weiters eine Dankespflicht, wenn ich am Jahresschlusse jener Presse gedenke, welche sich ohne Unterschied der Partei in den Dienst der Stadtinteressen gestellt hat und durch verständnisvolle Mitwirkung bei allen Aktionen, die von der Gemeindeverwaltung durchzuführen waren, unserer gemeinsamen Sache die wertvollsten Dienste geleistet hat. Nicht zuletzt darf ich die Verdienste hervorheben, die sich unsere städtische Beamtenschaft auch im vergangenen Jahre auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft erworben hat. Wenn man bedenkt, dass es meist völlig neue Gebiete waren, die unsere Beamten erfassen mussten und die sie nun in beispielgebender Weise beherrschen, muss man die grösste Hochachtung vor dem Verständnisse und der raschen Anpassungsfähigkeit unserer städtischen Beamtenschaft empfinden. Ich glaube ihr im Namen des ganzen Bürgerklubs für ihre hingebungsvolle und treue Pflichterfüllung im verflossenen Jahre den herzlichsten Dank ausdrücken zu dürfen.

Mit vereinten Kräften dürfen wir voll Zuversicht dem neuen Jahre entgegenblicken. Wir sind uns dessen bewusst, dass wir noch weitere Schwierigkeiten und Hemmnisse zu überwinden haben, die an unsere Kraft die grössten Anforderungen stellen werden. Aber uns alle erfüllt die feste Zuversicht, dass wir mit dem neuen Jahre dem Frieden entgegengehen. Diese Zuversicht stärkt unsere Herzen und lässt uns ausharren, bis eine glücklichere Zeit uns beschieden sein wird.

Möge sich unsere Hoffnung in naher Zeit erfüllen!
Die Rede wurde wiederholt durch Zustimmung- und Beifallsrufe unterbrochen.

Oberkurator von Steiner sprach dann namens der Mitglieder des Bürgerklubs dem Bürgermeister die herzlichsten Glückwünsche zur Jahreswende aus und gab der Hoffnung Ausdruck, dass der ganze Bürgerklub mit den Bürgermeistern zur Ehre der Partei und zum Wohle der Bevölkerung auch in Zukunft arbeiten werden. Der Redner dankte dann auch den Vizebürgermeistern für ihre unverdrossene Mitarbeit mit der

Bitte, dem Bürgermeister auch im kommenden Jahre mit ihrer ganzen Kraft zu unterstützen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte herzlichst für die Glückwünsche, erlebte den Gottes Segen auf Alle und sprach den Wunsch aus, dass im Jahre 1918 wieder die Möglichkeit gegeben sei, an Friedenswerken zu arbeiten. Der Bürgermeister setzte dann fort:

Einer mehrjährigen Tradition entsprechend haben sich auch zu dieser Jahreswende die verehrten Kollegen des Bürgerklubs mit ihrem Obmanne beim Bürgermeister versammelt, um in einer Wechselrede rückblickend und vorschauend die Richtlinien festzulegen, auf Grund welcher wir als die Erählten der deutsch christlichen Bevölkerung Wiens nach bestem Wissen und Gewissen unser schweres verantwortungsvolles Amt zu erfüllen bestrebt sein werden. Ich danke dem Herrn Obmann für die bedeutsamen Darlegungen über die geleistete Arbeit im ablaufenden Jahre und seine programmatischen Aussichten für die Arbeiten der nächsten Zukunft in der Uebergangs- und der weiteren Friedenszeit. Das Zukunftsprogramm entspricht meinen Ideen und ich freue mich, dieser völligen Uebereinstimmungen zwischen Bürgerklub und mir.

Zur brennendsten Frage ist die Wohnungsfürsorge geworden in Verbindung mit einer weitausgreifenden Verkehrs- und Besiedelungspolitik. Zur zielbewussten Lösung dieser Frage erkenne ich die Notwendigkeit, das gesamte Verkehrswesen Wiens und eine Hand zu legen und zwar in die der Gemeindeverwaltung. (Schl. Beifall)

Die Stadtbahn muss sobald als möglich elektrifiziert, ihr Betrieb soll der Gemeinde übergeben werden, die Gemeinde baut Untergrundbahnen und fügt diese neuen Schienenstränge zweckmässig in das System ein, dem bereits das grosse Netz der städtischen Strassenbahn dient. Im Zusammenhange damit ergibt sich die Bereitstellung des nötigen Baugeländes, dem schliesst sich die Sorge für Beschaffung ausreichender entsprechend billiger Baumaterialien an, sowie die Lösung der Geld- und Kreditfrage für Bauzwecke. Diese Massnahmen erscheinen mir aber insbesondere auch geeignet, dem schwer leidenden Baugewerbe zu helfen. Glingt es uns, diese im Wirtschaftsleben der Grosstadt so ausserordentlich wichtige Gewerbe zu heben und zu fördern, wird hievon auch die Geschäftswelt im Allgemeinen befruchtet und wir erfüllen unsere parteiprogrammatische Pflicht, der bürgerlichen, gewerblichen Mittelstand zu stützen und zu erhalten. (Beifall)

Mit Recht hat der Obmann des Bürgerklubs auf dem Gebiete der Approvisionierung hingewiesen. Viele Leute glauben heute noch, die Organisation sei mangelhaft, während doch erst der Mangel an Lebensmitteln die Organisation mit ihrer Reglementierung, Rayonierung und Rationierung ins Leben gerufen hat. Die Gegenwart ist zu Vorwürfen geneigt, sie erfasst nur den lokalen Mangel, es fehlt ihr die Einsicht und der Ueberblick über die Gesamtverhältnisse mit allen ihren Schwierigkeiten und Nöten.

Auch ich bin der Meinung, dass neue Wege kommunaler Approvisionierungspolitik eingeschlagen werden müssen, der Anfang dazu ist viel versprechend von uns gemacht. Die landwirtschaftliche Produktion muss in Oesterreich allgemein gesteigert werden, ein Mittel dazu wird auch darin zu finden sein, dass eine Interessengemeinschaft zwischen Grosstadt und den Grundbesitzern, insbesondere aber landwirtschaftlichen Genossenschaften hergestellt wird. Die Kapitalkraft der Stadt wird den Boden landwirtschaftlicher Erzeugung befruchten, auf

435

Grund freier Vereinbarungen arbeitet der Landwirt, die Stadt ist sein sicherer Abnehmer und Erzeuger wie städtische Verbraucher können so ihre Befriedigung finden. Ein alter Programmpunkt unserer Partei fordert den direkten Verkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher, wir wollen ihn erfüllen durch die Stadt als Vermittler. Hiedurch wird der städtische legitime Handel nicht beeinträchtigt, sondern vielmehr gefestigt und gefördert. (Lebhaftige Zustimmung.)

Ueber Jugendfürsorge und Krankenfürsorge hat mein Vorgänger gesprochen, ich bin mir der Bedeutung der hierauf bezüglichen sozial - charitativen Massnahmen bewusst, ich werde rasch und energisch handeln! Auch die Arbeiterfürsorge wird und muss im kommunalen Programm einen grösseren Raum einnehmen als bisher, das von mir geschaffene Amt ~~wurde~~ zweckentsprechende Vorlagen dem Gemeinderate unterbreiten.

Die Bedeutung einer zeitgemässen, fachlichen Reform der städtischen Verwaltung ist so gross und so akut, dass wir nicht erst bis in die Friedenszeit warten können. Ich habe es als meine Pflicht erachtet, sofort mit ihr einzusetzen und werde schrittweise fortfahren. Ich anerkenne gerne den guten kaufmännischen Zug, der in den Stellen des ^{Bezirks} ~~Bezirks~~ Wirtschaftsamtes durch fähige Beamte gepflegt wird, dieser Zug muss aber die ganze Verwaltung durchdringen, hievon wird auch die Vereinigung der städtischen Hauptkasse und des Steueramtes beseelt sein. Die Verwaltungsreform soll auch in städtischen Haushalte nützlich und ersparend aufscheinen. Wir werden mit produktiven Auslagen nicht sparen, aber überflüssige Ausgaben müssen vermieden werden. In der Auffassung vieler ist die Gemeinde eine dem einzelnen Bürger fremd gegenüberstehende Person mit einem grossen Geldsack, sie glauben nicht, dass auch ihre Steuergelder darinnen stecken. Darum erkläre ich ganz offen: Jeder Bürger hat nicht nur die Pflicht, städtische Abgaben zu leisten, er hat auch die Pflicht mitzuwirken, dass alle nicht produktiven Auslagen vermieden werden und die Gemeinde vor jeglichem Schaden bewahrt wird. Wir wollen unseren Haushalt aus den Kriegerschütterungen wieder in das Geleise normaler Friedenswirtschaft und des ordnungsgemässen Gleichgewichtes überführen.

Die grossen Aufgaben der Zukunft bedürfen der Mitwirkung aller Kreise der Bevölkerung, daher auch unsere Partei für die Erweiterung des Wahlrechtes eintreten wird.

Wenn wir in der Gemeindeverwaltung diese schwerste aller Kriegszeit bestanden haben, dann können wir wahrlich mit gerechtem Selbstvertrauen an die Lösung der uns bevorstehenden Friedensaufgaben schreiten. Ich danke Ihnen in aufrichtiger Freundschaft für ihre bisherige hingebungsvolle treue Mitarbeit und bitte sie um weitere Unterstützung. Glückauf zum neuen Jahre, im Osten dämmert das Morgenlicht des Völkerfriedens, wir werden bestehen, wenn wir uns treu bleiben! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Zum Schusse sprach dann noch Stadtrat von Steiner namens der Leitung des Bürgerklubs jedem einzelnen Mitglied des Klub und den Familienangehörigen die herzlichsten Glückwünsche aus.

Zur Beglückwünschung des Bürgermeisters sprachen ferner vor: Die Leitung der Wiener Bürgervereinigung (Präsident StR. Braunsitz, die Vize-Präsidenten kaiserl. Rat Huschauer und GR. Roth, sowie Schriftführer GR. Fichler); Der Verwaltungsrat der Vonwiller-Mühle A.G. (Präsident Max Edler von Hentschel, Direktor Kirchhofer, Magistratssekretär Dr. Roskopf, Generaldirektor Resch und Lagerhausdirektor Dr. Hübel); der k.k. Bezirksschulrat Wien (MB. Hoss,

Obermagistratsrat Artzt und Magistratssekretär Paul); Die VB. Hierhammer, Hoss und Rain; das Präsidialbüro mit Magistratsrat Formanek und Kanzleidirektor kaiserl. Rat Mayer an der Spitze.

Nunmehr erschienen die städtische Beamtenschaft unter Führung des Magistratsdirektors Dr. Nüchtern, und die Direktoren der städtischen Unternehmungen. Magistratsdirektor Dr. Nüchtern überbrachte in einer kurzen Rede die Wünsche der städtischen Beamtenschaft für den Bürgermeister als dem Chef der Verwaltung, nebst der Versicherung weiterer treuer Mitarbeit und sagte: Wir als bescheidene Mitarbeiter wissen am besten, welches Uebermass von Verantwortung, Sorgen und Mühen dem obersten Verwalter der Zwei-Millionen-Stadt in diesen langen Kriegsjahren aufgebürdet war und dass es nur seiner rastlosen alles umfassenden Tätigkeit zu danken ist, was die Gemeindeverwaltung in diesen schwarzen Zeiten zum Wohle der Bevölkerung leisten konnte. Mit dem Danke für die Zuwendungen an die Gemeindeangestellten schloss der Magistratsdirektor seine Ausführungen. - Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte die Wünsche der Beamtenschaft aufs Herzlichste und sagte; Ich bin mir wohl bewusst, welche grosse Opfer an Hingebung ich von der städtischen Beamtenschaft während der Kriegszeit verlangt habe und gebe der Hoffnung Ausdruck, dass sie mit auch im nächsten Jahre in treuer Mitarbeit zur Seite stehen, denn nur so wird es uns gelingen, den grossen Aufgaben gerecht zu werden welche die kommenden Zeiten an die Gemeindeverwaltung noch stellen werden.

Weiters gratulierte der Verein der Beamten der Stadt Wien mit dem Präsidenten Oberrechnungsrat de Pontis.

Schliesslich erschien noch unter Führung des StR. Spalowsky eine Abordnung der städtischen Diener sowie der Unterbeamten, Diener und Arbeiter der städtischen Unternehmungen, um dem Bürgermeister aus Anlass des Jahreswechsels den Dank für die neuerlichen Zuwendungen zum Ausdruck zu bringen.

Der grosse Schneefall. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an die Bezirksvorsteher ein Schreiben gerichtet, in welchem es heisst: Die fortdauernde Unmöglichkeit, das für die Freimachung der Strassen von den Schneemassen und für die Freilegung der Rinnsale notwendige Personal aufzubringen, macht die freiwillige Mitwirkung aller Kreise der Bevölkerung bei der Schneereinigung im Interesse der Allgemeinheit in noch höherem Masse als bisher notwendig. Der Bürgermeister hat im Nachhänge zu seinem Schreiben vom 28. ds.M., worin er die Bezirksvorsteher ersucht hat, die mit seinem Aufrufe an die Bevölkerung zur freiwilligen Mitarbeit bei der Schneereinigung eingeleitete Hilfsaktion in jeder nur möglichen Weise zu unterstützen, an ^{den} ~~an~~ am gestrigen Tage das weitere Ersuchen gerichtet, auch sämtliche übrigen Mandatäre des Bezirkes, wie die Bezirks-, Armen- und Ortschaftsräte zur tatkräftigen Unterstützung dieser Aktion von Haus zu Haus, von Mann zu Mann einzuladen, um ^{ihre} ~~ihre~~ noch weiter ausgreifender Nachdruck und zielbewusste tatkräftige Förderung zu verleihen.

